

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 2.20 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Zeit“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Vertrags-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Freitag, den 15. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Die russischen Finanzen und das russische Finanzministerium.

Rußland hat zweifellos die glänzendsten wirtschaftlichen Aussichten, aber, damit diese Aussichten verwirklicht werden, ist Grundbedingung neben der politischen Umgestaltung des Landes die Sanierung seiner Finanzen. „Rußland bezahlt seine Zinsen, was brauchen wir mehr?“ — das ist der ewige Reiz der Börse, so hieß es auch jüngst im französischen Parlament. Aber es ist doch wahrlich keine Kunst, Zinsen zu bezahlen, wenn man neue Anleihen bekommt. So hat es noch jeder Bankrotteur gemacht. Man wolle doch sehen, ob Rußland seine Zinsen bezahlt, wenn es keine Anleihe mehr bekommt!

Ohne neue Anleihen kann Rußland längst seine alten Zinsen nicht mehr bezahlen. Der Bankrott ist fertig; er ist nur noch nicht erklärt worden.

Zweimal schon hat die zarische Regierung eine Versprechung des Budgets durch die Reichsduma mit Gewalt zu hinterziehen gewußt — denn sie fürchtet, daß eine öffentliche Kritik des Budgets den Staatskredit endgültig untergraben wird. Schon das Budget für 1906 sollte der Reichsduma vorgelegt werden. Aber gerade deshalb wurde solange mit der Einberufung der Duma gezögert. Das vermehrte ungemein den Zustand der allgemeinen Unruhe, der nach dem Oktobermanifest eintrat, und war eine der Ursachen der Dezemberkämpfe. Als dann die Reichsduma einberufen wurde, legte man ihr das Budget für 1907 nicht vor. Man löste sie auf und brachte schließlich das Budget für 1907 unter Dach und Fach. Immerhin fand die Duma Gelegenheit, die Finanzverhältnisse des Reiches zu kritisieren. Wie unbequem diese Kritik der Regierung war, beweist die Tatsache, daß sie den Hauptwortführer dieser Kritik, den Abgeordneten Herzenstein, hat meuchlings ermorden lassen.

Die Steuererträge Rußlands sind die niedrigsten, die Steuerlast die höchsten von ganz Europa. Die Steuerlast steigt; der Verbrauch geht schon längst zurück unter dem Druck der Steuerlast. Nachdem man sich hat entschließen müssen, die Einziehung der Loskaufgelder der Bauern einzustellen, da sie doch nur enorme Steuerrückstände bildeten, basiert das russische Staatsbudget in der Hauptsache nur noch auf dem Spiritusmonopol und den Zöllen. Die russischen Schutzzölle sind so hoch, daß sie längst zu einer Katastrophe für das Land, zu einem Hindernis seiner landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung geworden sind. Gerade die russischen Gutbesitzer sind die entschiedensten Gegner der russischen Schutzzölle. Das Spiritusmonopol steigert seine Einnahmen durch Erhöhung der Verkaufspreise. Der Schnapskonsum zeigt eine doppelte Bewegung: er vermindert sich in den bäuerlichen, nimmt zu in den gewerblichen Gegenden. Aber Spiritus und Zölle reichen nicht aus, um das Budget eines modernen Großstaates zu decken, zumal wenn man berücksichtigt, daß in Rußland der wichtigste verzollbare Artikel des kontinentalen Europas, das Getreide, in der Einfuhr keine Rolle spielt. Rußland kommt denn auch mit seinen Staatseinnahmen längst nicht mehr aus. Die zarische Regierung verdeckt das chronische Defizit durch eine falsche Bilanzierung. Die Etats werden in den Einnahmen wie in den Ausgaben regelmäßig viel zu niedrig eingestellt. Darum die regelmäßigen Mehrerträge in den Abrechnungen. Der Schwund ist so plump, daß er jedermann in die Augen fallen mußte. Denn wenn regelmäßig, Jahr für Jahr, die Beträge der Staatsabrechnungen die Ansätze der Etats um 10 Proz. und 20 Proz. übersteigen, — so zeigt das doch schon an und für sich deutlich genug, daß die budgetären Voranschläge viel zu niedrig gemacht werden. Nun geben aber auch die Staatsabrechnungen noch keineswegs ein klares Bild der Finanzlage. Denn — und das ist schon ein unvermeidliches Ergebnis der Schuldenwirtschaft und des chronischen Defizits — die russische Regierung pflegt ein weitgehendes System der Ueberweisungen, Zurückstellungen, Nachholungen von einem Etat zum anderen, für das nächste, übernächste Budget und sogar noch weiter hinaus, so daß jedesmal mindestens drei Jahresbudgets ineinandergeschachtelt sind, und zwar nach der Willkür des Finanzministeriums.

Das russische Staatsbudget hält sich nur noch durch ausländische Anleihen aufrecht, daneben durch Plünderung der inländischen Sparkassen und ein schauerhaftes Herunterwirtschaften der Staatseisenbahnen. Der Wagenmangel ist zu einem chronischen Rostand geworden. So wird jetzt wieder geklagt, daß sich Waren in Massen aufstapeln, trotzdem der Handelsverkehr kein übermäßiger ist. Es fehlt auch an Lokomotiven. Die Eisenbahnbrücke, der gesamte Unterbau der Eisenbahnen ist so ruiniert, daß Eisenbahnzusammenbrüche — das ist keine Uebertreibung — zur täglichen Erscheinung geworden sind. Wo Geld eingenommen wird, wird es sofort an die Zentralkassen in Petersburg geschickt — das ist das System, welches Wille eingeführt hatte, um den großen Goldvorrat aufrechtzuerhalten — die Staatsausgaben aber werden mit aller Macht zurückgehalten. Bei alledem hat die Regierung in den letzten drei Jahren um weitere 616 Millionen Rubel Kreditbilletts ausgegeben, die

Antweisungen des Staatskassamtes nicht gerechnet. Im ganzen sind jetzt 1194 Millionen Rubel Kreditbilletts im Umlauf.

Man betrachte, wie das russische Finanzministerium sich jetzt zu helfen sucht, und man wird die deutlichen Zeichen des Systems erkennen.

Durch Dekret vom 24. Januar/6. Februar d. J. verkündet die russische Regierung die Ausgabe weiterer Serien der Staatsrente im Betrage von 70 Millionen Rubel.

Schon die Eile, mit der das geschieht, ist kennzeichnend. Die Wahlen zur Duma sind ja im vollen Gange, — warum nicht ihren Zusammentritt abwarten, um vor ihr die verfassungsmäßige Bewilligung zu dieser neuen Anleihe zu erlangen? Aber allerdings nach den schon bereits ziemlich sicheren Ergebnissen der Wahlen hat die Regierung allen Grund, sich zu beeilen.

Die Ausgabe der neuen Rente geschieht „zur Deckung des Bedarfs der Nahrungsversorgung (im Hungergebiet) und zur Deckung des Defizits für 1907“. Man wird der Regierung wohl glauben dürfen, daß es ihr damit sehr prestant ist, wenn man sich des geheimen Schreibens des Finanzministers vor zwei Monaten erinnert, in dem bereits wegen einer Mehrausgabe von etlichen Millionen die Einstellung der Staatszahlungen in Aussicht gestellt wurde.

Wie aber diese innere Anleihe unterbringen? Sie wird nicht öffentlich ausgeschrieben. Das hätte auch nichts genützt, denn sie wird doch nicht gezeichnet. Also, sie soll — „allmählich in den Sparkassen und in den Staatsinstituten, die über freie Bestände verfügen, untergebracht werden,“ und zwar zunächst nur 30 Millionen. Mit den Sparkassen ist ja die Sache klar: alle neuen Anlagen werden sofort in Staatsrente umgewandelt — darum wird denn auch seit mehr als zwei Jahren keine Abrechnung über den Bestand des Portefeuilles der Sparkassen gegeben. Welche Staatsinstitute sind aber gemeint? Die Steuern und Zölle brauchen nicht erst in Staatsrente umgewandelt zu werden, sie fließen von selbst in die Staatskasse. Also handelt es sich in der Hauptsache um die Staatseisenbahnen, deren laufende Einnahmen, ohne Rücksicht darauf, daß sie zur Deckung der laufenden Ausgaben benötigt werden, in Staatsrente umgewandelt werden sollen. Sobald etwas bares Geld in den Kassen der Staatseisenbahnen einläuft, sofort werden sie von der Regierung ausgeraubt. Und da sage man noch, dieses Finanzsystem lasse sich aufrechterhalten, Rußland sei — nicht bankrott!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar 1907.

Die Beamtenfreundlichkeit des Dreiklassenparlaments.

Die preussischen Staatsbeamten, die sich vor den Wahlen durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien und der Regierung haben fördern lassen, werden nach dem Verlauf der gestrigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses darüber belehrt sein, daß man sie nur als Stimmvieh gemißbraucht hat, da sie nun, wo sie ihre Arbeit getan haben, einen Fußtritt erhalten. Die Nationalliberalen hatten die Einsetzung einer Kommission für Vorschläge zur Regelung der Dienstbezüge der Staatsangestellten beantragt, der die Vorberatung der einschlägigen Positionen zu überweisen wären. Gegen diesen Antrag, der um so dringlicher ist, wenn man bedenkt, daß die Gehälter der Unterbeamten trotz der Steigerung aller Lebensmittel sowie der Wohnungsmieten seit Jahren keine systematische Verbesserung erfahren haben, machte der Finanzminister Hr. v. Rheinbaben allerlei Bedenken geltend, die jedoch vor der Kritik nicht standhalten können. Zunächst kam der bekannte Einwand, daß auf dem Gebiete der Besoldungsaufbesserung nicht das Parlament, sondern die Regierung die Initiative zu ergreifen habe. Ganz schön! Aber was dann, wenn die Regierung nichts tut und trotz der günstigen Finanzlage fortgesetzt über Mangel an Mitteln klagt? Und der preussische Staat hat nun einmal kein Geld für seine Unterbeamten übrig. Herr v. Rheinbaben konnte gar nicht schwarz genug malen, und seinen Haupttrumpf spielte er mit der Androhung einer Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Millionen aus! Eine solche Drohung verfehlt natürlich niemals ihre Wirkung auf ein Geldsackparlament, das in erster Linie die Interessen der Besitzenden wahrnimmt.

Ein weiteres Argument, das der Minister vorbrachte, war der Hinweis auf die Disziplin, die durch die Einsetzung einer solchen Kommission gelockert würde. Die Zahl der Petitionen würde ins Unendliche wachsen, die Unzufriedenheit gesteigert werden. Und die Beamten haben doch nach Ansicht der Regierung gar keinen Grund, unzufrieden zu sein, da die Regierung für das Jahr 1908 eine Gehaltserhöhung in Aussicht genommen hat, die ganze 20 Millionen kostet — nebenbei bemerkt: ein Tropfen auf den heißen Stein!

Der nationalliberale Antrag wurde nach unerheblicher Debatte gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt. Eine Reihe von Gegenanträgen, die an die Regierung die Aufforderung richten, im nächsten Jahre dem Landtage eine Vorlage zu einer allgemeinen Gehaltserhöhung zu machen, wird am Freitag beraten und voraussichtlich der Budgetkommission überwiesen werden. Allzusehr beeilt sich das Dreiklassenparlament bei solchen Dingen nicht. —

Politische Rastration.

Die bürgerliche politische Korruption feiert in dem Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza geradezu Orgien. Zuerst der Ehrenwortbruch des doppelt gewählten Eichhoff, dieser Säule des „entschiedenen Liberalismus“, der seinem liberalen Wahlkomitee sein Ehrenwort gegeben hatte, seinem alten Wahlkreise treu zu bleiben und dann dies Ehrenwort zu brechen für eine „nationale Pflicht“ hielt. Was diese „nationale Pflicht“ in Wirklichkeit bezweckte, merkte man sofort und sieht man heute dokumentarisch bewiesen. Dann die Enthüllung des Flottenmajors Reim, wie der Wiederwähler von der Regierung ausgehalten wurde, um die freistimmige Volkspartei dafür gänzlich an die Regierung zu verschachern.

Jetzt aber zeigt sich, wie der erste Akt dieses Schachergeschäfts von vornherein von Seiten der Reimlinge gedacht war: Ausschaltung der Sozialdemokratie in Lempe-Wettmann durch den Freisinn und Ausschaltung des Freisinn in Mühlhausen-Langensalza durch eine rechtsstehendere Partei. Denn der Reimische Ehren-Eichhoff hat seinen alten Kreis veraten, um ihn an den nationalliberalen früheren Minister Möller auszuliefern. Dieser ist Mittwoch nachmittag in Langensalza in einer stark besuchten Versammlung der Vertrauensmänner der konservativen Parteien, des Bundes der Landwirte, der Nationalliberalen und der Freisinnigen einstimmig als Kandidat der nationalen Parteien gegen unsere Genossen Grundwald aufgestellt worden. Damit ist ein Musterbeispiel „liberaler Einigung“ zustande gekommen, eine „liberale“ Einigung, bei der der Freisinn zur höheren „nationalen Ehre“ lastriert wird, um sich dann völlig in Wohlgefallen aufzulösen.

Nach diesem Verhalten des Freisinn und nach der Aufstellung des Nationalliberalen Möller ist nun die Situation im Kreise Mühlhausen-Langensalza bei der Hauptwahl, im Gegensatz zu früher, wo es schon im ersten Wahlgange der Freisinn unterstützte, der Abstimmung, um dann in der Stichwahl zwischen Reblitz und Eichhoff ebenso wie unsere Parteigenossen geschlossen für Eichhoff, als das „kleinere Uebel“, einzutreten; wobei immer wieder daran erinnert werden muß, daß vor der Stichwahl niemand dem Eichhoff den Bruch des Ehrenwortes und die bezahlten Liebedienste der Regierung getraut hätte. Für das Zentrum im Wahlkreise steht jetzt die Frage so, ob es durch erneuten Verzicht auf einen eigenen Kandidaten den Nationalliberalen im ersten Wahlgange zum Siege verhelfen will oder ob es wenigstens durch einen eigenen Kandidaten die Stichwahl erst entscheiden lassen will. Daß das Zentrum durch Stimmenthaltung, durch Verzicht auf einen eigenen Kandidaten, den Kulturkämpfer Möller befehligt und direkt unterstützt und in den Reichstag wählt, dürfte, wenn Logik und politische Einsicht überhaupt noch ein Recht haben sollen, ausgeschlossen sein, denn Herr Möller ist bei der letzten Wahl, im Kreise Bielefeld-Wiedenbrück, mit Hilfe des Zentrums ausbrüchlich und absichtlich an die Wand gedrückt worden.

Einzelnen Organen des Freisinn wird übrigens schon wenige Stunden nach dem famosen „Kompromiß“ ob des „Erfolges“ angst und bange, aber nur das „Verl. Tagebl.“ und die „Verl. Volksztg.“ wagen einen Protest. Das „Verl. Tagebl.“ jammert:

„Jetzt soll also der bis dahin freisinnig vertretene Wahlkreis ohne Schwertstreich den Nationalliberalen ausgeliefert werden, die doch keinerlei Verdienste auf diesen Kreis aufzuweisen haben. Daß auch die freisinnigen Wahlmänner sich an dem Kompromißwert beteiligen, ist wohl das Resultat der Ver Stimmung, die der Verzicht Eichhoffs auf seinen alten Wahlkreis dort hervorgerufen hat. ... Er konnte nicht ahnen, daß die ungerechte, aber immerhin noch verständliche Bestimmung seiner Mühlhausener bis zu einer derartigen Mäßigkeit, bis zu dem Entschlusse steigern würde, die Hirnte ins Korn zu werfen. Jedenfalls stellen die Freisinnigen in Mühlhausen-Langensalza sich und ihrer Prinzipientreue kein gutes Zeugnis aus. Zum Charakter wäre schlimmstenfalls auch in der Stichwahl noch Zeit gewesen.“

Weniger wehleidig und politisch desto zutreffender charakterisiert die „Verl. Volksztg.“ die Situation:

„Eine ärgere Blamage hat sich bisher wohl keine Partei in Deutschland zugezogen als die freisinnigen im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza. Mochte auch der unbegreifliche Verzicht des doppelt gewählten Herrn Eichhoff auf das Mandat in Mühlhausen-Langensalza, der nach dem eigenen Zugeständnis Eichhoffs in Uebereinstimmung mit der Zentralkommission der freisinnigen Volkspartei erfolgt ist, die freisinnigen Vertrauensmänner des Wahlkreises mächtig vor den Kopf gestoßen haben, so durften sie keineswegs von vornherein die Hirnte ins Korn werfen. Wären die Freisinnigen in der Nachwahl gegenüber der konservativen liberalen Koalition in dem Wahlkreise unterlegen, nun gut, sie wären in Ehren unterlegen. Niemand hätte ihnen einen Vorwurf daraus gemacht; so aber haben es sich die „Freisinnigen“ dieses Wahlkreises selbst zuzuschreiben, wenn gegen sie seitens freisinnlich und fortschrittlich gesinnter Kreise Deutschlands die schwersten Vorwürfe erhoben werden.“

Die „Verl. Volksztg.“ hat allerdings noch besonders guten Grund zu diesen bitteren Worten, denn am Morgen desselben Tages, an dessen Abend sie das Vorstehende schrieb, hatte sie wörtlich folgenden neuen Vorschlag gemacht:

„Wäre es daher nicht angebracht, eine Verständigung zwischen den Freisinnigen und Sozialdemokraten herbeizuführen, etwa in der Art, daß ein entschiedener freisinniger und sozialpolitisch fortschrittlich gesinnter Mann aufgestellt wird, der auch den Sozialdemokraten genehm ist? Nur auf diesem Wege kann der Linken der Wahlkreis erhalten bleiben. Gegenüber der konservativen liberalen Verständigung wäre eine freisinnig-sozialdemokratische Verständigung die einzig richtige Antwort.“

Als die Herren der „Volksztg.“ in dieser Art politisierten, waren mehrere Stunden vorher, in Langensalza schon die Würfel für Herrn Möller gefallen und ihr Schicksal ist in der Tat um 1000000

Ein dicker Strich kann übrigens in letzter Stunde, abgesehen von seiten des Zentrums, auch von seiten des Bundes der Landwirte den ollen ehrlichen Massern noch durch ihre Rechnung gemacht werden. Die „Deutsche Tageszeitung“, der Herr Müller seit langem, wie bekannt, höchst anhänglich ist, betont nämlich, daß die Vertrauensleute des Bundes der Landwirte im Kreise nicht bei der „Einigungs-Konferenz“ für Müller zugegen gewesen wären, sondern erst einen Tag später Beschluß fassen würden. Dazu paßt eine Meldung der „Mitteldeutschen Ztg.“, des Zentrumsorgans des Eichsfeldes, daß zur Zeit Verhandlungen zwischen dem Bundes der Landwirte und dem Zentrum zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten stattfinden. —

Ein Interview Bernsteins in „Tempo“.

Ein Mitarbeiter des sozialdemokratischen „Tempo“, der es unternommen hat, verschiedene deutsche Politiker über die Bedeutung der Wahlen und die politische Lage Deutschlands zu befragen, eröffnet in diesem Blatt den Jussus mit einem Interview Eduard Bernsteins. So weit sich die Ausführungen Bernsteins mit seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ decken, können wir uns ihre Wiedergabe ersparen. Dagegen scheinen uns folgende Stellen, da bereits deutsche Blätter Notizen darüber bringen, den Abdruck zu verlangen:

„Heute hat sich die Jugend der Bourgeoisie von uns entfernt und sogar die Arbeiter sind nicht mehr alle mit uns. Die katholischen, protestantischen, christlichen Organisationen haben sich entwickelt und haben heute gleich unseren Gewerkschaften ihre Abgeordneten im neuen Reichstag, die uns das Recht streitig machen werden, allein im Namen des Proletariats zu sprechen.“

Auf die Frage nach den Wirkungen der Wahlveränderung auf die künftige Haltung der Partei antwortete Bernstein: „Ich glaube, daß wir bescheidener werden und künftig den Umständen besser Rechnung tragen werden. Beachten Sie wohl, daß namentlich der linke Flügel der Partei von der Niederlage betroffen ist. Es sind unsere Heißsporne, unsere Unentwegten, die für sie verantwortlich sind, und mit ihnen die in der Doktrin erstarrten Theoretiker. Unsere, fast auf die Hälfte zusammengeschrumpfte Fraktion wird eine neue Haltung einnehmen müssen. Seien Sie überzeugt, daß Bebel und Singer trotz ihres Stoizismus die ganze Schwere des Schicksals empfinden und ihre Taktik infolge dessen ändern werden. Beurteilen Sie Bebel nicht nach den Kongressen. Die Kongresse sind Schwindel. (Das letzte Wort ist im Original deutsch wiedergegeben.) Nur die interne Parteiarbeit ist ernst zu nehmen und auf diesem Gebiet hat sich Bebel immer als Politiker erwiesen. Er ist vielleicht der erste unserer Revisionisten. Sicherlich ist er wiederholt dem unheilvollen Einfluß Kautskys, dem Botschafter (döpositaire) des orthodoxen Marxismus unterlegen, aber die Geschicknisse haben ihn in die Wirklichkeit zurückgerufen.“

Auf unsere Anfrage, wie weit die Angaben des „Tempo“ der Wahrheit entsprechen, sendet uns Bernstein folgende Verichtigung:

Die Montagausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“ veröffentlicht ein Telegramm über eine Unterhaltung, die ich vorige Woche mit dem Berliner Korrespondenten des „Tempo“ hatte und deren Inhalt der betreffende seinem Blatte in Gestalt eines Interviews übermittelt hat.

Ich habe mich durch Einbild in den „Tempo“ überzeugt, daß das Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ das, was dort steht, in sehr vergrößelter Heberziehung und in so unvernünftiger Zusammenstellung wiedergibt, daß der Sinn der Sätze dadurch völlig entstellt wird. Einen Nachweis im einzelnen glaube ich unterlassen zu dürfen, da ich nicht annehme, daß irgend jemand das Telegramm als wörtliche Wiedergabe meiner Ausführungen aufgefaßt hat, bezw. auffassen wird.

Wörtlich geben auch die Sätze des „Tempo“ nicht, was ich gesagt habe. Die betreffende Unterhaltung, die in Gegenwart eines russischen Genossen stattfand, hatte einen durchaus formlosen Charakter, wie ich dem Bericht, das Interview im „Tempo“ ist aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Ich bedauere das. Denn wenn ich auch anerkenne, daß der Korrespondent die Tendenz meiner Ausführungen im ganzen richtig wiedergibt, so fehlt es doch auch bei ihm nicht an Sätzen, die in anderem Zusammenhang gefallen waren und — namentlich soweit sie sich auf Personen beziehen — auch etwas anders lauteten, als dies im Bericht erscheint.

Insbesondere ist es mir nicht eingefallen zu sagen, daß Kongresse „Schwindel“ seien. Ich habe nur den Unterschied zwischen Kongress-erklärungen, die der Natur der Sache nach einen allgemeinen Charakter tragen, und der Stellungnahme in den praktischen Kämpfen des Tages betont, bei denen die wechselnden Konstellationen der Parteien stets neue Situationen schaffen, und hinzugefügt, daß ich eine der bedeutendsten Eigenschaften Bebel's, der mir in Kongressen oft als zu doktrinär erschienen ist, gerade darin erblicke, im praktischen Kampf mit großem Scharfblick sofort die Tragweite einer Veränderung der Konstellation zu erfassen und entsprechend zu handeln.

Alles dies, wiederhole ich, geschah in einem lebhaften Wechselgespräch, in das auch der erwähnte russische Genosse eintritt, und nicht in jener tendenziösen Weise, in der das „Interview“ mich sprechen läßt.

Schöneberg-Berlin, den 13. Februar 1907.

Ed. Bernstein.

Deutsches Reich.

Die liberale Einigung.

Der gemeinsame Kampf gegen die Sozialdemokratie hat die verschiedenen liberalen Gruppen einander näher gebracht. Wenn schon vor der Reichstagsauflösung liberale Stimmen für einen Zusammenschluß der gesamten liberalen Linken laut wurden, wenn schon damals allerhand Tadelnsmittel eingegangen wurden, um eine „große geeinte liberale Partei“ von den National-Liberalen bis zur süddeutschen Volkspartei zu schaffen, so sind jetzt, nach dem Wahlkampf, diese Stimmen noch zahlreicher und lauter geworden. So haben die liberalen Wahlvereine in Schleswig-Holstein und in Bayern beschlossen, einen Zusammenschluß aller liberalen Parteien zu einer Gesamtpartei zu verlangen. Unter den schleswig-holsteinischen Liberalen befinden sich auch drei Abgeordnete der „Freisinnigen Volkspartei“. Auch Professor v. Biszitz erwidert in einem solchen Zusammenschluß den ersten Schritt zur Besserung unserer politischen Verhältnisse.“

Man sollte meinen, daß auch die „Freisinnige Zeitung“ diesen Vereinigungswünschen enthusiastisch zustimmen würde. Ist doch gerade die freisinnige Volkspartei vor keiner Profilurierung der liberalen Grundzüge zurückgeschreckt, haben doch gerade Vertreter ihrer Partei, wie die Herren Hermes und Eichhoff, am schamlosesten um die Gunst der Konservativen und der Regierung gekämpft! Da auch bei Gebrauch des schärfsten Vergewöhnungsglases zwischen National-Liberalen und Freisinnigen nicht mehr der geringste Unterschied zu entdecken ist, erscheint es eigentlich unverständlich, daß trotzdem die „Freisinnige Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“ der Einigungs-Idee, die doch nur der in der Praxis vollzogenen Verschmelzung das formale Siegel ausdrückt, skeptisch gegenübersehen. Wenn die freisinnige Volks-

partei trotzdem von einer solchen äußeren Verschmelzung nichts wissen will, so geschieht das offenbar nur deshalb, weil die freisinnige Volkspartei in einer geeinten liberalen Partei nicht die Rolle spielen zu können befürchten, die sie gerne spielen möchten.

Für die politische Situation ist es vollständig gleichgültig, ob es zu der äußeren Einigung kommt, die von manchen Kreisen des Liberalismus angestrebt wird. Ob freisinnige Vereinigung, ob freisinnige Volkspartei oder Süddeutsche Volkspartei: alle diese Richtungen sind doch nichts anderes als schlecht maskierte Spielarten des National-Liberalismus! —

Zentrum und Gemeindevahlrecht.

Endlich, volle zwei Jahre nach der Einbringung, hat das Stadtverordnetenkollegium in Köln den von dem sozialdemokratischen Verein gestellten Antrag auf Erweiterung des Gemeindevahlrechts angenommen. Der Antrag lautete dahin, daß auch den Bürgern, die zu einem Einkommen von 600 bis 900 Mark veranlagt würden, das Wahlrecht gewährt werde, ohne daß die Steuer zur Erhebung gelange. Der Antrag wurde anfangs 1905 eingereicht, gelangte erst Ende 1906 zur Beratung und wurde damals von der Zentrumsmehrheit abgelehnt. Herr Trimborn, der Sozialpolitiker des Zentrums, der auch dem Kölner Stadtverordnetenkollegium angehört und der selber als Wähler der ersten Abteilung ein sichzigjähriges höheres Wahlrecht genießt als der Pöbel der dritten Klasse, vertrat den brutal-provokanten Grundsatz, daß derjenige, der nichts zahlt, auch nichts zu sagen haben solle. Ferner gaben die Zentrumredner als Vorwand für ihre ablehnende Haltung an, es sei nicht angängig, den vielen Tausenden Wählern der dritten Abteilung das ohnehin geringe Wahlrecht weiter zu vermindern, indem man den 25 000 Wählern mit 600 bis 900 Mark Einkommen das Wahlrecht gebe. Der einzige, aber nicht ausgesprochene Grund, der die liberalen Arbeiter- und Wahlrechtsfreunde zum Niederstimmen des sozialdemokratischen Antrags betrog, war die Furcht, es möchte der Sozialdemokratie in der Folge gelingen, die Siege der dritten Abteilung zu gewinnen.

Die National-Liberalen beantragten, dem sozialdemokratischen Antrage gemäß den 600 bis 900 Mark-Jeniten das Wahlrecht zu gewähren, aber zugleich auch von dieser Steuer zu erheben. Dieser Antrag hat bis jetzt in der Kommission gescheitert. Er sollte nunmehr bei der Stadtberatung verhandelt werden. Nun aber brachte das Zentrum genau den früher von ihm niedergelegten sozialdemokratischen Antrag ein. Zur Begründung seiner total veränderten Stellungnahme führte es an: Durch den § 23 der Einkommensteuernovelle sei die Zahl der Wähler dritter Klasse um 18 000 vermehrt worden, da diese Bürger bisher für Leute mit weniger als 900 M. Einkommen galten, es sich jetzt aber herausgestellt habe, daß sie mehr als 900 M. haben.

Des Rätsels Lösung liegt aber anderswo. Das Zentrum hat nämlich mittlerweile seine Rathausmehrheit an die Liberalen verloren, und es hofft nun durch den Schub einer Anzahl Wähler aus der dritten in die zweite Wählerabteilung künftig in der zweiten Klasse wieder über die Liberalen siegen zu können. Dazu kommt, daß man die Annahme des liberalen Antrages nicht mehr verhindern kann und so gibt man sich einen „sozialen“ Anstrich, indem man über den liberalen Antrag hinaus auch Steuerfreiheit der neuen Wähler beantragt. Deshalb stimmen auch die Liberalen für die Steuerfreiheit der 600—900 Mark-Jeniten und so wurde der Antrag mit 84 gegen 6 Stimmen angenommen. —

Die goldene Internationale.

Die „Post“ richtet heute abermals einen flammenden Aufruf an alle „Gutgesinnten“, sich einmütig gegen die Sozialdemokratie zusammenzuscharen. Die Waffenbrüderschaft bei den letzten Wahlen müsse, unbeschadet der Parteizugehörigkeit des Einzelnen, der Sozialdemokratie gegenüber eine dauernde werden: der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei als erste und dringende „nationale“ Pflicht zu betrachten.

Dieser „nationale“ Appell macht sich um so seltsamer, als die „Post“ im gleichen Artikel für den Reichsverband dadurch Respekt macht, daß sie erzählt, ein namhafter französischer Schriftsteller habe die Geschäftsführer des Reichsverbandes zu seinen großen Erfolgen in der Sozialistenhag beglückwünscht. In diesem Briefe des französischen Scharfmachers werde ausgesprochen, daß der Sozialismus nicht nur ein „nationales Uebel“, sondern ein „internationaler Schädling“ sei. Gegen den Sozialismus kämpfen, heißt nicht allein für das Vaterland arbeiten, sondern auch auf indirekte Weise für die anderen Staaten. In Frankreich beabsichtige denn auch eine Vereinigung von französischen Industriellen, Kaufleuten, konservativen und liberalen Politikern nach dem Muster des Reichsverbandes eine gleichartige Liga zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu bilden.

Man sieht, die „goldene Internationale“, die in ihren Ausdeuter-Interessen bedrohte Kapitalistenklasse aller Länder beginnt sich gegen das Proletariat zusammenzuschließen. Natürlich nicht, um die gemeinsamen Ausdeuterinteressen der „goldenen Internationale“ zu vertreten, sondern um die „nationale Sache“ zu vertreten! —

Sozialdemokratischer „Terrorismus“.

Eine Schauer Geschichte vom sozialdemokratischen Terrorismus geht seit einigen Tagen durch die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands. Der Ort der Handlung ist Magdeburg. Dort trat während der Wahlbewegung der reichstreue Arbeiter Haase als geringerer Wahlmann für den national-liberalen Wismarschlandkandidaten auf. Seine Vergangenheit qualifizierte ihn dazu. Dem Trunk ergeben und jeder ehrlichen Arbeit abhold, zog er früher als Leiterkassenmann durch die Straßen und nicht selten konnte man ihn friedlich schlummernd im Rinnstein finden. Um Mitleid zu erregen, trat Haase als Einarmiger oder in anderer Krüppelverkleidung auf, obwohl er völlig gesunde Gliedmaßen hat. Eines Tages trat er dem „Mauen Kreuz“ bei und bald darauf wurde er vom Reichslügenverband nach Berlin auf die „Ausbildungsschule“ geschickt und zum Agitator gegen die Sozialdemokratie dreifert. In der Magdeburger Wahlbewegung brachte Haase seine Kenntnisse an und beschimpfte die Klassenbewusste Arbeiterchaft in der rüpelhaftesten Weise unter begeisterten Anerkennung der „nationalen“ Ehrenmänner, die seine Vergangenheit nicht gemerzte.

Am Mittwoch voriger Woche soll nun dieser Haase, als er abends von seiner Arbeitsstätte kam, von einer aus dem Hinterhalt kommenden Horde aufgehetzter sozialdemokratischer Arbeiter, die etwa 200 Mann zählte, überfallen, bestialisch geschlagen, geschlagen, zu Boden geworfen und mit Eisenstücken und sonstigen harten Gegenständen fürchterlich mißhandelt worden sein, so daß er schwer krank daniederliegt.

An dieser Schauer Geschichte ist nur das folgende wahr: Haase verließ mit Hunderten anderer Arbeiter das Hauswerk. Der eine oder andere Arbeiter, der den zu so trauriger Verhängnis gelangten Haase noch nicht kannte, ließ sich ihn zeigen und so wurden auch die Kinder dieser Arbeitergegen auf ihn aufmerksam, die auch schon von den Geldrenten des „Einarmigen“ gehört hatten. Sie folgten ihm in großer Zahl, tiefen ihm Alerlei nach und bewarnten Haase schließlich mit

Schneebällen. Weiter ist nichts vorgefallen. Die Arbeiter schauten der Attade der Kinder höchst belustigt zu und Haase machte seinem Kerger in lauten Verdammungen Lust. Daß er krank daniederliegt, ist Schwindel.

Die Magdeburger Polizei in ihrem Hebereifer entdeckte aber, daß sich ein großes Verbrechen zugetragen habe. Die Arbeiter sollen Landfriedensbruch (!) verübt haben, und von der Arbeitsstätte im Grusonwerk weg wurden am Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Dienstag und Mittwoch insgesamt sechzig Arbeiter verhaftet, darunter auch zwei Lehrlinge. Zwei Verhaftete, die wieder entlassen worden waren, sind bald darauf erneut inhaftiert worden. Die ersten sechs Verhaftungen am Sonnabend wurden nach den Angaben der beiden reichstreuen Arbeiter Schönebeck und Schäple vorgenommen. Die beiden gingen mit vier Kriminalbeamten und drei Schupkeuten durch den Betrieb und begehrten die Arbeiter, die sich mit an Haase vergriffen haben sollten. Schäples Denunziantentum entspricht niedrigstem Rachegefühl; er hat mit einigen der Verhafteten aus privaten Gründen Streitigkeiten gehabt. Von einem der auf seine Angaben hin Verhafteten, dem Schlosser Bed, hat Schäple im engsten Familienkreise selber erzählt, daß er sich bemüht hätte, den aufgeregten Haase in gütlicher Weise zu beruhigen! Schönebeck, der auch auf der Heberschule des Reichslügenverbandes gewesen ist, wurde schon wiederholt als Denunziant entlarvt. In einem Prozeß im Juli vorigen Jahres hat er zugegeben, daß er „nur einmal“ jemand denunziert und daß er eine andere Denunziation mehrerer Arbeitskollegen im Interesse des Arbeitgebers verübt habe! Dieser Schönebeck hat, was fürlich ebenfalls vor Gericht festgestellt wurde, vielfach damit gedroht, daß er jedem, der ihm in die Quere komme, ein Messer in den Leib stecken werde. Im Juni vorigen Jahres haben er und sein jetzt angeblich terrorisierter Vorgesetzter Haase einen Arbeiter, der Haase beleidigt haben sollte, überfallen und geschlagen. Solcher Art, wie diese drei Reichstreuen, gibt es noch mehrere im Verbands reichstreuer Arbeiter, der sich in Magdeburg der ganz besonderen Verehrung der Arbeitgeber erfreut, was sie durch Geldzuwendungen dokumentieren.

So wenig Anlaß dazu auch gegeben ist, so bietet man doch alles auf, um aus dem harmlosen Vorfall eine Staatsaktion allerersten Ranges zu machen. Man beabsichtigt offenbar, einen vernichtenden Schlag gegen die Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Magdeburg zu führen, ähnlich dem großen Geheimbundsprozeß in Magdeburg vor genau 20 Jahren, der ebenfalls mit den Wahlen, den Reichstagswahlen, zusammenhängt und zur Verurteilung von 31 Parteigenossen führte. Die große Aktion wird aber mit einer lässlichen Niederlage endigen. Hat doch selbst ein Bekannter Haases, der ihn an jenem Abend begleitete, erklärt, er habe nicht gesehen, daß Haase geschlagen worden sei. Die bürgerliche Presse unterjücht das Bestreben der Polizei, aus dieser Wunde einen Elefanten zu machen, in der skrupellosesten Weise. Sie weiß nicht Worte genug zu finden über diesen neuen „unerhörten Fall von sozialdemokratischem Terrorismus“. Besonders die national-liberalen „Magd. Ztg.“ scheint es darauf abgesehen zu haben, die nötige Stimmung für Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiterchaft zu erzeugen. Sie hat bereits darauf hingewiesen, daß derartige „Terrorismusthatsfälle“ Anlaß bieten könnten zur Verschärfung des Reichstagswahlrechts! Den Wahlrechtsänderern ist eben jedes Mittel recht! —

Das Zentrum als „Aushilfsmädchen“.

Unter dieser niedlichen Stichmarke bringt die „Königliche Volkszeitung“ einen Artikel, in dem sie der Regierung Rathschlagen sucht, daß sich das Zentrum nicht länger ungestraft eine so schändliche Behandlung für seine „nationalen Verdienste“ um das deutsche Schwein, die deutsche Gendel- und Kolonialpolitik gefallen lassen könne. Das Zentrum bedanke sich dafür, die Rolle des „Aushilfsmädchens“ zu spielen. Es könne der Regierung gerade passen, daß sich Zentrum und Freisinn in Liebesdiensten für die imperialistischen Lieblingsprojekte der Regierung den Rang abliefen. An eine solche Handlung denke aber das Zentrum nicht. Aber Fürst Bilkow möge doch auch bedenken, daß der Freisinn „auf dem Reichshofe keineswegs die Rolle der Trimmer und Geizhals spielen“, sondern verlangen werde, „auf der Kommando-Brücke zu stehen“. Da möge es denn doch bald kommen, daß der Kanzler „wehmütig der schönen Tage von Aranjuez gedente, wo ein schnelles Einverständnis mit dem Zentrum hinreichte, um jedes Gesch durchzubringen.“

Man sieht, das Zentrum schreckt in seinem Liebeswerben um die Regierungspolitik selbst nicht davor zurück, sich selbst der politischen Prostitution zu zeihen, den Fürsten Bilkow an seine so gefällige Preisgabe von ebendem zu erinnern! Das Zentrum möchte zwar nicht das „Aushilfsmädchen“, wohl aber die ständige Kontabine der Regierung ein! Ob die Erinnerung an die schönen Schäferstunden den Fürsten Bilkow rühren wird? Vermutlich wird er zunächst doch einmal mit dem Freisinn kaffeezieren, der sich ihm so liebdestall in die Arme geworfen hat, in sicheren Vertrauen auf die alte Liebe des Zentrums, die trotz allen Schmählens, trotz aller hysterischen Eiferstößen nicht rufen wird!

Die Eifersucht der wegen der neuen Platte vernachlässigten Geliebten gibt übrigens der „Königlichen Volkszeitung“ gar nicht abse Posselten ein. Sie spottet:

„Die nächste Aufgabe des Reichskanzlers wird sein, alle Mienen seiner diplomatischen Kunst springen zu lassen, damit aus den bis jetzt nur lose zusammengefügt Elementen des Regierungsblochs ein Hirt und eine Herde werde. Er entbiete zu sich die Gelehrten des „Berliner Tageblattes“, der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, dann des Reichshoten, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuz-Zeitung“, ferner die Herren Bayer und Paschke, auch Hausmann und den Müller von Meiningen, sodann v. Didenburg, den tapferen Reden von Januschau, und andere Vorkämpfer der Landhändler und Konservativen, und richte an sie eine Ansprache im dem Sinne, wie Butler es in den „Piccolomini“ sagt: „Es ist ein großer Augenblick der Zeit.“

Den Tapfern, dem Entschlossenen ist sie günstig.“

Ueber ein Kleines, und zu den Moskaleuten, den Radnide, den Müller-Meinigen, den Didenburg-Januschau und Stöder werden sich auch die Herren Gröber und Erzberger gesellen! Schon erklärt ja die „Königliche Volkszeitung“, daß das Zentrum trotz aller Bilkow-Intenre nicht daran denke, „die Wege einer extremen Opposition einzuschlagen!“ Na also! —

Franz v. Rottenburg, der Kurator der Universität in Bonn, ist infolge eines Schlaganfalles verstorben. Er gehörte zu den hohen Beamten, die nach den Februarterlassen des Jahres 1890 daran glaubten, daß in Deutschland etwas Sozialpolitik getrieben werden könne. Er war von 1881 bis im Februar 1890 Chef der Reichskanzlei gewesen und war dann als Unterstaatssekretär in das Reichsamt des Innern eingetreten. Als 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik gebildet wurde, wurde er Vorgesetzter derselben und ging mit großem Eifer ans Werk. Die Untersuchungen über die Arbeitszeit in Vädereien, in Getreidemühlen, im Handeltgewerbe, in Gast- und Schankwirtschaften wurden von ihm eingeleitet. Aber nur die erste Untersuchung hat er durchgeführt, die dann den Erlaß der Vädereivereinbarung vom 4. März 1896 zur Folge hatte. Unter seiner Leitung folgten Lohmann, v. Scheel, Dr. Wörichoff dem sozialpolitischen Zuge. Als nun die Vorschläge der Kommission bekannt wurden, brach der Sturm der Vädereimeister los. Als dann noch die Vorschläge kamen, einen einheitlichen

Ladenschluß, wie Rottenburg vorgeschlagen hatte, den Achteladenschluß einzuführen, da schlossen sich die Ladenbesitzer den Schreibern an. Im preussischen Landtage, der Hamburger Bürgerchaft und vielen anderen Gesetzgebungen der Einzelstaaten wurde gegen diese „sozialistische Vorschläge“ protestiert. Die Handelskammern sahen in dem einheitlichen Ladenschluß den Ruin des ganzen Detailgeschäfts. Vergeblich bemühte Rottenburg sich, in Zeitungsaufsätzen darzulegen, daß seine Vorschläge gar nicht sozialistisch, sondern nur eine im Interesse der Gesundheit gebotene Maßregel sei. Gebieterisch forderten die Scharfmacher die Entsendung eines solchen Mannes aus hohen Aemtern. Die Reichsregierung gehörte und Rottenburg wurde Kurator der Universität in Bonn. In seiner neuen Stellung betätigte er sich von Zeit zu Zeit als sozialpolitischer Schriftsteller und jedesmal rief er den Jörn des Zentralverbandes deutscher Industrieller nach. Schon die Nennung des Namens Rottenburg genügte, um in den Kreisen der Scharfmacher eine große Schimpfkanonade hervorzurufen.

Der Verstorbenen hatte längere Zeit in England gelebt und sich dort seine sozialpolitischen Kenntnisse gesammelt. Gar manches, was man hier für unbrauchbar hält, ist dort durchgeführt. Wenn hier gegen sozialpolitische Vorschläge dieselben Argumente vorgebracht wurden, die man im Anfang und der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in England gegen die ersten Arbeiterschutzgesetze ins Feld geführt hatte, dann liebte er es, die Nachbeter der Ute und Senior mit Zitaten aus Dickens und Macaulay abzuweisen.

Rottenburgs Fehler war, in dem Glauben gefangen zu sein, daß die Februarverträge des Jahres 1890 Gesetz werden sollten. Er wollte speziell den Satz verwirklichen, daß die Arbeitszeit so geregelt werden soll, wie es im Interesse der Gesundheit der Arbeiter ist. Durch dieses Streben zog er sich den Haß der Scharfmacher zu, und das führte seinen Sturz herbei. Die Arbeiter, die den Verstorbenen bei den mündlichen Erhebungen kennen lernten, werden mit großer Genugtuung auf jene Tage zurückblicken. Sie lernten einen hohen Beamten kennen, der ehrlich bemüht war, die schlimmsten Auswüchse der Ausbeutung zu mildern, aber dieses Streben stieß auf so mächtigen Widerstand, daß er unterliegen mußte. Die Vorsehung solcher Männer, wie Rottenburg einer war, ist das charakteristische Merkmal für die verlogenen Behauptungen, daß in der deutschen Gesetzgebung ein sozialer Geist herrscht.

Der Kampf um das deutsche Rom.

Die nationalliberalen Blätter und Redner in Rheinland-Westfalen haben im Wahlkampf mächtig gewettert gegen das Zentrum. Es schien, als ob es diesmal den Ultramontanen ernstlich an den Krügen gehen sollte, als ob eine fürchterliche Abrechnung des liberalen Bürgerthums mit dem Alerikalismus bevorstehe. Wenn man den nationalliberalen Reden und Artikeln glauben dürfte, sollte diesmal wirklich die Sozialdemokratie als der geringere Feind gelten und das vielberufene Wort: „Lieber rot als schwarz!“ auf der ganzen Linie zur Wahrheit werden. Aber der nationalliberale Mut hat nur bis zum 25. Januar vorgehalten, gerade solange, wie man glaubte, mit dem antiklerikalen Gerede gute Wahlgeschäfte machen zu können. Als die Hauptwahl vorbei war, näherten sich die feindlichen Brüder wieder, um gemeinsam Front zu machen gegen die Sozialdemokratie, die in einer großen Zahl der rheinisch-westfälischen Industriestädte, hier mit den Liberalen, dort mit den Ultramontanen, zur Stichwahl stand. Nicht umsonst hatte das Zentrum in Köln ein eigenes Stichwahlkomitee eingesetzt, das unter der Leitung des bewährten Aushändlers Spahn stand. Man weiß, daß das geplante Stichwahlabkommen, das sich beziehen sollte insbesondere auf Köln, Essen und Düsseldorf, wo die Ultramontanen in Betracht kamen, und auf Bochum, Dortmund und Duisburg, wo die Liberalen an der Stichwahl beteiligt waren, nicht zustande gekommen ist. Wie es dabei zugegangen ist, zeigt eine in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichte Darstellung der nationalliberalen Parteileitung, worin es heißt:

„Wenn je irgendwo im Deutschen Reiche, so ist in Köln das Unmoralische der Stichwahlen zutage getreten. Das Zentrum verstand es, die Bedeutung der Wahl Treimborns ins Maßlose zu steigern; statt aber dementsprechend nun auch einen gleich hohen Preis zu zahlen, versprach es, in solchen Wahlkreisen für die liberalen Parteien einzutreten, wo es an und für sich nicht sehr viel zu sagen hatte oder wo ein liberaler Kandidat gar nicht in Frage kam. Für die Kreise Hagen und Dortmund, die dem Liberalismus nicht minder wichtig waren wie Bochum oder Duisburg, war es nicht zu haben. Statt Bochum gegen Essen, Duisburg gegen Düsseldorf einzutauschen, Köln ganz auszuscheiden, wußte es sogar die Augen der dortigen nationalliberalen Parteileitungen so zu blenden, daß diese nur Köln und nichts anderes mehr sahen und während nun von dieser Seite auf die Kölner Parteileitung eingestürmt wurde, kam von Tag zu Tag in Briefen, Telegrammen, dann in Abordnungen ein Hülfegesuch über das andere, doch auch Industriegebiete wie Saarbrücken, Ottweiler, die heffischen, badischen und anderen Kreise, wo die Sozialdemokratie den Ausschlag gab, nicht aus den Augen zu verlieren. Zuletzt begannen auch noch die einflussreichen Kreise der Regierung sich der Kölner selbst anzunehmen und es zu einem Vergleich bringen zu suchen. Die Männer, die in der Woche vom 25. Januar bis zum 6. Februar Tag für Tag in diesem Hader und Schacher um die einzelnen Wahlkreise gekämpft haben, werden nur mit einem gewissen Abscheu darauf zurücksehen können.“

Wenn der Mandatsschacher, der hier um die rheinisch-westfälischen Wahlkreise getrieben wurde, selbst den Abscheu der in langjähriger politischer Lumperei abgehärteten Nationalliberalen erregt, dann muß er allerdings danach gewesen sein. Der schmälliche Handel ist gescheitert an der Haltung der Kölner Nationalliberalen. Nicht als ob diese dem Zentrum gegenüber standhafter wären, als die Nationalliberalen im übrigen Westen sind. Nein, das Verhalten der Kölner Nationalliberalen hat seinen Grund in den lokalen Verhältnissen. Vor sechs Jahren verdrängte das Zentrum in Köln die Liberalen aus der Rathausmajorität; bei der letzten Stadtverordnetenwahl gelang es den Liberalen, durch den Sieg in der zweiten Abteilung, wieder die Majorität im Stadtverordnetenkolleg zu erlangen. Diese Wahl ist vom Zentrum angefochten worden. Daher ist die Erbitterung unter den Parteien hier besonders groß. Die Liberalen fürchteten von einem offenen Eintreten für das Zentrum in der jetzigen Stichwahl eine Schädigung ihrer kommunalpolitischen Stellung, eine Gefährdung ihrer Rathausmajorität bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen.

„Post“-Logik.

Im verflochtenen Wahlkampf stand die „Post“ wirklich nicht an letzter Stelle, um mit allen möglichen Lügen und Verleumdungen die Sozialdemokratie und deren Vertreter zu begeißeln. Aber auch nach der Wahl ist sie diesem altbekannten Prinzip treu geblieben, und Nummer für Nummer bietet eine Schimpfkanonade gegen die gesamte Arbeiterbewegung, als ob die „Post“-Diablen in eine Preis-Konkurrenz mit den Schöblingen des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie getreten seien. Ganz besonders angeht es ihnen der letzte Aufruf des Parteivorstandes, dem die „Post“

einen besonderen Artikel „Kopfschütteln im roten Lager“ widmet. Nachdem in dem Laborat die selbstverleumdenden Millionäre, Rentiers und sonstige Arbeitergroßen schludenden Parteibetreter aufmarschieren, schreibt die „Post“:

„So heißt es z. B. auch, die Erbitterung durch die vielen Streiks und Massenausperrungen habe die Arbeiter in Sachsen vielfach von der Partei abgedrängt. Nun, früher, wenn die unglücklichen Arbeiter, mit deren Schicksal und wichtigsten Lebensinteressen die fatten Parteimillionäre nach Laune und Willkür spielten, wieder einmal am Hungertuche nagen sollten und in einen aussichtslosen Streik gekehrt wurden, der weitere Massenausperrungen nach sich zog, dann hieß es, durch die Aussperrungen würden der Sozialdemokratie nur immer neue Truppen zugeführt. Jetzt ist mit einem Male den fatten Millionären Singer und Bebel die Erkenntnis aufgegangen, daß es doch keine Bedenken hat, aus Despotenlaune und Größenwahn über Tausende von ehrlichen Arbeiterfamilien für Wochen und Monate die Dual des Hungers und Elends zu verhängen, damit die Ergebnisse dezimiert und die armen Leute nicht etwa zufrieden werden. Wenn der rücksichtslose Terrorismus der Sozialdemokraten nicht wäre, dann hätte das „Voll“ diese demagogischen Lehmannen und Gourmands, die aus anderer Leute Haut Niemen schneiden, noch ganz anders gerichtet. Aber der Damm ist jetzt gebrochen. Das Eisen muß geschmiedet werden, so lange es warm ist.“

Daß „die fatten Millionäre Singer und Bebel“ mit der Insignierung von Streiks resp. Aussperrungen absolut nichts zu tun haben, daß der wirtschaftliche Kampf mit dem Unternehmertum Sache der Mitglieder der Gewerkschaften ist, braucht natürlich ein „Post“-Redakteur nicht zu wissen, oder er belügt sein Lesepublikum wider besseres Wissen; daß er aber seine Leser betruht belügt, beweist die Wiedergabe der Sätze aus dem Aufrufe des Parteivorstandes, auf die sich die „Post“ bezieht. Der Absatz lautet:

„In diesen Tagen zeigte sich, daß der unverständnismäßig starke Ausschweifung, den die Partei bei den Wahlen im Jahre 1908 aufzuweisen hatte, nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken war. Insbesondere in Sachsen, in dem die Eheirung der Kronprinzenfamilie, der Haß gewisser Kreise gegen den damals regierenden streng katholischen König, die Erhöhung der Zivilliste und der prinzipialen Spannungen, in Verbindung mit einer erheblichen Erhöhung der Einkommensteuer, um mit dem Reichszentraler zu reden, eine große Anzahl wild gewordenen Spießbürger in eine Art Verleumdung verwickelte, der sie durch Abgabe eines Stimmzettels für einen sozialdemokratischen Kandidaten den entsprechenden Ausdruck gaben.“

Kein Zweifel. Die Klassenengegenseite haben sich in den letzten Jahren sehr verschärft. Die Kämpfe, die die in den Gewerkschaften organisierten Klassenbewußten Arbeiter mit Aug und Recht führten, um eine überaus günstige Prospektperiode für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, hat uns diejenigen Handwerksmeister weggetrieben, die in ihrer beschränkten Unternehmernauffassung die Verechtigung dieser Bestrebungen nicht begreifen konnten. Die Massenausperrungen der Arbeiter in den verschiedensten Berufen und Gegenden durch die Unternehmer haben auch auf Seite der Arbeiter die Stimmung verbittert und die Kluft zwischen ihnen und der Unternehmerklasse erweitert. Ferner hat die Parteinarbeit vieler staatlicher Organe für die Unternehmer und gegen die Arbeiter, wie sie in zahlreichen Gewaltmaßnahmen verschiedener Polizeiorgane und in Klassenjustizurteilen einer größeren Anzahl Gerichte zum Ausdruck kam, die vorhandene Verbitterung noch gesteigert.“

Und diese klaren Sätze wagt das Postgefindel umzufälschen in ein Abdrängen der Arbeiterchaft Sachsens von der Sozialdemokratie.

Wundern sollte es uns freilich nicht, wenn in dem nächsten „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ diese neueste „Post“-Lüge als eine Offenbarung der Schädlichkeit der Sozialdemokratie dargestellt würde.

Zur Regelung der Zigarren-Hausindustrie.

In der heutigen Sitzung des Bundesrates fanden die Anträge des IV. Ausschusses, betreffend:

- Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit,
 - Entwurf einer kaiserlichen Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung auf Werkstätten der Tabakindustrie,
 - Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen,
- die Zustimmung.

Schleifschindels Eheheikeit.

Die „Post“ erklärt in einem wuschnaubenden Artikel die Angabe des Genossen Bebel, die „Information“ sei eine vom Verbandsrat zur Verleumdung der Sozialdemokratie herausgegebene Korrespondenz, für eine Unwahrheit.

Wir nehmen Kenntnis von dieser Richtigmstellung. Bebel wird sich bei seinem Gewährsmann weiter erkundigen. Bemerkten wollen wir aber: ob die „Information“ vom Reichsverband oder von Genossenschaftlichen dieses Lügenhabildats herausgegeben wird, ändert an ihrem Charakter und unserem Urteil nichts. Auf's Allgen und Verleumdung versteht sich die „Information“ genau so gut wie der Reichsverband. Auf keinen Fall ist es eine Verleumdung für die „Information“, wenn Bebel sie als Mund des Reichsverbandes brandmarkte. Die Vaterchaft ist dieselbe und sie gleicht dem Reichsverband wie ein Zwillingenbruder dem anderen.

Die „Post“ begleitet aber ihre Richtigmstellung auch wieder mit den infamsten Angriffen und Beschuldigungen auf Bebel und Singers Vermögensverhältnisse und mit den maßlosesten Uebertreibungen über die ehemalige Villa Bebel's. Solche Schimpfereien nehmen sich in dem Organ für Millionäre und Willenbesitzer allerdings etwas burlesk aus. Wir wollen aber der „Post“ zur Veruhigung ihrer Herren mitteilen, daß Bebel und Singer jeden Augenblick bereit sind, mit den Hintermännern der „Post“ zu teilen und dabei ein ausgezeichnetes Geschäft zu machen glauben. Was aber die Bebel'sche Villa mit ihren vierzehn Zimmern betrifft, die angeblich Bebel bewohnte, so sei auf diese immer wiederholte Lüge der „Post“ bemerkt, daß die Bebel'sche Villa nicht vierzehn, sondern fünfzehn Zimmer besaß, aber auch vier Küchen, was darauf schließen läßt, daß vier Familien das Haus bewohnten. Und so war es in der Tat. Zwei Etagen mit je fünf Zimmern und Küche wurden dauernd von fremden Mietern bewohnt, im Souterrain bewohnte der Hauswirt zwei Zimmer und Küche und im Dachgeschoss Bebel drei Zimmer und Küche.

Wir gehen auf diese Dinge so ausdrücklich ein, um zu versuchen, ob wir durch diese Darstellung der Tatsachen der „Post“ und ähnlichen Schlichter das Lügenmaul stopfen und sie zu einer Richtigmstellung zwingen können. Unsere Hoffnung ist allerdings gleich Null.

Dr. Beder-Spendlingen nicht Reichsverbandes-Handlanger. Die „Post“ behauptet, die Angabe des „Vorwärts“, der Dr. med. Beder in Spendlingen bei Offenbach sei in die Leitung des Reichsverbandes eingetreten, sei unrichtig. Im Gegensatz zur „Post“, die Verichtigungen ihrer Behauptungen nie beachtet, beileien wir uns von ihrer Angabe Kenntnis zu nehmen. Die Mitteilung ging uns von einer Seite zu, die wir für sehr gut unterrichtet halten mußten. Hebrigen wird Herr Beder, wenn er nicht in den Dienst des Verleumdungsverbandes tritt, sich doch nicht nehmen lassen, als Freiwilliger in seinem Geiste weiter zu wirken.

Ausland.

Ungarn. Ausflüchte.

Budapest, 14. Februar. (W. T. U.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses berichtete Handelsminister Franz Kossuth über die gestohlenen Aktien, welche nur die seit Jahrzehnten bestehenden üblichen Verträge zwischen der Staatsbahnverwaltung und den Administratoren der Zeitungen betreffend die Veröffentlichung der Fahrpläne enthielten. Es sei unmöglich, diese Verträge als Bestätigung anzusehen, denn es handle sich nur um den Preis für die Veröffentlichung von Inseraten und um die Gewährung eines Reisestipendiums für einen verdienten Publizisten. Die Aktienstücke würden vollständig veröffentlicht werden. Kossuth gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Ständesammlung sich dieser Aktienstücke bemächtigt habe, obgleich sie keinerlei geheimnisvolle oder tadelnswerte Handlungen der Regierung berührten. Die Erklärung des Ministers wurde mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen.

Italien.

Die antimilitaristische Agitation.

Rom, den 10. Februar. (Fig. Ver.)

Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialistischen Jugendorganisation an die Rekruten des Jahres 1897, die für den 20. Februar zum „Ziehen der Nummer“ einberufen sind. Bekanntlich wird in Italien wie in Frankreich die Gesamtmasse der Rekruten in zwei Kategorien geteilt; die der ersten Kategorie zugewiesenen leisten den vollen Militärdienst von drei (Infanterie) bis zu fünf (Kavallerie, Marine, Artillerie) Jahren. Was die Bedürfnisse des Kontingents überschreitet, wird der zweiten Kategorie zugeteilt und nur zu kurzen Übungen einberufen. Ueber die Zuteilung entscheidet das Los. Wer sich zum Ziehen des Loses an dem festgesetzten Tage nicht einstellt, für den wird von Amts wegen das Los gezogen.

Die sozialistische Jugendorganisation fordert nun in ihrem Manifest die Rekruten auf, als Protest gegen den Militarismus, der das Land auslaugt und es dem Elend und Analphabetismus überantwortet, sich nicht zum „Ziehen der Nummer“ einzustellen! Diese stumme Protest soll der Eier des Militarismus eine Mahnung und Warnung sein.

Der „Avanti“ billigt diese Agitation und teilt mit, daß auch die Mehrheit des Parteivorstandes ihr beipflichtet. Die Regierung scheint über den Plan der Antimilitaristen, eine Art Revue ihrer Kräfte zu halten, recht besorgt. Seit der Veröffentlichung des Manifestes haben die Mitglieder des Komitees, das den Aufruf unterzeichnet hat, beständig Geheimpolizisten auf den Fersen!

Der Todestag Giordano Brunos (17. Februar), der vor 407 Jahren als Märtyrer des freien Gedankens starb, soll in diesem Jahre zu einer großen antikerikalen Demonstration in ganz Italien benützt werden. Ueberall werden Umzüge und Volksversammlungen abgehalten. In Rom werden u. a. auch die sozialistischen Abgeordneten Enrico Ferri und Serenini sprechen. An der antikerikalen Kundgebung beteiligte sich die sozialistische Partei offiziell, ferner die Republikaner, Radikalen, Anarchisten und Freimaurer. Die vatikanfreundliche Strömung in der Regierung und das machtvolle Eindringen der Merikalen in Parlament und Gemeinden zeitigt als Reaktion dieses Erwachen antikerikalen Geistes.

In der sozialistischen Partei treten sowohl die Reformisten um Turati als die Syndikalisten dieser Bewegung als einer dem bürgerlichen Radikalismus zuzehenden Manifestation entgegen.

England.

Die Fortsetzung der Adressdebatte brachte zunächst Ausführungen über die irische Frage: Der Staatssekretär für Irland, Birrell, erklärte, er und Premierminister Campbell-Bannerman seien sich darin vollkommen einig, daß die einzige Lösung des irischen Problems, die die große Mehrheit des irischen Volkes befriedigen würde, die Gewährung von Home rule und eines eigenen Parlamentes sei. Er würde deshalb nicht die Verantwortung für irgend eine andere Maßregel übernehmen, die in irgendwelcher Weise die Erfüllung der irischen Hoffnungen zunichte machen würde. (Beifall bei den Nationalisten.) Er hoffe, daß bald die Zeit kommen werde, wo Irland eine starke und wirkliche Erhöhung der Macht Großbritanniens sein werde, der Stolz des britischen Herzens und die Freude der irischen Bevölkerung selbst. (Beifall.) Birrells Rede war durchweg sympathisch im Tone, ließ aber nicht durchblicken, welcher Art die zu erwartenden Vorschläge der Regierung sein werden.

Schatzkanzler Asquith erklärte dann auf Anfrage verschiedener Redner der Arbeiterpartei auf Schaffung einer Altersversorgung: Die praktische Lösung dieser Frage sei nur möglich durch Sparsamkeit bei den öffentlichen Ausgaben und Verbesserung des derzeitigen Steuersystems. Aber man könne nur schrittweise vorgehen, und wenn er auch den dringenden Wunsch habe, einen Anfang zu machen, so sei es doch unmöglich, den Ueberschuß des nächsten Haushaltszells oder dessen Verwendung vorher festzulegen. Die Regierung wünsche ernstlich, eine wirkliche Altersversorgung zu schaffen, wenn auch anfangs nur in beschränktem Maßstabe.

Niederlande.

Die Ministerkrise.

Wie wir kürzlich mitteilten, hat die Verfassungskommission in ihrem Gutachten die Erste Kammer für einen „nützlichen Bestandteil der Staatsregierung“ erklärt. Wie sehr dies im Sinne der Reaktion der Fall ist, zeigt jetzt die Ministerkrise, die lediglich ein Werk dieses Oberhauses ist, welches das Budget des halbwegs liberalen Kriegsministers Staal ablehnt, weil man die Verechtigung und teilweise Einschränkung eines für die Landesverteidigung höchst überflüssigen Truppenteils, des sogenannten „bleibenden Teils“ der Kavallerie und Infanterie, nicht billigt. 27 der hohen Kammerherren, Katholiken und Calvinisten, sowie der Liberale van Gouten stimmten gegen das Budget, 17 dafür, 6 waren abwesend. Unter den Gründen, die in der Debatte von der Mehrheit geltend gemacht wurden — auch von dem Liberalen van Gouten — spielten folgende der Landesverteidigung nur eine untergeordnete Rolle. Man legte viel mehr Gewicht darauf, daß nach Abschaffung des bleibenden Teils bei Unruhen im Lande nicht genug Truppen zur Unterdrückung des „inneren Feindes“ vorhanden wären! Denselben Grund führte man gegen eine andere Maßnahme des Kriegsministers an, nämlich dagegen, daß den Landwehrlenten nach beendeter Übung die Gewehre zur Aufbewahrung mit nach Hause gebracht werden, wie das bei der Schweizer Miliz üblich ist.

Die Ministerkrise hat eine sonderbare politische Lage geschaffen. Die Zweite Kammer hieß das Budget des Kriegsministers gut, die Abstimmung über die Abschaffung des bleibenden Teils allerdings hat sie noch ausgesetzt. Das Ministerium de Meester, das sich mit seinem Kriegsminister solidarisch erklärt hat, entspricht den Verhältnissen dieser Kammer, so daß also zu ihrer Auflösung kein Grund vorliegt. Eine Auflösung der Ersten Kammer ist jedoch zweifellos, weil sie von den Provinzialstaaten gewählt wird, die höchst wahrscheinlich dieselben widerpenstigen Abgeordneten wiedewählen würden. Den Kampf gegen die Reaktion ernsthaft anzunehmen, das Ministerium de Meester schwerlich kraft und Willen genug besitzen. So bleibt nur der Ausweg übrig, daß ein Ministerium ohne existenzpolitischen Charakter aus Ruder kommt, von dem kaum irgend welche wichtigen Reformen zu erwarten sind.

Bulgarien.

„Rachgiebigkeit“ — aus Schwäche?

Die gemahregelten Universitätsprofessoren veröffentlichten ein neuerliches Manifest an das bulgarische Volk, in dem sie das neue Universitätsgesetz scharf mißbilligen und erklären, daß kein Pro-

fessor einen Lehrstuhl annehmen werde. Den gemäßigten Univeritätsstudenten gegenüber nimmt die Regierung eine nachgiebige Haltung ein. Alle strafweise in die Armee eingezogenen Studenten sind vom Militärdienst wieder befreit worden.

Amerika.

Die Bodenschätze. — Brauntweinhandel. — Einwanderungsgesetz.

Präsident Roosevelt hat dem Kongress eine Botschaft in bezug auf öffentliche Ländereien zugehen lassen, in der er die Gewinnung von Kohle oder anderen Brennstoffmaterialien auf Ländereien, die noch im Besitz des Staates sind, diesem vorbehalten wissen will, und erklärt, daß Volk müsse sich sein Recht auf die Bodenschätze an Brennmaterial wahren.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat über den in Aussicht genommenen allgemeinen Vertrag zwischen den Mächten beraten, der die Unterdrückung des Brauntweinhandels in Afrika durch Einführung von Prohibitivzöllen bezweckt, und einem Bericht zugestimmt, der sich für diesen Vertrag ausspricht.

Washington, 13. Februar. (Melbung der Associated Press.)

Bereits seit der letzten Session des Kongresses sind verschiedene Vorschläge des Einwanderungsgesetzes erwogen worden. Das bestehende Gesetz sieht nämlich eine Kopfsteuer von 4 Dollars fest für alle Einwanderer, mit Ausnahme solcher, die aus Kanada, Neufundland, Kuba und Mexiko kommen, es sagt aber nichts über Einwanderer, die in Puerto Rico, Hawaii, Guam und den Philippinen landen. Weiterhin sollen neue Bestimmungen über den Passagier auf den Auswandererschiffen zu gewöhnlichen Luftraum getroffen werden, und zwar werden für jede Person auf allen Schiffen, die Einwanderer nach den Vereinigten Staaten bringen, 18 Kubikfuß mehr für das Hauptdeck und das erste Zwischendeck und 20 Kubikfuß mehr für das zweite Zwischendeck verlangt.

Das Amendement zur Einwanderungsbill, das vom Staatssekretär Root vorbereitet wird, enthält auch die Bestimmung, daß der Präsident Ausländern, welche ihre Zulassung auf das kontinentale Gebiet der Vereinigten Staaten auf Grund von Pässen nachsuchen, die auf irgend ein anderes Land, als die Vereinigten Staaten oder deren insulare Besitzungen oder die Zone des Panamakanals lauten, diese Zulassung verweigern kann, wenn er überzeugt ist, daß die Pässe in einer Art benutzt werden, die den Interessen der amerikanischen Arbeiter schädlich ist.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr.

Am Stelle der ausgeschiedenen Stadtv. Buchow und Rost und des verstorbenen Stadtv. Perls haben verschiedene Ersatzwahlen stattgefunden. Es werden gewählt in die Kreisdeputation Wagner (Soz.) und Sökeland (N. L.) durch Juras; ferner durch Stimmgittel in die Straßenreinigungskommission Stadtv. Schneider (Soz.), in die Verkehrsdeputation Stadtv. Alt. Für den Ausschuß für die Schuldeputation Stadtv. Hellriegel.

Ueber die Ausführlösungen zur Vorlage wegen Verlängerung der Vohstraße referiert

Stadtv. Heumann (Soz.): Wiederholt haben sich die einzelnen Organe der Verwaltung mit der Frage der Verkehrsverhältnisse am Potsdamer Platz befaßt. Der Magistrat widerstrebt lange dem Durchbruch der Vohstraße nach Westen oder Nordwesten, die Verkehrsdeputation trat aber so lebhaft dafür ein, daß der Magistrat gegen Ende vorigen Jahres die Vorlage machte, welche den Durchbruch nach der Lennestraße für etwa 3 1/2 Millionen Mark Kosten vorschlug. Die Versammlung überwiegt die Vorlage und den dazu eingegangenen Antrag Rodler einem Ausschuß. Der Antrag Rodler will die Entlastung des Potsdamer Platzes auf anderem Wege erreichen; der Antragsteller hält von der Verkürzung des Weges vom Kemperplatz nach dem Potsdamerplatz um nur 20 Meter bezw. eine Feilersparnis von nur 50 Sekunden für gänzlich einflusslos auf den Verkehr. Auch die Erfahrungen mit den bisherigen Straßendurchbrüchen bestätigen ihm seine pessimistische Auffassung; man solle die beiden Nachbargassen auf dem Potsdamer Platz beseitigen, den Leipziger Platz freigeben und so die Erleichterung des Verkehrs herbeiführen. Stadtbaurat Krause hielt für ausgemacht, daß diese Maßnahmen das Gegenteil von dem Gewünschten erreichen werden; die Kosten des Antrages Rodler würden auch sehr erheblich höhere sein; das einzige Abhilfsmittel sei die Schaffung einer Parallelstraße. Der ganze Verkehr von Moabit durch die Bellevuestraße gehe jetzt nach dem Potsdamer Platz; diesen Verkehr müsse man ablenken. Es würden auch nur drei Grundstücke voll beansprucht werden, von den übrigen nur Hinterland. Im Ausschuß ist dann noch betont worden, daß die Verkehrsprojekte der Stadt seitens der Behörden nur wenig Unterstützung finden, die Stadt hier zeigen müsse, daß sie auch vor Opfern nicht zurückzuckt; es dürfe diese Gelegenheit nicht verpaßt werden. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage mit 7 gegen 4 Stimmen und die Ablehnung des Antrages Rodler. Der Vorschlag, die Jägerstraße nach der Königsgräberstraße durchzulegen, ist von dem Stadtbaurat Krause als unzulässig bezeichnet worden.

Es ist inzwischen ein neuer Antrag eingegangen, die Versammlung möge mit dem Magistrat in gemischter Deputation beraten, wie in zweckmäßiger Weise eine Entlastung des Potsdamerplatzes herbeigeführt werden könne.

Stadtv. Rodler (N. L.): Ein großer Teil meiner Freunde lehnt den Magistratsantrag ab, weil wir die geforderte hohe Summe nicht als Äquivalent für die Vorteile des Durchbruchs ansehen können. Die fürchterliche Verwirrung des Verkehrs, die auf dem Potsdamerplatz an der Tagesordnung ist, muß beseitigt werden. Das kann zweckmäßig nur geschehen durch meinen Antrag, welcher die beiden Nachbargassen fortnehmen will. Dadurch entsteht eine bequeme und geräumige Verbindung zwischen dem Potsdamerplatz und Leipzigerplatz. Durch breitere Straßen läßt sich der Verkehr doch besser leiten als durch enge. Der Massenverkehr über den Place de la Concorde in Paris oder über die Piazza del Popolo in Rom ist doch nur dadurch möglich, daß solche Verkehrsverbindungen sich da nicht finden. Die Kostenfrage in diesem Sinne ist nur ganz nebensächlich; der Platz aber wird ein besseres Aussehen bekommen. Daß die Lorgebäude ein notwendiges Äquivalent für die architektonische Ausgestaltung des Platzes seien, kann ich nicht zugeben; vor 100 Jahren mochte das allenfalls noch zutreffen. Der Potsdamerplatz schließt doch im Westen heute viel schöner ab als der Leipzigerplatz mit den beiden gelben Häusern. Die Erlaubnis, daß sie fallen, würde sicher zu erwirren sein, wenn die nötige Energie entfaltet wird. Mein Antrag geht ferner dahin, den jetzt um den schönen Leipziger Platz gelegenen Statuenzaun zu entfernen, durch den Platz Wege zu legen und den westlichen Zipfel des Platzes abzuräumen, so daß seine Grenze mit den Fronten der beiden Hotels zusammenfällt. Die Beseitigung der Vorgärten in der Bellevuestraße ist mir von vielen Seiten verargt worden und würde auch sehr kostspielig sein; ich sehe von diesem Teil meines Antrags ab. Die Berliner Stenerzahler werden nicht verstehen, wie man so enorme und unübersichtbare Summen ausgeben will für absolut unübersichtbare Zwecke. (Weifall und Widerspruch.)

Stadtbaurat Krause: Trotz der vor sechs Jahren erfolgten Regulierung des Potsdamerplatzes werden die Verkehrsverhältnisse dort täglich schwieriger. Es läßt sich ja durch die Erweiterung des Platzes der Verkehr verbessern, zumal wenn auch die Vorgärten angefaßt werden. Das aber genügt nicht. Unsere Vorlage ist immer noch besser als der Antrag Rodler, mit dem gar nichts erreicht wird. Der Antrag schafft bloß ein Chaos, eine wüste Fläche, aber keine Serenität. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Informativteil beantragt;

Verkehrsverhältnisse. Wir wollen auch den Verkehr auf dem Platz nicht regeln, sondern wir wollen den Platz entlasten. Dazu brauchen wir einen direkten parallelen Straßenzug nach dem Kemperplatz. Ein anderes Projekt empfiehlt den Durchbruch nach der Bellevue- und Viktoriastraße; dieses würde noch kostspieliger sein, denn es würde das Künstlerhaus und das Wilhelmsschule durchschneiden. Als billigeres und zweckmäßigeres bleibt nach Lage der Dinge nur unser Projekt übrig. Nach einigen Jahren würde auch dies durchzuführen nicht mehr möglich sein, angesichts der Entlastung der Bellevuestraße. (Weifall.)

Stadtv. Heumann (N. L.): Im Jahre 1871 habe ich bei den Vorarbeiten für die Anlage der Vohstraße beim Polizeipräsidenten lebhafteste Unterstützung gefunden und in 8 Tagen hatte ich die Zustimmung in der Sache. Ob das heute ebenso rasch gehen würde, möchte ich doch bezweifeln. Die Frage muß aber überhaupt von umfassenderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Vor dem Potsdamer Tor westlich liegen Stadtteile und Städte mit schon jetzt 400 000 Einwohnern. Für einen großzügigen Verkehr bedarf es einer schlanen durchgehenden Straßenführung; die würde durch das Magistratsprojekt gegeben. Die Bellevuestraße hat einen erheblichen Verkehr, der demjenigen über den Potsdamer Platz geradezu in die Hände fällt; der würde abgelenkt werden. Vor dem Kostpunkt sollte Berlin nicht kleinlich zurücktreten. Den Antrag Rodler zur Ablehnung verziehe ich, aber nicht seine positiven Vorschläge, die den Verkehr nur noch weiter verwirren können. Die Lohhäuser wirken als Schutzhäuser; beseitigen wir sie, so würde der Verkehr durch die notwendigen Schutzhäuser noch weiter beeinträchtigt. Die Beseitigung der Häuser wäre auch architektonisch ein Mißgriff. Die gemischte Deputation wäre ein Umweg, auf dem nur eine Verzögerung ad calendarum erreicht würde.

Stadtv. Heumann (N. L.): Der Magistrat erwartet wohl selbst nicht allgütig von seinem Projekt, das er ja erst nach langem Sträuben und die Verkehrsdeputation zum Teil wohl aus Courtoisie gegen den Stadtbaurat Krause (Unruhe) akzeptiert hat, der auch in der Verkehrsdeputation sitzt. Der Verkehrsrat Krause ist hier zu weit rechts abgekommen; wir können zum größten Teil nicht mit ihm mitgehen. Kosten scheuen wir nicht, das haben wir gemutmaßt. Die Vohstraße, ursprünglich Privatstraße, hat bisher keinen Verkehr aufzuweisen; den Verkehr kann man eben nicht in ein bestimmtes Bett zwängen. Andererseits hat sich die Spekulation schon jetzt auf die Häuser der Voh- und Vohstraße geworfen. Manderlei Kreise würden Vorteile haben, nur nicht der Verkehr. Es würde am Kemperplatz nur ein zweiter Potsdamer Platz geschaffen werden, der ja durch den Rolandbrunnen schon stark in Anspruch genommen ist. Den Potsdamer Platz wollte man ja vor Zeiten auch mit einem großen Obelisk versehen, was nur mit knapper Not abgewehrt worden ist. Die Straßentellen können also absolute Autorität für ihre Verkehrsprojekte nicht verlangen. (Heiterkeit.) Auf dem Potsdamer Platz ist schon jetzt zwischen Fußgänger- und Wagenverkehr zu unterscheiden. Daß der Verkehr vielfach lebensgefährlich ist, steht fest. Das liegt aber an den 4 Bahnhöfen, die den Platz mit ihren Passagieren stets belastet werden. Daß man den Verkehr verbessert, wenn man ihn einengt, höre ich heute zum ersten Male. Die Entlastung des Wagenverkehrs wird ja erfolgen durch die Untergrundbahn und auch durch die Untertunnelbauten der „Großen“, die anscheinend sicher durchgeführt werden werden. Unter diesen Voraussetzungen wären ja die 3 1/2 Millionen Mark fast weggeworfen. An die beiden Lohhäuser will man bloß nicht heran, weil sie fiskalisch sind. Wenn der Vaurat ein größtmöglicheres Projekt ausarbeiten wollte, wir würden die zehnfache Summe bewilligen (Scht, hcht), aber es muß eine Arbeit sein, die eines Groß-Berlin würdig ist, nicht ein solches Anhängsel. Für diese Vorlage bewilligen wir nicht einen Scherz. (Weifall und Hissen.)

Stadtv. Singer (Soz.): Ich hoffe, daß nach diesen Ausführungen der Ausschuhentwurf möglichst einstimmig angenommen werden wird (Heiterkeit), denn eine bessere Begründung für denselben könnte man nicht geben. Es ist eine eigentümliche Insinuation, daß eine Deputation einem Projekt aus Courtoisie gegen den Stadtbaurat zugestimmt hat. Es ist das auch wohl bloß eine Redefloskel gewesen. Wenn Herr Reimann dann das Eintreten der Grundstückspekulanten erwähnt hat, so ist diese Tatsache sehr zu bedauern, aber diesen an sich unfehllichen Vorgang kann man doch nicht benehnen, um ein für die Stadt nützliches und für die Verkehrsinteressen notwendiges Projekt zu bekämpfen. Und könnte man verhindern, daß, sowie in der Verwaltung irgend ein derartiges Projekt erörtert wird, die Grundstückspekulation sich auf das betr. Terrain wirft? Den vom Redner zuletzt ausgestellten Vorschlag würde ich dem Magistrat zu diskontieren nicht raten; dieser sollte ihn vielmehr als einen der eben verflochtenen Fackelzeit angemessenen Scherz ansehen. Ich würde den Vogen Papier bebauern, den der Vaurat darauf verwendete, eine direkte Verbindung mit dem Potsdamer Platz von der Frankfurter Allee her zu realisieren. Der Antrag Rodler verhindert in seiner Wirkung das sofortige Einschreiten gegen den Mißstand; die älteren Kollegen unter uns würden die Aufnahme der dann nötigen Verhandlungen sicher nicht mehr erleben. Wir von der Verkehrsdeputation wissen ja, was es heißt, mit den Aufsichtsbehörden zu verhandeln. Vor 30 Jahren ging es im Polizeipräsidentium bezüglich der Schnellstraßen anders zu als heute; ich verweise nur auf unsere Straßenbauprojekte. Jedenfalls würde der Antrag die gegenwärtige Kalamität nicht beseitigen. An einer anderweitigen Regulierung des Potsdamer Platzes für später mitzuwirken, würde ich mich auch durch die Annahme der heutigen Vorlage nicht behindert betrachten. Ich empfehle nicht den Rodlerschen Plan; aber die Regulierung des Platzes soll der Magistrat auf alle Fälle im Auge behalten. Jedes halbe Jahr, um welches wir den Durchbruch der Vohstraße verzögern, ist für den Verkehr ein sehr empfindlicher Verlust. Die technische Seite der Frage ist durch den Kollegen Heumann erschöpfend erläutert worden. Ich verzeihe durchaus mit Herrn Reimann die Anschauung, daß auch der praktische Bürger das Recht eines Urteils über die Verkehrsverhältnisse hat; in diesem Sinne empfehle ich gerade den Magistratsantrag als die zurzeit einzige Möglichkeit der Entlastung des Potsdamer Platzes und der ebenso wichtigen Entlastung der Leipzigerstraße. Die Prinz Albrechtstraße hat gegen früher an Verkehr doch zugenommen und wird in Zukunft einen noch weit größeren Verkehr aufnehmen; sie hat derart für die Leipzigerstraße immerhin eine Entlastung bedeutet. Es handelt sich eben auch darum, durch solche Durchbrüche nicht sowohl bereits vorhandenen Verkehr zu beseitigen, als zu verhindern, daß dieser sich noch weiter steigert. Die Rücksicht auf die Kosten darf unmöglich ein Hindernis für das Projekt sein. Wenn die badiische Gefandtschaft sich gemühtig fühlt, in einem Exposé uns das Ickliche dieses Projekts voranzuhalten, so hätte der badiische Gefandte doch Besseres zu tun, als sich in unsere Verkehrsverhältnisse einzumischen, zumal auf dem Wege rechtsanwaltlicher Zustellung, wie man etwa einen Zahlungsbefehl ergehen läßt. (Heiterkeit.) Trotz der hohen Weisheit, welche Gefandten und Bundesratsmitgliedern an sich innewohnen muß, glauben wir hier doch besser die Verkehrsbedürfnisse beurteilen zu können. Wir wären in den 70er und 80er Jahren viel bereitwilliger, Straßendurchbrüche zu fördern und große Verkehrswege zu schaffen, als heute; die Schwierigkeiten mit den Vororten haben vielleicht etwas lähmend auf diese Politik eingewirkt. Der frühere Rammerey wollte ja die kleinen engen Straßen beibehalten, um das historische Bild der Stadt zu konservieren. Heute müssen wir Opfer bringen für die Verkehrsverbesserungen. Wir gefährden alle unsere anderen Verkehrsverbesserungspläne, wir würden kommunalpolitisch unklug handeln, wenn wir hier kleine Knickerei treiben wollten. Nur solche Leute können die Vorlage nicht wollen, die sich gegen die tatsächlichen Verhältnisse selbst eine Scheuklappe vorbinden. Wir werden für den Ausschuhentwurf stimmen! (Weifall.)

Bürgermeister Dr. Weide: Wir fassen in der Verkehrsdeputation wirklich nicht unsere Beschlüsse aus Courtoisie gegen irgend ein Mitglied. Man kann sich gar nicht schäfer ausdrücken als Herr

Reimann es tat, wenn er von dem „Hissen“ sprach. Der Kopf ist gegenüber dem langen Körper auch nur ein „Hissen“. Mit der Vorlage gelangen wir zum erstenmal zu einer vollen Ausführung der Vohstraße, die bisher ein unterbündenes Leben führte, da ihr ein Ausgang fehlte. Der Wilhelmplatz wird umgestaltet werden, der Zietenplatz wird fallen; wie können Sie da die neue Verkehrsstraße von neuem unterbinden, indem Sie die Vorlage ablehnen? Ueber die weitere Entlastung des Potsdamer Platzes wird unausgesetzt weiter verhandelt.

Stadtv. Fried (N. L.): Wir werden mit großer Mehrheit die Vorlage ablehnen, die nur ein kleines Mittelchen darstellen würde, womit nichts gewonnen wäre. Wir beantragen hingegen, den Magistrat in einer Resolution aufzufordern, uns eine neue Vorlage zu machen, durch die die Verkehrsverhältnisse des Potsdamer Platzes gründlich gebessert werden.

Stadtv. Jacobi (N. L.) betont, daß die Magistratsvorlage in der Verkehrsdeputation einstimmig angenommen worden sei. Der Antrag Rodler bringe schon lange keine Entlastung des Potsdamer Platzes, hingegen würde durch das Magistratsprojekt der Weg von der Wauerstraße nach dem Tiergarten um 340 Meter, nicht nur um 200 Meter, abgekürzt. Es geht nicht ferner an, daß das große Berlin nach dem Westen nur zwei Ausgänge habe, Brandenburger Tor und Potsdamer Platz; die Annahme der Magistratsvorlage sei dringend zu empfehlen.

Stadtv. Haberland (N. L.): Die Magistratsvorlage schafft keine Abhilfe; schon nach zwei Jahren känden wir vor derselben Kalamität. Die Bellevuestraße hat eine ganz beträchtliche Verkehrssteigerung zu erwarten, durch das „Kleinholz“-Restaurant und die projektierten großen Hotelbauten. Wo bleibt dann Ihr Mißwerk! (Weifall.) Ein anderer Weg wird uns durch das Projekt des Kollegen Gremer geliefert. Kollege Singer macht sich doch sonst gar nichts aus dem Standpunkt der Aufsichtsbehörden; heute erklärt er, wir müßten diesen zeigen, daß wir vor Opfern nicht zurückzucken. Wir hatten trotz der Stellungnahme der Aufsichtsbehörden an unserer Ueberzeugung fest. Ueberweisen Sie die Sache einer gemischten Deputation! (Weifall und lärmender Widerspruch.)

Stadtv. Cassel (N. L.) ist im Gegensatz zu seinen Freunden ein Anhänger der Vorlage. In der Verkehrsdeputation sei nachgewiesen worden, daß die Vorlage durchaus brauchbar und akzeptabel ist. Vaurat Krause sei auch gar nicht allein die treibende Kraft in der Verkehrsdeputation gewesen. Es sei doch kein Grund, die Vorlage abzulehnen, weil hier die Wünsche der Aufsichtsbehörden mit den Vorschlägen des Magistrats übereinstimmen. Der Hinweis auf die Projekte der „Großen“ dürfe nicht zur Ablehnung der Vorlage verwertet werden. In der ganzen Diskussion habe sich kein einziger anderweitiger praktikabler Vorschlag vornehmen lassen. Die Durchlegung der Jägerstraße sei von dem Vaurat des Gedankens, dem Stadtbaurat Gremer, selbst fallen gelassen worden, da sie mitten durch den Bundesratsaal führe und ungezählte Millionen kosten würde. Besser heute die Vorlage ablehnen, als eine gemischte Deputation!

Stadtv. Friedemann (Soz.-forischt.) verspricht sich nichts von der minimalen Abkürzung des Weges nach dem Kemperplatz, wohl aber würde man diesen unerbittlichmäßig belastet. Nämlich man die Häuser an der Potsdamerstraße und Vinkstraße fort, so würde schon eine erhebliche Erleichterung eintreten.

Stadtv. Gremer (N. L.): Ich lasse mein Jägerstraßenprojekt, das noch auf Jahre hinaus unausführbar ist, und weil es sich doch hauptsächlich um die Entlastung der Leipzigerstraße handelt, fallen und stimme für die Vorlage! (Weifall.)

Stadtv. Rosenow (N. L.): Die Vorlage ist nur ein Palliativmittel, welche das große, wirklich Abhilfe schaffende Projekt des Durchbruchs der Vohstraße nach der Viktoriastraße und Potsdamerbrücke gefährden würde. Daher lehnen wir für jetzt die Vorlage ab, empfehlen aber die Resolution, den Magistrat zu ersuchen, uns ein großzügiges Projekt vorzulegen. (Zurufe.) Auch die Potsdamerstraße muß entlastet werden, und das muß von der Potsdamerbrücke her geschehen! (Weifall.)

Oberbürgermeister Rirchner: Ich bitte Sie, den Antrag auf gemischte Deputation wie auch die Resolution abzulehnen. Das vorgelegte Projekt wird zur Entlastung des Platzes dienen, das muß jeder Unvoreingenommene einsehen. Kein Projekt ist bei uns gründlicher und eingehender untersucht worden; die früheren Gegner sind allmählich beseitigt. Alle anderen Vorschläge, auch den des Kollegen Rosenow, haben wir längst geprüft und für undurchführbar befunden. Nun soll etwas „Großartiges“ gemacht werden; das ist sehr leicht gesagt, aber keinerlei praktische Andeutung dafür ist erfolgt. Weichen Sie der Sache nicht aus! (Weifall.)

Stadtv. Stajpl (N. L.) bekennt sich als Anhänger der Vorlage und betont, daß Stadtv. Cassel in der Fraktion keineswegs allein stehe.

Stadtv. Ballach (N. L.): Es sind im ganzen nur 6 Mann! (Heiterkeit.) Redner zieht unter großem Lärm der immer unruhiger werdenden Versammlung gegen die Vorlage zu Felde; der Vorsitzende vermag ihm kaum Gehör zu verschaffen.

Oberbürgermeister Rirchner: Wenn Herr Ballach gemeint hat, das Gebäude dürfe als extraterritorial nicht enteignet werden, so dürfte das auf einem Mißverständnis beruhen; die Extraterritorialität bezieht sich auf die Personen, nicht auf die Gebäude.

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen 9 Uhr angenommen.

Der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation wird abgelehnt, ebenso mit schwacher Mehrheit die Resolution Fried, den Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage einzubringen, welche mit Sicherheit eine Verkehrsablenkung vom Potsdamer Platz erwarten läßt; desgleichen der Antrag Rodler gegen wenige Stimmen. Die Vorlage gelangt mit 64 gegen 45 Stimmen zur Annahme.

Die Versammlung setzt hierauf um 9 Uhr 5 Minuten die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung ab.

Eingegangene Druckschriften.

G. Freitag Reichstagswahlkarte des Deutschen Reiches 1907. Preis 60 Pf. Verlag G. Freitag u. Verndt, Wien VII 1.
Wartenschanz und Weltverw. Monatschrift für gewerblichen Rechtschutz. Herausgeber Rechtsanwalt Dr. R. Wollermann. Einzelnummer 1 R. halbjährlich 4 R. Verlag Dr. Weßend, Berlin SW. 19.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gettlose Leute.

Paris, 14. Februar. (B. L. Z.) Durch ein Dekret, welches das Amosblatt morgen veröffentlicht, wird die Institution der Marinerparrer abgeschafft werden.

Wasz wie bei uns!

Brüssel, 14. Februar. (B. S.) Bei der heutigen Beratung der Vorlage über den Achtstundentag in den Kohlengruben erregte sich in der Kammer ein Mißverständnis. Als der liberale Abgeordnete Heymans gegen den Achtstundentag sprechen wollte, rief von der Tribüne ein Zuschauer: Das ist also die Art und Weise, wie Sie die Arbeiter verteidigen! Der Kaiser wurde sofort ermittelt und verhaftet.

Trotz aller Gewaltmaßnahmen.

Petersburg, 14. Februar. (B. L. Z.) Bei den heute in Petersburg seitens der Arbeiter vorgenommenen Wahlen der Wahlmänner zweiten Grades wurden 14 Wahlmänner gewählt, die sämtlich Sozialdemokraten sind, und zwar sind von ihnen 12 Russen und 2 Deutschen.

Zehn Personen verbrannt.

Warschau, 14. Februar. (B. S.) In Hludz entstand eine große Feuerbrunst, wobei zehn Personen in den Flammen umkamen.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Herr v. Rheinbaben, v. Arnim. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung eines Antrages Bachmann und Genossen (natl.): Für die laufende Session eine Kommission für Vorschläge zur Regelung der Dienstbezüge der Staatsangestellten einzusetzen, die auch die einschlägigen Petitionen vorzubereiten soll.

Abg. Schiffer (natl.) begründet den Antrag, der zur Entlastung der Budgetkommission und des ganzen Hauses beitragen soll. Es sei hohe Zeit, der wachsenden Not und Unzufriedenheit in der Beamtenchaft einen Riegel vorzusetzen. (Beifall.)

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Der Vorredner ist völlig über die Deckungsfrage hinweggegangen. Ich habe schon wiederholt dargelegt, daß unsere Ausgaben verhältnismäßig stärker steigen als die Einnahmen. Wenn das so weiter geht, kommen wir um eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht herum. Die Regierung allein ist in der Lage, die Bedürfnisse der einzelnen Beamtenkategorien genau zu übersehen. Im nächsten Jahre wird mit der Ausweitung der Gehälter derjenigen Unterbeamten begonnen werden, die jetzt in eine zu große Differenz mit den Unterbeamten des Aufendienstes gekommen sind. Weiter beabsichtigt die Regierung für 1908 eine Erhöhung der Gehälter der Gerichtsschreiber und der Post- und Steuersekretäre. Auch werden wir zu einer anderweitigen Ordnung der Serviceklassen kommen und dabei mehr Rücksicht auf die verschiedenen Teuerungsvhältnisse an den einzelnen Orten nehmen. Die Regierung wird immer bemüht sein, da Abhilfe zu schaffen, wo ein dringendes Bedürfnis vorliegt. (Bravo.)

Abg. Dr. Forst (Z.) erklärt, daß auch seine Partei eine allgemeine Revision der Beamtenbefolgung für notwendig halte, daß sie aber den Antrag Bachmann ablehne.

Inzwischen ist ein Antrag v. Redlich eingegangen, der sich mit der materiellen Frage der Erhöhung der Beamtengehälter beschäftigt. Der Antrag wird jedoch von der Beratung ausgeschlossen, nachdem Präsident v. Röcher erklärt hat, daß er mit dem Antrag Bachmann, der nur die formelle Behandlung der Gehaltsfragen regelt, nicht im Zusammenhang stehe.

Die Abg. Dr. v. Hendebrand (L.) und Herr v. Redlich (L.) erklären namens ihrer Parteien, daß sie den Antrag Bachmann ablehnen und die Budgetkommission für die geeignete Stelle zur Beratung der Beamtenbefolgungsfrage halten.

Abg. Fißbach (fr. Sp.): Da die Regierung die Initiative in der Frage der Beamtenbefolgung nicht in ausreichendem Maße ergriffen hat, so muß es eben das Parlament tun. Da die Budgetkommission ihre Aufgabe nicht in vollem Maße erfüllen kann, muß eben eine besondere Kommission eingesetzt werden. Die Beamten wissen dann auch, daß ihr Schicksal in guten Händen liegt, und sie werden sich bald beruhigen. Es muß heute allerdings Erbitterung hervortreten, wenn viele Beamte sehen, wieviel besser sich die Arbeiter fast überall stellen. Wir werden dem Antrag Bachmann zustimmen.

Abg. Braemel (fr. Sp.) schließt sich dem Vorredner an. Hierauf wird der Antrag Bachmann gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Geschäftverwaltung. Abg. v. Dierßen (L.) begründet einen Antrag: die Regierung möge für die Zukunft eines für die verschiedenen Bedarfszwecke des Inlandes geeigneten Werbematerials mehr tun als bisher.

Abg. Gump (L.) beklagt, daß es an genügendem Werbematerial fehle.

Minister v. Arnim: Ich habe bereits Antweisung gegeben, die Anordnungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Staatsdruckerei hat dank der Staatshilfe im Westen sehr große Erfolge erzielt.

Abg. Rogalla v. Biederstein (L.) bekämpft — als Distributionsmittel — den Antrag v. Dierßen.

Oberlandratsminister Graf Schudorff gibt einen Überblick über die Lage der Pferdewirtschaft in Preußen.

Abg. Gylling (fr. Sp.) erklärt seine Zustimmung zu dem Antrag v. Dierßen.

Der Antrag v. Dierßen wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen angenommen und der Etat bewilligt, ebenso der Domänenetat nach unerheblicher Berichtigung. Damit ist die zweite Lesung des Etats für die Landwirtschaft, Forsten und Domänen erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zusitzetat. Vorher auf Wunsch aller Parteien sämtliche Initiativanträge betr. bessere Beamtenbefolgung.) Schluß 5 Uhr.

Die russische Revolution.

Zur Wahlmännerwahl in Estland.

Die Wahlmännerwahlen sind jetzt in vorletzter Instanz vollzogen. Gewählt wurden die Kandidaten des Blocs der Linken. Der Wahlkampf war ein erbitterter und wurde hauptsächlich zwischen den Sozialdemokraten und den national-klerikalen Fortschrittsmännern ausgefochten. Unsere Genossen kämpften natürlich unter den größten Verfolgungen: Die Richter mußten sich vor der Polizei verbergen, von einem Orte zum anderen fahrend. Die Propaganda in den öffentlichen Versammlungen war in die engsten Grenzen gebannt, da die Polizei jeden, der öffentlich für die Rechte der Sozialdemokratie eingetreten wäre, sofort eingekerkert hätte. Die Regierung, der Adel und die nationale Fortschrittspartei haben ihre Sache jedoch so in Mitleid gebracht, daß bloße kritische Bemerkungen genügen, um das Volk in die Opposition zu bringen. — Die Schergen der Regierung haben das sogenannte „Wahlrecht“ nach Belieben gekürzt, die Arbeiter in den Städten wie auf dem Lande entrechtet und viele bekannte Genossen ohne jeden Grund verhaftet, um sie des Wahlrechts verlustig zu machen. Es ist ein günstiger Beweis des revolutionären Geistes, daß ein Gebiet, welches seit 14 Monaten unter den schwersten Freuden des Standrechts, unter der grenzenlosen Gewalt der Junker schmachtet, bei der Wahl in dieser Weise protestiert. Alle Einschüchterungen und Nachregelungen seitens der Gouverneure und deren Helfershelfer vermochten nichts anderes als allgemeinen Protest hervorgerufen.

Die letzte Wahl steht noch bevor. Die Kandidaten sind noch unbekannt; denn man mag nicht, sie öffentlich zu bezeichnen; sie könnten sonst noch „unschädlich“ gemacht werden.

Die Reisegelder der hohen Beamten.

Der ehemalige Generalgouverneur von Jekuit, Graf Kutaisow, richtete an den Senat eine Klage gegen das Ministerium des Innern. Als er zum Generalgouverneur ernannt wurde, gab ihm das Ministerium des Innern 438 Rubel 75 Kopeken zur Reise nach Jekuit. Diese Summe entspricht den anderthalbfachen Kosten der Reise mit 12 Pferden. Obgleich ganz Rußland schon längst mit Eisenbahnen bedeckt ist, gibt die Regierung den Beamten noch immer so viel Reisegelder, wie sie brauchen würden, wenn sie mit Pferden fahren müßten, und dabei richtet sich die Zahl der Pferde nach dem Range der Beamten. Die Reise nach Jekuit mit einem Schnellzuge in der ersten Klasse kostet jetzt 140 Rubel. Der Graf Kutaisow bekam also mehr als das Siebenfache der zur Reise erforderlichen Summe, und dennoch war er unzufrieden! Er begründete seine Klage damit, daß der Generalgouverneur ein Militär- und kein Zivilbeamter sei und daß er deshalb dem Gesetze gemäß nicht mit 12 sondern mit 15 Pferden fahren müsse. Der Senat beschloß zuerst, die

Klage des Grafen Kutaisow zu erledigen. Der Minister des Innern billigte diesen Beschluß; der Finanzminister aber und der Minister der Staatskontrolle protestierten, und die Bitte des Grafen wurde schließlich abgelehnt.

Die Bedeutung des Wahlausfalls für die Sozialdemokratie.

Stimmen der Parteipresse.

„Reiziger Volkszeitung“:

... für eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie, der der Parlamentarismus nur eine unter vielen Waffen, und keineswegs die schärfste, bedeutet, hat ein Mandatsverlust bei weitem nicht das Gewicht, das ein Stimmenverlust hätte. Eine kleine Fraktion, die mit rücksichtsloser Offenheit alle Wunden bloßlegt, die sich am Gesellschaftskörper zeigen, und von der auch ihre Gegner wissen, daß die stärkste und energiegelichste Partei im Lande geschlossen hinter ihr steht, sie kann im sozialrevolutionären Sinne mindestens dieselbe leisten, wie eine um zwei oder drei Duzend Vertreter stärkere Fraktion. Je skandalöser das Verhältnis zwischen der Stimmenzahl und dem Mandaten wird, desto tiefer setzt sich das Bewußtsein unter den arbeitenden Massen fest, selbst unter dem „gerechten“ Reichstagswahlrecht auf Niederträchtigkeit entrechtet zu werden, und desto gewaltiger würde die Empörung ausbrechen, wenn dieses Wahlrecht noch realitärer gestaltet werden sollte. Je strenger die Reaktion im Lande der einstigen Dichter und Denker triumphiert, desto stärker werden sich alle Elemente, denen Freiheit und Bildung noch etwas bedeutet, der Sozialdemokratie anschließen. Die diesjährigen Reichstagswahlen haben das gesamte Bürgertum in eine geschlossene reaktionäre Masse verwandelt. Den Sieg, den es errungen, wird es gründlich auszunutzen suchen; denn es weiß, ein solcher Sieg winkt ihm nicht wieder. Die Reaktion findet im Reichstagswahlrecht nur in der geschwächten Sozialdemokratie eine entschlossene Feindin. Aber gerade dadurch wird unsere Fraktion eine viel größere Bedeutung erlangen, als je zuvor. Die unvermeidlichen Fehler der Feinde werden unsere kommenden Triumphe vorbereiten, die um so größer sein werden, je kaputtloser die Reaktion ihren Sieg ausnützt und je einschlossener der Liberalismus ins Lager dieser Reaktion abgewandert ist. War die Schlichte der Arbeiterfronde noch nie so geschlossen, wie diesmal, so waren auch die Kolonnen der Sozialdemokratie noch nie so dicht. — Diese Wahl hat in Hunderttausenden Proletariatskämpfern ein Licht darüber angezündet, was Klassenkampf heißt. Diese Erkenntnis wird untrüglichen Organisationen, unserer Presse zugute kommen, wie sie ihr schon zugute gekommen ist, und wenn diesmal die Bourgeoisie durch ihren Herrschaft der unangefochtenen Philister gesetzt hat, so werden wir unsere zukünftigen Siege durch aufklärte und Klassenbewußte Arbeiter gewinnen.

„Sächsische Arbeiterzeitung“:

„Es hatte sich schon bei den einzelnen Nachwahlen nach 1903 gezeigt, daß unsere Partei an Werbekraft einbüßte. Wir sahen diese Erscheinung mit Besorgnis. Wir konnten uns nicht mit dem Trost abfinden, der von mancher Seite geboten wurde, daß diese Erscheinung durch die Verschärfung des Klassenkampfes und durch die immer prinzipienfester gewordene Haltung der Partei verursacht und darum wenig bedenklich, eher erfreulich sei. Wir meinten vielmehr, daß durch die Verschärfung der Klassenengefährdung und des Klassenkampfes wohl erhöhte Erbitterung der Kapitalistenklasse, der Regierung und der kapitalistischen Parteien herbeigeführt wird, daß aber andererseits die Erkenntnis des Ausbeutungscharakters der heutigen Gesellschaftsordnung gefördert werden und so unsere Anhängerzahl außerordentlich vermehrt werden müßte.“

Die seit einiger Zeit bei uns aufgeschossene neue Formel von den „Witläufern“ bedeutet nichts anderes, als alte Fehler durch einen neuen Fehler zu überdecken. Schon das Wort „Witläufer“ hat einen beleidigenden Klang. Entweder solle man auf Gewinn von solchen ganz verzichten, die nicht in voller Arbeit zum sozialistischen Programm stehen, oder wir sollten uns das abstoßende Wort von den „Witläufern“ gründlich abgewöhnen.

Nun wollen wir gar nicht bezweifeln, daß unsere industrielle Arbeiterfronde am wenigsten von den Bestimmungen betroffen worden ist, die unsere Partei seit 1903 heimführte. Die Arbeiterfronde ist durch ihre Klassenlage so sehr auf die Sozialdemokratie gewiesen, daß man ihre Zuverlässigkeit schwererer Belastungsprobe aussetzen kann. Das ist bei uns in Deutschland um so mehr der Fall, als die deutsche Sozialdemokratie sich ein wahrhaft immenses Kapital von Vertrauen erworben. Man glaube jedoch nicht, daß dieses Vertrauen absolut unerschöpflich ist. Es gibt Anzeichen dafür, daß bei der jetzigen Wahl auch Arbeiter, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, an die kapitalistischen Parteien zurückverfallen sind.

Wenn es auch richtig sein mag, daß unser Mißerfolg in erheblichem Maße auf das Fernbleiben und auf das Abschließen anderer Volkskreise als der industriellen Arbeiter zurückzuführen ist, so wäre doch nichts verfehlter, als diese Tatsache leicht zu nehmen oder gar die Trauben, weil sie zu hoch hängen, als fauer zu erklären. — Diese Schichten an die große aufsteigende Arbeiterbewegung zu knüpfen ist eine schwere, oft undankbare Aufgabe, die um so schwieriger und undankbarer ist, als die Regierung und die kapitalistischen Parteien alles aufbieten, diese Schichten durch Scheinergänzungen zu fördern. Alles dies darf aber nicht dazu verleiten, die Angehörigen dieser Schichten als politisch minderwertig hinzustellen und sogar ihren Verlust als gleichgültig oder erfreulich aufzufassen.

Leider aber muß gesagt werden, daß unsere Partei seit 1903, anstatt diese noch unsicheren Schichten mehr und mehr zu sichern und mit der Arbeiterklasse zu solidarisieren, vieles getan hat, das auf sie abstoßend wirkte. Der große Sieg von 1903 erregte in weiten Kreisen große Erwartungen. Unnötig zu sagen, daß wir nicht die Erwartungen jener meinen, die eine Revision der sozialdemokratischen Grundsätze wünschten. Aber zum erstenmal in der Geschichte hatte die Sozialdemokratie im Parlament eine große Fraktion erreicht. In diesem Momente durfte sie keine andere Aufgabe kennen, als die kühnste und lauteste Vertretung ihrer kulturellen Forderungen. Statt dessen verfiel sie dem Jahre dauernden verheerenden Bruderzwist, an dessen Einzelheiten nicht erinnert werden mag. Unsere Partei hat in den letzten Jahren wie sich versteht, im Parlament und außerhalb viel Gutes und Wertvolles vollbracht, aber das alles wird leider überdönt von den Ausdrücken des Parteizwistes. Nicht die Meinungsverschiedenheiten an sich waren das Schlimme. Das Schlimme war vielmehr die Methode, mittels deren die Meinungsverschiedenheiten ausgefochten wurden, mittels deren jede abweichende Meinung unbeduldsam verfolgt wurde. Dadurch haben wir uns viel Vertrauen bei den Jüngern verschert, wir haben sie nicht herangezogen, sondern abgeschreckt. Insbesondere ist dies der Fall in bezug auf die Kreise der Intelligenz, auf Lehrer, Gelehrte, Künstler, Techniker, Ärzte usw. Diese Leute bedeuten wenig an Zahl, aber gerade von ihnen geht ein starker Einfluß auf weite Bevölkerungskreise aus, die nicht so unmittelbar als die Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie ihre Vertretung erblicken.

Der selbe Fehler eines sächlichen unredlichen Machtbewußtseins, der gegen die sogenannten Witläufer begangen wurde, lastete aber auch sonst weithin auf unsere Partei, nämlich auf unserer Kampfesführung gegen die politischen Gegner. Allzu oft und allzu laut erbönten die Possanen des baldigen Sieges, allzu grell wurden die Bilder von der schlotternden Angst der Bourgeoisie gemalt. Dadurch konnte es den Gegnern gelingen, weite Kreise der Bevölkerung gegen die Sozialdemokratie zu erhitzen. Allgusche hat man

in unseren Kreisen geglaubt, das Vertrauen der Menschen lediglich dadurch gewinnen zu können, daß man ihnen eine neue Menschheitszukunft verheißt, während man andererseits nicht genügend berücksichtigte, daß die Kreime der Zukunft im rauhen Boden der Gegenwart sorgsam bereitet werden müssen. Eine Seite, eine kleine Partei kann sich ausschließlich auf die Anziehungskraft ihrer Ideale verlassen, eine große Partei hat die schwere Pflicht, ihre Ideale in die Wirklichkeit zu überführen, ihre Fruchtbarkeit von Tag zu Tag augenscheinlich zu erweisen.

Und noch mehr offenbar ist schließlich ein anderer Fehler, der vielfach eingerissen war. Das einige Genies der Literatur, was Lessing, was Marx sich in einzelnen Fällen in der Befämpfung ihrer Gegner gestattet haben, das glaubte nun mancher Nachfahre sich jeden Tag, da er die Feder ansetzte, erlauben zu dürfen. Die Mehrzahl unserer Gegner verübt gegen uns eine miserable Kampfesweise durch Beschimpfung und Schmähung; der letzte Wahlkampf hat eine wahrhaft widerwärtige Verwahrlosung der politischen Sitten gezeigt. Das sollte uns aber nicht veranlassen, in diesen Leistungen mit den Gegnern zu rivalisieren.

Ran möge in unsere obigen Darlegungen nicht das Mißverständnis tragen, als vernachlässigten wir bei der Rechenschaftsablegung über die Ursachen unseres Wahlverlustes die auf der feindlichen Seite liegenden Momente. Es kam uns darauf an, vor allem, so weit es an uns ist, Wahrheit zu schaffen über die Mängel, die auf unserer Seite vorhanden sind, über deren Beseitigung wir Herr sind. Wir halten es für unsere Parteipflicht, dem verhängnisvollen Irrtum mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken, als ob die Ursachen des 25. Januar lediglich außer uns lägen oder als ob dieser 25. Januar schließlich nichts anderes war, als eine Laune des Zufalls.

„Sächs. Volksblatt“ (Zwickau):

(In einem „Kassandra“ überschriebenen Artikel, der sich gegen die bekannten Neuerungen Calders und Bernsteins wendet.)

So geht es seitenslang fort. Beide Genossen überbieten sich förmlich in Vorwürfen über die von unserer Partei getriebene falsche Taktik und Politik. Die Partei, Naumann und Calder könnten es kaum schärfer tun. Natürlich gelangt Bernstein zu dem Schluss, daß diese Taktik und Politik, die unser Ansehen zerstöre, auch zur „bölligen Verflachung der politischen Bewegung führen müsse“.

Es ist traurig, dergleichen lesen zu müssen, von Leuten, die Schuler an Schuler mit uns im Klassenkampf stehen und am eigenen Leibe den immer tiefer greifenden Konflikt von Kapital und Arbeiterschaft, von herrschenden und beherrschten Klassen täglich fühlen müssen, doch immer einen Teil ihrer Gedanken darüber im Kapitalistenlager haben und in unseren Reihen — trotz Ränneheim und dessen großem Verdienst — nur zu verurteilen und zu nörgeln wissen. Nicht bloß bei diesen beiden Genossen, auch bei anderen leht immer der Gedanke wieder, das Endziel war nicht aufzugeben, aber in der Gegenwart praktische Arbeit zu liefern, die negierende Politik aber aufzugeben. Das alles, weil die Partei zwar einen Stimmenzuwachs erhalten, aber einen starken Mandatsverlust erlitten hatte, das alles, nachdem die Genossen eben erst von der Wahlarbeit zurückgekehrt und überzeugt sind, ihre Pflicht reell und nach bestem Wissen und Gewissen getan zu haben. Noch sind nicht einmal die Wahlsifferen alle herein, da doktoren diese Eisenbaris an der Taktik der Partei herum und erzählen uns, daß die Parole: Hungertwahlen! von seiten unserer Presse und Agitatoren nicht die richtige gewesen sei, weil doch auch die Löhne gestiegen, die Wirkung des Brotzuschusses aber weit übertrieben von uns geschilbert worden sei.

„Sächsisches Volksblatt“:

„Der Stimmenzuwachs von nahezu 250 000, den die Hauptwahlen uns brachten, ist für jeden, der nüchtern, realpolitisch urteilen kann, der sicherste Beweis dafür, daß die Verteidigung und Werbekraft der Sozialdemokratie nicht abgenommen, und daß ihre Position im Volke sich nicht nur gehalten, sondern verbessert hat. Das ist aber schließlich doch das Entscheidende.“

In die Tat der Tatsachen betrachtet, erscheinen die „Sieger über die Sozialdemokratie“ doch als recht wenig heldenhaft. Die sozialdemokratischen Mandatsfreilich haben sie um nahezu die Hälfte vermindern können. Aber man beachte wohl, daß wir bei den Hauptwahlen und bei den Stichwahlen in mindestens 40 Wahlkreisen mit nur ganz geringen oder verhältnismäßig unbedeutenden Minoritäten den vereinigten Gegnern unterlegen sind. In allen diesen Kreisen stand die Entscheidung sozusagen auf des Messers Schneide.

Wer aus dem Verlust von Mandaten auf eine Schwächung der parlamentarischen Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie schließen wollte, wird sich in einen argen Irrtum verfangen. Unsere nunmehrigen 43 Vertreter im Reichstage werden ohne Zweifel sich bemühen, die Verminderung der Mandate auszugleichen durch gesteigerte Energie und klug berechnete Taktik.

Ein kritisches Eingehen auf die Lehren, die wir aus dem Wahlkampf und seinen Ergebnissen zu ziehen haben, uns vorbehaltend, geben wir heute der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Parteigenossen, statt unmotivierter Klagen über den Rückgang der Zahl unserer Mandate anzustimmen, sich bemühen werden, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Mißerfolg, den wir jetzt zu verzeichnen haben, bei den nächsten Wahlen durch um so größere Erfolge wett zu machen.“

„Sächsisches Volksblatt“ (Rassel):

„Die Mandatsverluste und die große Wahlbeteiligung sind also die Folgen sehr natürlicher Ursachen und ihrer wegen brauchten wir uns große Sorgen wahrhaftig nicht zu machen.“

Der Stimmenzuwachs unserer Partei kann dagegen ein befriedigender nicht genannt werden und — hier haben wir es mit der unangenehmsten Erfahrung aus dem letzten Wahlkampf zu tun. Wir haben schon vor mehreren Tagen hingewiesen auf die immer mehr in die Erscheinung tretende Klassenscheidung.

Diese vollzieht sich doch tatsächlich vor unsern Augen. Dabei kommen unglaublich viele Verzerrungen vor. Tausende, vielleicht Hunderttausende Klassengrenzenbewohner — Geschäftsleute, Handwerksmeister, Kaufleute —, die geradezu instintiv sozialdemokratisch gewählt haben, wechseln hinüber ins Lager ihrer schlimmsten Feinde. Zwar wissen sie, daß ihre Klasse die den Kapitalisten sind: die Fabrikanten und Großhändler, die den Detailverkauf pflegen. Aber der am Orte begründete Konsumverein hat ihre Überzeugung ins Schwanken gebracht. Sollten die Großen nicht am Ende recht haben mit ihrer Behauptung, daß die Sozialdemokraten den kleinen Geschäftsmann ruinieren wollen? Zwar ist das Unsinn, aber er findet Glauben und — Arm in Arm mit den dem Beamten-Konsumverein angehörigen „nationalen“ Beamten, den vom Offiziers-Einkaufsverein die Gebrauchsgegenstände beziehenden General a. D., den prinzipiell nur in Berlin und Paris einlaufenden Herrschaften zieht nun der kleine Kaufmann ins Feld gegen die, mit denen er früher gemeinsam gekämpft hat.

Also kalkuliert der Meister: die Gewerkschaften setzen dem kleinen Meister zu, wie die Konsumvereine dem kleinen Kaufmann zusehen. Da ist's doch klar, daß man gegen die Sozialdemokraten front machen muß, denn Sozialdemokratie, Konsumvereine und Gewerkschaften, das ist doch gepufft wie gepufft —

Es erscheint uns vollkommen unzulässig, die drei Millionen Wähler, die wir 1903 mußten konnten, als absolut sichere Truppen einzufassen. Die ihrer Klassenlage nach zweifellos zum Proletariat gehörigen sind geblieben, die anderen sind zurückgeschlagen

In die Lager, aus denen sie sich in besonderer Stimmung einmal zu uns verlaufen hatten. Schätzen wir die Zeugnisebenen von den 1903 erstmalig zu uns gekommenen 900 000 Wähler auf zwei Drittel ein (800 000), dann haben wir 1907 nicht 250 000, sondern mindestens 550 000 neue rote Wähler zu buchen. Auch das will uns, die wir verwöhnt sind, freilich nicht als ein übermäßig großer Zufluss erscheinen, spricht aber gewiß nicht für ein Nachlassen der Werbekraft unserer Partei; mit 3 1/2 Millionen Wählern können wir uns immerhin dem Ordnungsbrei gegenüber sehen lassen. Daß auch von den neuen Wählern in Zukunft wieder ein bestimmter Teil davonlaufen wird, halten wir für wahrscheinlich, denn wie die Massen der bürgerlichen Parteien aus Mittläufern bestehen, so rekrutiert sich auch, was zu bestreiten wir keinerlei Ursache haben, ein Bruchteil unserer Wähler aus Mittläufern.

Wir wollen, wie seither, auch in Zukunft die denkbar größte Meinungsfreiheit innerhalb unserer Partei haben, wie wir wünschen aber, daß abgesehen von hochmütiger und unbrüderlicher Schulmeistererei, uns selbst nützen gediegene Auseinandersetzungen nicht, dem Gegner sind sie sehr willkommen.

Alles in allem: wir haben nicht die geringste Ursache zur Kopfängerei. . . Wir werden noch mehr Siege bekommen im weiteren Kampfe. Daß die Kämpfe immer heftiger und erbitterter werden, je größer unsere Partei wird, liegt doch klar auf der Hand. . .

„Volkstimme“ (Frankfurt a. M.):

Trotzdem hat sie (die Anregung zur Einberufung einer Prekonferenz, Redaktion des „Vorwärts“) nicht verhindern können, daß ungebildete Kritiker aus den eigenen Reihen bereits in die volle Öffentlichkeit mit demjenigen gegangen sind, was sie auf dem Herzen haben und nicht rasch genug, wenn auch offenbar noch recht unbedeutend, loswerden zu können glauben. Wenn Genosse Arons in Berlin kritisch über dortige Verhältnisse gesprochen und einen gewissen Hochmut geäußert hat, der führende Kreise in unserer Partei verblende habe, so geht das noch an, denn Arons kennt die Berliner Verhältnisse wirklich. Wenn aber jetzt die Genossen Bernstein und Calwer im neuesten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ so rufen, daß sie nicht einmal die Stichwahlen abwarten könnten, über unsere Fehler in der Wahlagitacion Richtiges und Unrichtiges in sehr buntem Gemisch und ziemlich unüberlegt in die Öffentlichkeit schleudern, so muß dagegen denn doch nachdrücklichst Bemerkung eingelegt werden. Das ist nicht die richtige Art. Die Gegner werden jetzt aus diesen überreichten Auslassungen mit aller Bosheit, die schon ihren Wahlkampf beherrschte, gründlichst ausschlagen, was ihnen paßt, aber ebenso gründlich unterschlagen, was ihnen nicht paßt. Um dieses verzerrte Bild der parteigenössischen Kritik wird sich dann, wenn nicht zeitig davor gewarnt wird, ein fulminanter Zeitungskrieg unter uns und mit den Gegnern entwickeln. Und über dieser schönen Kauferei würde dann der Hauptzweck, eine überlegte und gründliche, ruhige und leidenschaftslose Auseinandersetzung unter uns, die freilich bitter nötig ist, fast ganz verloren gehen.

Deshalb scheint es nicht unangebracht, sofort die Verabredung in der Arbeiterpresse zu treffen, daß wir uns durch nichts provozieren lassen. Die Gegner mögen sich die Hände reiben und versuchen, uns aus den Kritiken von Bernstein, Calwer und Arons Stride zu drehen. Antworten wir vorläufig nicht darauf und sparen wir uns die gründlichere Aussprache auf die baldige Konferenz auf, von der wir zu Anfang sprachen. Sehen wir die ebenso gründliche Aussprache nachher in unseren Organisationen fort; dann wird bereits wesentliche Klärung eingetreten sein, und kein Mißverständnis mehr unterlaufen, wie es jetzt die Auffäge von Bernstein und Calwer massenhaft wieder zu bringen drohen; Mißverständnisse, die unsere Selbstkritik aufhalten und fördern, statt sie zu befördern und fruchtbar zu machen.

Die Frankfurter „Volkstimme“ beschäftigt sich dann kurz mit den Kritiken von Bernstein und Calwer. Unter anderem bezeichnet sie die Forderung von Bernstein, daß wir ein Verhältnis zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie herzustellen bemüht sein müßten, als einen burschulischen Wunsch. Sie faßt dann fort: „Auf einem anderen Blatte steht, ob unsere Partei allerdings nicht durch die Vorgänge seit Dresden die Intelligenz und den Nachwuchs fast gänzlich abgehoben hat. Darüber sagen Bernstein und Calwer manches Beachtenswerte. Und darüber haben wir unterschiedslos alle im Wahlkampf leiden müssen, auch diejenigen, die seinerzeit den stärksten Protest gegen jene Vorgänge erhoben. Aber sparen wir, wie gesagt, die Auseinandersetzungen darüber auf die Konferenz auf, die der Parteivorstand einzuberufen nicht zögern wird, sprechen wir uns dort gründlich aus, und gehen wir dann an das Besessene und Aufklärer in unseren Parteiorganisationen und in der Presse. Täuschen wir uns aber auch von vornherein nicht darüber, daß die gewissenlose Sozialisten- und Kaffenhebe, die das Merkmal dieser Wahlbewegung von „geeinigten“ bürgerlichen Unternehmerpunkten aus bildete, von uns niemals mit gleichen Waffen abgewehrt werden kann, und daß wir nicht nach Wahlen suchen, sondern nach Jahren und Jahrzehnten bei der Ausbreitung unserer Grundansätze rechnen.“

Aus der Partei.

Dem Opfer der Breslauer Justiz, dem Genossen Paul Löbe haben die Breslauer Genossen bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis einen herzlichen Empfang bereitet. Delegationen des sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsartikels Breslau, des Wahlkreises Krieg-Kammlau (wo Löbe kandidiert), sowie seine Redaktionskollegen waren nach Wohlau gefahren, und nahmen dort den Freund an den Pfosten des Gefängnisses in Empfang.

In Breslau begrüßte in der Bahnhofshalle eine tausendköpfige Menge den Zurückkehrenden mit stürmischen Willkomm und besetzte ihn nach der Redaktion, umgestört von der Polizei, die sich überhaupt durchaus reserviert verhalten hat.

Zur Abend-Begrüßungsfeier im Gewerkschaftshaus hatten sich an 2000 Personen eingefunden. Löbe wurde wiederum stürmisch willkommen geheißen. Nach einem Liede der Arbeiterfänger begrüßte Genosse Schäff den Heimgekehrten.

Genosse Löbe dankte in einfachen Worten für die vielen Beweise der Freundschaft und Zuneigung. Er freute sich, mitteilen zu können, daß man ihm in Wohlau die schwere Zeit so viel erleichtert habe, wie es irgend möglich war, wie er überhaupt anerkennen müsse, daß in Wohlau der Strafvollzug unter der Leitung des Direktors Herrn Hilsberg und des Inspektors Herrn Raier ein durchaus humaner gewesen sei. Im Gefängnis habe er die Befürchtung gehabt, die bitteren Erfahrungen der Wahlüberlage würden seine Genossen draußen in der Freiheit niedergeschlagen und nutzlos gemacht haben. Frech aber sei ihm das Herz geworden, als er in den Gesichtern der Freunde die alte Zuversicht und Kampfesfreude lesen konnte.

Im Namen des Gewerkschaftsartikels und der 20 000 Gewerkschaftler von Breslau hieß Genosse Heppner den Zurückgekehrten willkommen.

Mit Gesang- und Instrumentalvorträgen schloß die würdige Feier.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Brandenburger Zeitung“ hat während der Wahlbewegung mehr als 1000 Abonnenten gewonnen und seit der Stichwahl wiederum an 600 ein Zuwachs, der sich größtenteils auf die Städte Brandenburg und Rathenow verteilt. Die Zahl der Abonnenten beträgt jetzt 12 600.

11 023 Abonnenten zählt jetzt das „Volkstimme“ für Anhalt zu Dessau.

Das „Volkstimme“ zu Halle a. S. hat seine Auflage, die im November noch 23 500 betrug, auf 27 000 gesteigert.

Von den Organisationen. In Leipzig wurde am Dienstag in einer Parteiverammlung mit 153 gegen 76 Stimmen beschlossen,

den seit 28 Jahren bestehenden Arbeiterbildungsverein aufzulösen, bezw. mit dem Wahlverein für den 12. Wahlkreis zu verschmelzen. Damit ist eine reorganisatorische Tat geschehen, die sicherlich der Parteibewegung im 12. Wahlkreis zum großen Nutzen gedeihen wird, bemerkt die „Leipz. Volksztg.“ dazu.

Ein eigenartiger Parteistreit in Oesterreich.

Zwischen den tschechischen und den deutschen Genossen Oesterreichs ist wegen der Kandidatur im Wiener Wahlbezirk Favoriten II ein heftiger Konflikt ausgebrochen. Die Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokraten in Niederösterreich stellte im Oktober die Forderung auf, es seien im oberen Favoritenwahlbezirk (20. Wiener Wahlbezirk) ein tschechischer Genosse als gemeinsamer Kandidat der deutschen und tschechischen Organisation aufzustellen.

Sämtliche Instanzen der deutschen Genossen haben diese Forderung abgelehnt. Genosse Dr. Adler ist in Favoriten II als Kandidat aufgestellt worden. Die tschechischen Genossen erklärten nunmehr in der Bezirkskonferenz für Favoriten, daß sie über ihr weiteres Verhalten endgültig in einer in nächster Zeit abzuhaltenden Konferenz schlüssig werden würden.

Die Redaktion der tschechischen Parteizeitung „Roknost“ in Brünn hat dann einen offenen Brief an den Genossen Adler veröffentlicht, der auch von der in Wien erscheinenden tschechischen Tageszeitung „Dělní Věst“ abgedruckt wurde. Darin wird Beschwerde geführt, daß wahlaktive Rückfächler (Zurück vor dem Abfall deutscher Wähler) über die nach Ansicht der tschechischen Genossen prinzipiell berechtigte Forderung gestellt würden.

Schließlich erklärt die Redaktion des „Roknost“, die tschechischen Parteigenossen werden ihre Forderung aufrecht erhalten, selbst wenn sie ihren eigenen Weg gehen sollten (!).

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ druckte diesen offenen Brief zugleich mit einer Antwort des Genossen Adler ab, die ausführt: Die neue Wahlordnung hat die Bezirke möglichst national abgegrenzt; wenn auch diese Einteilung nicht immer gerecht gewesen ist, so kann sie nur durch ein neues Gesetz geändert werden. Wir müssen uns also danach einrichten. Deshalb werden in den tschechischen Wahlbezirken trotz der deutschen Minoritäten nur tschechische, in den deutschen Wahlbezirken, trotz der tschechischen, slowenischen und sonstigen Minoritäten, nur deutsche Kandidaten aufgestellt. Man kann der Minorität keine Vertretung gewähren, ohne der Majorität die Vertretung zu nehmen. Uebrigens besteht kein Zweifel darüber, daß die Majorität der Wählerschaft ebenso wie die Majorität der Arbeiterschaft in Favoriten deutsch ist; auch ist die Zahl der organisierten deutschen Arbeiter in diesem Bezirk mindestens dreimal so groß wie der tschechischen Arbeiter. Dazu kommt noch die tatsächliche Ermägung, daß es Torheit wäre, den deutschen Chauvinisten eine Waffe in die Hand zu drücken. Wir haben alles erwoogen, und sind und bewußt, daß wir den rechten Weg gehen.

Die Parlamentsfraktion der englischen Arbeiterpartei

hat sich konstituiert. Als Präsident wurde wieder Keir Hardie, als Vizepräsident Schaeleton gewählt. Ramsay MacDonald wurde zum Sekretär, Arthur Henderson und Roberts zu „Einpeisern“ bestimmt. — Die Fraktion beschloß, als Partei nicht für das Frauenwahlrecht zu stimmen. Sollte das Gesetz jedoch eingebracht werden, so sieht es den Mitgliedern der Partei frei, nach ihrer persönlichen Ueberzeugung zu stimmen. — Damit hat man Keir Hardie eine Konzeption gemacht, die indes nicht ganz dem Willen des Kongresses der Arbeiterpartei entspricht.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die Mannheim'sche Staatsaktion gegen den „Schuppstadel“.

Mannheim, 14. Februar.

Privattelegramm.

Genosse Appel, der am Mittwoch infolge Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen seine Freilassung auf Strafkammerbeschluss wieder in Haft genommen worden war, wurde heute gegen 1000 M. Kaution freigelassen.

Strafskonto der Presse. Genosse Dornheim von der „Tribüne“ zu Erfurt war am Dienstag vor der Strafkammer (Vorstand der nationalliberalen Reichstagsabgeordnete und zweite Vorsitzende des Reichslägerverbandes Hagemann) in Erfurt der Verleumdung eines Gendarmen angeklagt. Ein Artikel der „Tribüne“ hatte gewiß, daß ein Gendarm zu Blankenburg zwei jugendliche Fabrikarbeiter, die er wegen Nichtzahlens einer Schuldenrückzahlung in einen ungeliebten Stall, in dem früher Hühner, Tauben, Gänse und anderes Viehzeug beherbergt wurden, gesperrt habe; der eine Missetäter hat bis zum anderen Tage ohne Nahrung in dem Raume zubringen müssen. Die Verhandlung ergab die Wahrheit dieser Schilderung des Arretistens, dessen Zustand nicht entschuldigbar durch den Umstand wird, daß es nur vorübergehend benutzt wurde. Indes war der Gendarm für den Zustand des Lokals nicht verantwortlich und deshalb beantragte der Staatsanwalt gegen den Genossen Dornheim zwei Monate (!) gegen den mitangeklagten Genossen Rauh, der die betreffende Nummer der „Tribüne“ in Blankenburg verbreitet hat, 4 Wochen Gefängnis (!), Geldstrafen trafen die Angeklagten ja doch nicht. Das Gericht erkannte gegen Dornheim auf eine Woche, gegen Rauh auf drei Tage Gefängnis!

Soziales.

Unternehmerrrorismus, gedeckt durch die Justiz.

Anfang Dezember 1906 berichteten wir über eine interessante Forderung, resultierend aus den wirtschaftlichen Gegensätzen, aus dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Durch diesen Prozeß ist ein Stück Unternehmerrrorismus aufgedeckt worden, wie es wohl bisher kaum übertriften worden ist. Der Klempner D. in Lehe bei Bremerhaven hat das Kardinalverbrechen begangen, auf seinem Arbeitsplatz für Streikwede zu sammeln, ja er ist sogar — wie ichredlich — so vermessend gewesen, agitatorisch für die Sozialdemokratie zu wirken. Dafür ist er von dem sog. Arbeitsnachweis der Waugewerbe an der Unterweser in Verzug erklärt worden. Zunächst schob man ihn ab, dann erklärte man ihm mit direkten Worten: „Es ist zwecklos, daß Sie noch kommen. Sie können wegbleiben.“ Auf Betreiben des famosen „Nachweises“ wurde er überall aus der Arbeit entlassen, und wollten Arbeitgeber dem Nachgebore der Scharfmacher trocken, dann wurde ihnen mit der Materialspende gedroht. Schließlich beschritt der verheiratete D., der auch eine kranke Schwiegermutter zu ernähren hat, den Klageweg gegen den Scharfmacherhäuptling von Bremerhaven, unter dessen Kontrolle der „Nachweis“ steht, und verlangte Schadenersatz in Höhe von 588 M. Begründend führte der Kläger aus, die Handlungsweise des Beklagten verstoße gegen die guten Sitten, und der Beklagte könne nicht verlangen, daß er die Unterweser verlasse, um sich in Deutschland Arbeit zu suchen. Das Landgericht zu Bremen wies die Klage zurück, indem es sich meinte, dem Kläger steht ja das ganze Deutsche Reich offen, um sich Arbeit zu suchen. Es sei ganz unverständlich, wie so jemand deshalb, weil er sich in einem bestimmten Orte verheiratet habe, nun nicht nach einem anderen Orte verziehen könnte. Die Frau bilde kein Hindernis, sie habe dem Manne zu folgen. Daß der Kläger durch das Verhalten des Beklagten verhindert worden wäre, an einem anderen Orte Deutschlands Arbeit zu finden, sei nicht ersichtlich. Der Beklagte habe in gutem Glauben gehandelt, so daß ein Verstoß gegen die guten Sitten vollständig ausgeschlossen, heißt es am Schluß dieses von antiozialen Geiste getragenen Urteils, dessen juristische Minderwertigkeit sich in dem völligen Verjagen offenbart, den Begriff „gute Sitten“ betreffend zu erfassen: das Urteil steht in wissenschaftlicher, juristischer und sozialer Hinsicht so weit hinter selbst der Judikatur des französischen Kassationshofes vor

80 Jahren zurück wie ein Nachschuß über „gute Sitten“ hinter einem wissenschaftlichen Werke über denselben Begriff. Und dennoch hat dieser Tage das Hanseatische Obergericht das Urteil bestätigt. Die Urteilsgründe liegen noch nicht vor. Aber bereits jetzt läßt sich sagen: solch Urteilsfällung wird nur dadurch verständlich, daß die Richter, in dem Interessentkreis des Unternehmerrrorismus befangen, außerstande sind, für die Allgemeinheit gegebene Begriffe anders als einseitig, vom Standpunkt der Unternehmerrroristen zu erfassen.

Unzulässige Besteuerung von Gas.

Die Stadt Marienburg i. Pr. hatte durch Ordnung vom 11. April 1905 eine Verbrauchssteuer auf Gas eingeführt. Der Besteuerung wurde unterworfen alles in der Gemeinde zu irgend welchem Zweck verbrauchte Gas. Für Leuchtgas war sie auf 5 Pf. pro Kubikmeter und für andersartig verbrauchtes Gas auf 3 Pf. festgelegt. — Eine Anzahl Gasverbraucher, darunter die „Neue Gas-Aktiengesellschaft“, die zur Gassteuer herangezogen worden waren, klagten nach vergeblichem Einspruch auf Freistellung von der Steuer, indem sie diese für gesetzwidrig erachteten.

Der zweite Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts erkannte auch in letzter Instanz zu ihren Gunsten. Er entschied in seiner letzten Sitzung, daß sie wegen Ungültigkeit der Steuerordnung freizustellen seien. Nach § 14 des Kommunalabgabengesetzes dürften u. a. nicht neu eingeführt werden Steuern auf den Verbrauch von „Brennstoffen aller Art“. Unter Brennstoffen könnten auch solche verstanden werden, die zu Heizungswecken dienen. Für die Frage, welche Gegenstände zu Heizungswecken dienen, sei nur entscheidend die Technik und die Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse zu der Zeit des Erlasses der Steuerordnung. Und da sei anzuerkennen, wie die Dinge gegenwärtig lägen, daß Gas im erheblichen Maße auch zu Heizungswecken verwendet werde. Gegenwärtig falle das Gas also unter den Begriff der Brennstoffe im Sinne des § 14 des Gesetzes. Durch die Steuerordnung von 1905 hätte also die Gassteuer nicht neu eingeführt werden dürfen.

Hat der Reisende bei Jahresaufträgen auch von den nach seinem Austritt erfolgenden Teillieferungen Provision zu beanspruchen?

Diese Frage lag einem Rechtsstreit zugrunde, der gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichtes zum Austrag kam. Der Handlungsreisende Franz P. klagte gegen die Druckerei W. Grismacher auf Auszahlung von 62,50 M. Provision. P. war mit einem festen Gehalt und einer Provision von 5 Proz. für alle von ihm vermittelten Aufträge engagiert. Nach mehrmonatiger Tätigkeit hat der Kläger den Prinzipal um Gehaltsaufbesserung. Der Chef jagte ihm darauf, daß P. an Stelle einer Gehaltsaufbesserung die Aktiengesellschaft R. P. G. als seinen Kunden betrachten könne und alle von dieser Firma eingehenden Aufträge als durch ihn vermittelt angesehen werden würden, während die Gesellschaft schon lange vor Eintritt des Klägers mit dem Beklagten in Verbindung stand. Kurze Zeit nach dieser Abmachung erteilte die Aktiengesellschaft einen Jahresauftrag in Höhe von circa 10 000 M. Dieser Auftrag wurde in regelmäßigen monatlichen Teillieferungen erledigt. Etwa anderthalb Monate vor Ablauf dieses Vertragjahres schied der Reisende aus der Firma aus. Der Beklagte verweigert nun für die Lieferungen nach dem Austritt des Klägers die Auszahlung der Provision, mit der Motivierung, er sei nur verpflichtet, dem Reisenden für diejenigen Lieferungen Provision zu zahlen, die auch während seiner Stellung im Hause des Beklagten erfolgt seien. Der letztere beantragt, eine Auskunft der Handelskammer darüber einzufordern, daß es im Buchdruckerwerke üblich sei, dem Reisenden bei periodisch wiederkehrenden Druckaufträgen nur eine einmalige Provision für Vermittelung des Geschäftes zu zahlen.

Das Kaufmannsgericht lehnte den Antrag auf Einforderung eines Gutachtens der Handelskammer ab und verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung der Provision in Höhe von 62,50 M. Es erübrige sich ein Gutachten der Handelskammer, da hier nicht der Ortsgebrauch in Betracht komme. Bei Jahresaufträgen habe der Reisende für den ganzen Auftrag Provision zu beanspruchen, auch für den etwa noch nach seinem Austritt expedierten Teil des Auftrags. — Dies Urteil deckt sich mit der Judikatur der gelehrten Gerichte.

Aus Industrie und Handel.

Nationalbank für Deutschland. Der Geschäftsbericht für das verflossene Jahr weist einen Bruttogewinn von 11 642 107 M. aus, gegen 11 677 653 M. im Vorjahre. Die Verwaltungskosten inklusive Steuern betragen 2 426 832 M., die Jubiläumsspenden für Beamte 232 563 M. und die Abschreibungen 53 726 M. Es verbleibt ein Reingewinn von 8 928 986 M., der folgende Verwendung findet: 7 1/2 Prozent = 6 600 000 M. Dividende — im Vorjahre 7 Prozent = 4 900 000 M., 100 000 M. für den Pensionsfonds, 800 000 M. für den Reservefonds und 1 675 319 M. für Rantien. 353 667 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Preiserhöhungen. Die Gummiindustrie hat Preiserhöhungen vorgenommen. Diese betragen bis zu 60 Proz. Dividenden von 40 Proz. sind ja auch noch zu gering. — Die Kartonsfabrikanten haben einen Verband gegründet, um gemeinsam eine Erhöhung der Verkaufspreise zu erzielen. —

Norddeutsche Bank in Hamburg. Das letzte Jahr erbrachte einen Bruttogewinn von 7 874 637 M., einen Reingewinn von 6 066 066 M. 9 Prozent Dividende sollen zur Verteilung gelangen.

Französisches Kapital am Niederrhein. Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ teilt mit, daß das Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich, Aktiengesellschaft in Düsseldorf eine nur mit französischem Gelde arbeitende Gesellschaft ist, die beabsichtigt, am Niederrhein Koblenfelder zu erschließen. Das Aktienkapital beträgt zunächst vierzehn Millionen Mark; es ist aber beabsichtigt, sobald das Steinkohlengebirge erreicht sein wird, eine Anleihe bis zum Betrage von zwölf Millionen aufzunehmen, um in der Lage zu sein, eine mit den modernsten Einrichtungen versehene Doppelschichtanlage für eine Leistungsfähigkeit von 1,5 bis 1,75 Millionen Tonnen jährliche Förderung zu errichten. Die Vorarbeiten sind schon ziemlich weit gediehen. Das notwendige Gelände ist erworben, und mit dem Schachtbau, nach der Gefriermethode, wird schon in 2 Monaten begonnen werden. Die Errichtung einer bedeutenden Koks- und Batterie ist beabsichtigt, und für die erste Doppelschichtanlage der Bau von rund 300 Defen vorgesehen. Die hier in Frage stehende Verleibung erstreckt sich auf beinahe 3000 Hektar. Das Feld marschiert im Osten mit den Steinschen Feldern, mit Rheinpreußen und mit dem Krupp gehörigen Felde Norddeutschlands, im Süden mit Feld Bluhm, im Westen mit dem Felde Hundobdt (der Familie Thewissen gehörig), im Norden mit den Steinschen Feldern. Das Steinkohlengebirge liegt bei 180 bis 350 Meter Tiefe. Die ganze Steinkohlenpartie und ein Teil der Gaslohlenpartie ist im Felde aufstehend in flacher Lagerung vorhanden. Das Deckgebirge ist tertiär.

Deutsches Kapital für Russland. Es verlautet, daß die Vertreter der „Deutschen Bank“, der „Nationalbank für Deutschland“ und der „Bank für Handel und Industrie“ nach Petersburg gereist sind, um an größeren Transaktionen teilzunehmen.

Der Gold- und Silbergewinn der Vereinigten Staaten ist jetzt nach dem Bericht der dortigen geologischen Landesunterkunft für das Jahr 1905 festgestellt worden. Die darin mitgeteilten Zahlen sind besonders beachtenswert, weil sie einen ganz erstaunlichen Aufschwung in der Goldgewinnung und einen merkwürdigen Niedergang in der Silbergewinnung nachweisen. Die Goldproduktion belief sich in dem genannten Jahre auf rund 4 1/2 Millionen Unzen Feingold im Wert von etwas über 88 Millionen Dollar oder 350 Millionen Mark. Das bedeutet eine Zunahme gegen das

Vorjahr 1904 um einen Wert von fast 7 1/2 Millionen Dollar oder über 80 Millionen Mark. Der reichende Aufschwung des Goldbergbaues in den Vereinigten Staaten hat im Jahre 1902 eingeleitet, hat dann im Jahre 1901—1903 eine vorübergehende Störung erfahren, seit 1904 aber weitere Fortschritte aufzuweisen, indem schon im letztgenannten Jahre für rund 28 Millionen Mark mehr Gold gewonnen wurden als 1903. Es wird als sehr wahrscheinlich betrachtet, daß das Jahr 1905 eine neue Vermehrung der Goldproduktion um wenigstens den gleichen Betrag ergeben wird. Der Löwenanteil dieses Aufschwunges entfällt auf das jüngste Goldland der Vereinigten Staaten, nämlich auf Alaska, wo der Ertrag allein um fast 25 Millionen Mark gestiegen ist; eine weitere Zunahme von je 4 Millionen Mark kam auf die Staaten Colorado, Nevada und Utah. In einigen Goldbezirken sind freilich auch Abnahmen zu verzeichnen gewesen. Vorläufig steht übrigens Alaska in der Goldgewinnung erst an dritter Stelle, indem es in erster Linie von Colorado und in zweiter von dem altberühmten Goldstaat Kalifornien übertroffen wird. Weiterhin folgen nach dem Goldbergrang geordnet die Staaten Süd-Dakota, Nevada, Utah, Montana, Arizona, Oregon und Idaho. Die Silbergewinnung der Vereinigten Staaten belief sich 1905 auf etwas mehr als 56 Millionen Feinunzen im Wert von 137 Millionen Mark. Da der Silberpreis eine Steigerung erfahren, ist der Gewinn aus dem Silberbergbau gewachsen, trotz einer Abnahme der Produktion um mehr als 1 1/2 Millionen Unzen.

Gewerkschaftliches.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“

Ist in der Lage, ihren Gegnern eine unangenehme, von allen wahren Arbeiterfreunden aber gerngesehene Ueberraskung zu bereiten. Während auf dem politischen Schlachtfeld sich die Schlammflut des Reichstagenverbandes und des Hottentottenbunds in Rede, Schrift und Lichtbildern dahinvölzte, hat die Gewerkschaftsbewegung keinen Augenblick stillgestanden. Ganz besonders der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist stetig seine Bahn gezogen. Vor genau 42 Wochen konnte die Metallarbeiter-Zeitung das „Jubiläum“ einer Auflage von 300 000 Exemplaren begehen. Mit der neuesten Nummer ist die Auflageziffer von 350 000 schon um ein erstklassiges überschritten. Die Metallarbeiter haben also wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht, sind über eine Hauptstation auf dem Wege zu den 400 000 hinausgekommen.

Die Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes ist im Jahre 1904 um nicht ganz 40 000 gestiegen, 1905 vermehrte sie sich um mehr als 60 000 und 1906 stieg sie um circa 70 000. Die Auflageziffer der „Metallarbeiter-Zeitung“ war bei

Nr. 38 am 22. September 1900:	100 000
„ 49 „ 3. Dezember 1904:	200 000
„ 17 „ 28. April 1906:	300 000

Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Zunahme der Mitglieder, die Zeiträume zur Erreichung eines weiteren Hunderttausend Auflage der Zeitung wurden kürzer. Dennoch bleibt dem Verband viel zu tun. In Rheinland-Westfalen, im Saargebiet und in Schlesien sind noch weite Gebiete zu erobern und „urbar“ zu machen, dort ist für uns noch unendlich viel zu „kolonisieren“. Und auch im übrigen Deutschland ist noch so manche „Flaggenhissung“ möglich.

Wenn die Metallarbeiter von der gegenwärtigen günstigen Konjunktur Nutzen ziehen wollen, so müssen sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Denn je zahlreicher die Scharen des Verbandes werden, je einheitlicher sie vorgehen, je mehr finanzielle Mittel ihnen zur Verfügung stehen, desto größeren Erfolg werden ihre Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ stellt bei dieser Veranlassung auch Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften an und meint:

„Gewisse nicht mehr zweifelhafte Freunde stellen tiefgründige Betrachtungen an, welchen Einfluß dem wohl der Ausgang des Wahlkampfes auf die fernere Entwicklung der Arbeiterbewegung ausüben werde. Die „Aheimisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Kohlen- und Eisenmagaten, erhebt gar die Frage, ob die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch bleiben oder ob sie frei sein werden. Dem Scharmacherorgan antworten wir: Die Gewerkschaften werden frei bleiben, sie werden sich weder unter das Joch des Nationalmiserabilismus noch unter das einer anderen bürgerlichen Partei begeben. Aber ihre Mitglieder werden sich in Zukunft in noch größerer Zahl als bisher der sozialdemokratischen Partei anschließen. Und damit verfallen alle Hoffnungen, die unsere offenen und versteckten Feinde auf eine Aenderung des Kurzes der modernen deutschen Arbeiterbewegung im Wufen hegen.“

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

„Ein Wort zur Aufklärung“ ist den Ausgesperrten in Form eines Flugblattes während der letzten Tage durch die Post übermittelt worden. Derjenige, welcher sich berufen fühlt, die Ausgesperrten „aufzuklären“, ist kein anderer als der — Obermeister Rahardt, welcher das Flugblatt im Auftrage (?) der vereinigten Arbeitgeberverbände unterzeichnet hat. Dem Grundsatze folgend: „Wie du mir, so ich dir“, glaubt Herr Rahardt jedenfalls, nachdem der Holzarbeiterverband ein Flugblatt an die Tischlermeister gerichtet hat, müsse auch der Vorkämpfer der Arbeitgeber die Tischlergesellen durch Flugblätter „aufklären“. Die „Aufklärung“, welche Herr Rahardt jetzt unter den Ausgesperrten zu verbreiten für nötig hält, haben wir bereits vor zwei Wochen in dem Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaftsorgan, dann in der „Nachzeitung“ der Tischlermeister und endlich in der „Woff. Ztg.“ erschienen sehen. Dieser „Aufklärung“ liegt das auch von uns erwähnte Zirkular zugrunde, welches der Vorstand des Holzarbeiterverbandes am 11. Januar an die Zahlstellenverwaltungen des Verbandes versandt hat, um sie zu ersuchen, daß sie mit Rücksicht auf den Kampf in dem ihnen selbst geplanten Lohnbewegungen zurückstellen und auf keinen Fall etwas unternehmen, ohne vorher die Zustimmung des Hauptvorstandes erhalten zu haben. — Mit der Veröffentlichung dieses Vorstandszirkulars und mit den von ihm selbst daran geknüpften Betrachtungen glaubt Herr Rahardt die Ausgesperrten dahin „aufklären“ zu können, daß der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes die Haltung der Berliner Mitgliedschaft nicht billige und daß dem Verbande überhaupt die Mittel fehlen, um diesen Kampf durchzuführen.

In der Versammlung, welche die Ausgesperrten, wie geöhnlich, so auch an diesem Donnerstagvormittag in der „Neuen Welt“ abhielten, äußerte sich ein Mitglied des Hauptvorstandes, Becker aus Stuttgart, zu der Rahardtschen „Aufklärung“. Becker sagte: Wenn es Herrn Rahardt um Verbreitung von Aufklärung zu tun ist, dann soll er sich nur an die Mitglieder seines eigenen Verbandes wenden, denn unter diesen herrsche sehr wenig Aufklärung über die Ursachen und den Verlauf der Aussperrung. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes bedürfen der Aufklärung von jener Seite nicht, denn sie kennen die Verhältnisse aus eigener Anschauung. Herr Rahardt bestreitet in der „Nachzeitung“, daß er, wie in dem vom Holzarbeiterverbande verbreiteten Flugblatt angeführt wurde, bei Verhandlungen außerhalb Berlins gefehlt habe, die Berliner

Tischlergesellen seien viel leistungsfähiger als die an dem betreffenden Orte und das er damit die Zurückweisung von Korrespondenzen in den betreffenden Orten begründen habe. — Solche Aeußerungen, jagte Becker, hat Herr Rahardt bei Verhandlungen in meiner Gegenwart öfter gemacht. Das ist ja auch seine und des Schupverbandes Taktik: In Berlin weisen sie die Forderungen der Arbeiter zurück, indem sie auf die Konkurrenz der Provinz mit ihren geringen Löhnen verweisen, und wenn wir versuchen, in der Provinz die Löhne zu verbessern, dann sind es gerade die Führer des Arbeitgeberverbandes aus Berlin, welche dagegen aufstehen und den auswärtigen Unternehmern unter Drohung mit dem Ausschluß aus ihrer Organisation verbieten, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. — Seit einem Jahr hat Herr Rahardt in den verschiedensten Orten Deutschlands den Arbeitgebern gesagt, daß die Abrechnung mit dem Holzarbeiterverband nahe bevorstehe. Mit diesem Hinweis hat er überall für seinen Verband agitiert. Hiernach konnten wir erwarten, daß die Arbeitgeber einen großen Kampf gegen uns planten. Es war deshalb natürlich, daß wir auf das, was uns in Aussicht stand, Rücksicht nahmen und unseren Kollegen in den Zahlstellen Vorzicht empfahlen und sie ersuchten, nichts ohne Genehmigung des Hauptvorstandes zu tun. Das taten wir in dem von Herrn Rahardt veröffentlichten Zirkular. Den Herren vom Schupverband, die jetzt glauben, sie hätten in unserem Zirkular was weis, was entdeckt, kann ich verraten, daß wir vor diesem Zirkular ein in demselben Sinne gehaltenes Rundschreiben verfaßt haben und daß wir gar nichts dagegen haben, wenn der Schupverband auch dieses Rundschreiben veröffentlicht. Weil wir in unserem Rundschreiben vom 11. Januar sagten: „Wie ein drohendes Gewitter haben sich die Vorbereitungen einer gewaltigen Nachtprobe mit der Organisation der Arbeitgeber um unseren Verband zusammengezogen.“ so glaubt Herr Rahardt, wir hätten Angst vor dem Vorgehen der Arbeitgeber. Davon kam gar keine Rede sein. Eben so wenig von einem Gegensatz zwischen dem Hauptvorstand und den Berliner Mitgliedern. Das kann ich dem Schupverband verraten: Der Vorstand in Stuttgart steht auf demselben Standpunkt wie die Berliner Kollegen; er wird den uns aufgezwungenen Kampf mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, durchsetzen. (Beifall.) — Die Arbeitgeber sagen: Ohne Vertrag keine Arbeit, aber Verbesserungen des Vertrages gibt es nicht. Sollten wir nun vielleicht den Schupverband anwinkeln und sagen, bitte, distanzier nur, wir werden uns fügen? Nein, so weit ist der Holzarbeiterverband noch lange nicht. Lieber keinen Frieden, als einen faulen Frieden. (Beifall.) Die Berechnungen, welche der Schupverband über die Kosten unseres Kampfes anstellt, stimmen nicht und die Hoffnungen, welche er auf diese Berechnungen stützt, sind trügerisch. Was ich bei Berlin die Mittel, welche für den Kampf gebraucht wurden, aus eigenen Kräften aufgebracht. Die von Berlin selbst aufgebracht Gelder reichen auch noch auf Wochen. Herr Rahardt meint, es sei schwindelhaft, daß der Holzarbeiterverband über ein Vermögen von 1 400 000 M. verfüge. Ja, muß sagen, diese Summe ist ja für einen Verband wie den unserigen nicht groß, aber daß sie noch heute unverehrt vorhanden ist, damit muß Herr Rahardt schon rechnen! Das Geld liegt bereit als Kampffonds gegen den Schupverband. (Beifall.) Herr Rahardt meint auch, es sei nicht wahr, daß die wöchentlichen Einnahmen des Holzarbeiterverbandes 100 000 M. betragen, weil ja die Ausgesperrten keine Beiträge zahlen. Herr Rahardt vergißt aber, daß die in Arbeit stehenden Kollegen den doppelten Betrag entrichten. Also, der Schupverband muß sich schon mit der Tatsache abfinden, daß unsere Mittel zur Führung des Kampfes noch auf lange Zeit reichen. Und wenn der Kampf so lange dauern sollte, daß unsere eigenen Mittel erschöpft sind, dann können wir auf die Hüfte anderer Gewerkschaften rechnen. Die Herren vom Schupverband sollen sich ihre Köpfe nur nicht um unsere Angelegenheiten zerbrechen. — Gewiß, die Zeiten sind ernst. Der Kampf stellt hohe Anforderungen an jeden einzelnen und verschlingt große Summen. Es wird auch dem Schupverband gelingen, in den nächsten Tagen noch einige Hundert unserer Kollegen auszusperrten, wenn nicht in Berlin, so doch in anderen Orten. Anstrengungen in dieser Richtung werden ja gemacht. Aber wir werden alles aufwiegen, um diese Nachtprobe zu bestehen und den uns aufgezwungenen Kampf durchzuführen. Wenn wir den Angriff der Arbeitgeber zurückgeschlagen haben, dann haben wir für die Zukunft den Frieden gesichert. (Lebhafter Beifall.)

Verächter Rand des Rechts der Freizügigkeit.

Unter den kaufmännischen Angestellten ist Klassenbewußtsein und Solidarität noch recht wenig zu finden. Ja, die Angestellten im kaufmännischen Gewerbe, namentlich wenn sie sich in besseren Stellungen befinden, wollen immer noch nicht einsehen, daß ihr Verhältnis zum Chef wirtschaftlich sich durchaus nicht unterscheidet von dem Verhältnis des Industriearbeiters zum Unternehmer. Nun sind es aber die Arbeitgeber im Handelsgewerbe selbst, die durch Maßnahmen gegen ihre Angestellten den tatsächlichen Beweis dafür erbringen, daß die kaufmännischen Arbeitnehmer genau so wie die Arbeiter anderer Berufe als Lohnflaben im Dienste des Kapitals behandelt werden. Einen derartigen Beweis haben neuerdings 17 namhafte Firmen der Samt- und Seidenbranche geliefert. Sie schlossen in aller Form eine Vereinbarung, wie sie die D-Banken bereits im September vorigen Jahres getroffen haben, des Inhalts, daß keine der Firmen, welche der Vereinbarung angeschlossen sind, einen Angestellten einer Konkurrenzfirma engagieren werden, ohne sich vorher mit dieser Firma darüber verständigt zu haben. — Die Angestellten der in Frage kommenden Samt- und Seidengeschäfte haben nun in Verhandlungswege versucht, die Firmen zur Zurücknahme des bezeichneten Uebereinkommens zu bewegen, weil bei Aufrechterhaltung desselben die Angestellten tatsächlich in ihrer Existenz und in ihrem Fortkommen auf das schwerste bedroht sind. Die Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Das durch Verhandlungen zwischen Vertretern von beiden Seiten nicht erreicht werden konnte, das erreichte die Einberufung einer Versammlung, die am Mittwoch den Suggenhagenschen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Zur Veranstaltung dieser Versammlung hatten sich die verschiedenen Handlungsgehilfen-Organisationen, die sich sonst als feindliche Brüder gegenübersehen, zusammengetan. Sie hatten das Tremende bereits gestellt und sich zum gemeinsamen Protest gegen das Vorgehen der Unternehmer vereint. Während der Versammlung erschienen die Vertreter von zwei an der Vereinbarung beteiligten Firmen und überreichten der Leitung ein Schriftstück, worin namens der 17 Firmen erklärt wird, da die Angestellten das Vorgehen der Firmen nicht billigen, so hätten diese beschloffen, von der Vereinbarung zurückzutreten und das die Vereinbarung fortwährend Schriftstück zu vernichten. — Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Das Vorgehen einer Anzahl Firmen der Samt- und Seidenwarenbranche gegen ihre kaufmännischen Angestellten gibt der auf Einladung der unterzeichneten Verbände am 13. Februar 1907 in Suggenhagens Etablissement zu Berlin tagenden öffentlichen Versammlung von Handlungsgehilfen Veranlassung, an den hohen Bundesrat und Reichstag die Forderung zu richten, den kaufmännischen Angestellten eine gezielte Vertretung ihrer so oft bedrohten Interessen durch baldigste Schaffung von Handlungsgehilfenkammern zu gewährleisten.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter hat seinen Jahresbericht für die Verwaltungsjahre Berlin II herausgegeben. Die Organisation ist im Jahre 1906 einheitlicher geworden, wie mit Befriedigung konstatiert wird. Der Verein Berliner Drohschleifer und der Verein Berliner Hausdiener haben sich gegen Ende des Jahres dem Zentralverband angeschlossen, und damit ist die Mitgliederzahl für alle Verwaltungsjahre von Berlin auf etwa 34 000 angewachsen. Wie richtig der Verband agitiert hatte, zeigt sich darin, daß die Zahl seiner Mitglieder von 17 181 auf 22 890 während eines Jahres gestiegen ist; das ist eine Zunahme von 5209 Mitgliedern = 30,3 Proz. Ebenso ist der örtliche Klassenbestand von 29 126 M. auf 37 444 M. gestiegen.

Die statistische Aufnahme über die Zugehörigkeit der Mitglieder zur sozialdemokratischen Partei und Ges-

stellung der „Vorwärts“-Leser in den Reihen derselben ist leider sehr unvollständig geblieben, denn von 20 000 ausgegebenen Fragebogen sind nur 8171 ausgefüllt zurückgeliefert worden, also nur 40,85 Prozent. Die Statistik zeigt noch manche interessante Tatsache, z. B. die Stellung zur Kirche, den Einfluß der Gewerkschaftsorganisation im Interesse der politischen Organisation und die Lohnverhältnisse.

Von den 8171 Mitgliedern sind politisch organisiert und zwar in der sozialdemokratischen Partei 1454 oder 17,8 Prozent.

Die Frage: Welche Zeitung wird außer der Fachzeitung, dem „Courier“, gelesen? beantwortet sich wie folgt:

Es lesen den „Vorwärts“	2904 = 35,6 Proz.
„ die „Gleichheit“	25 = 0,3 „
„ die „Morgenpost“	1885 = 20,6 „
„ den „Lokal-Anzeiger“	120 = 1,5 „
„ das „Deutsche Blatt“	337 = 4,1 „
„ andere bürgerliche Blätter	175 = 2,1 „
keine Zeitung	2835 = 34,9 „

Die Zahl derjenigen, die überhaupt noch keine Zeitung lesen oder abonnieren (wenn beides hier dasselbe bedeutet), ist leider sehr groß und wird zum Teil erklärt durch den geringen Verdienst der Leute, zum andern Teil aber durch die Interesslosigkeit und mangelhafte Aufklärung über Fragen des öffentlichen Lebens.

Die Lohnabelle zeigt uns die Stütcher mit 26,09 M. durchschnittlichem Wochenlohn an erster Stelle, die Arbeiter folgen dann mit 24,70 M. und zuletzt die Hausdiener mit 24,23 M. Der Bericht hebt hervor, daß die Gruppe der Hausdiener trotzdem in den Fragen „Politisch organisiert“ und an „Vorwärts“-Lesern den höchsten Prozentsatz stellt und die Stütcher zuletzt kommen. Als Erklärung dieses Umstandes wird die lange Arbeitszeit der Stütcher angeführt.

Eine Tabelle zeigt die Dauer der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft in Beziehung auf die Fragen nach der politischen Organisation und der Stellung zu den Zeitungen.

Es waren gewerkschaftlich organisiert seit:

	1897	1903	1906	Summa				
	und früher	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.			
Gewerkschaftlich organisiert	429	—	782	—	8171			
Politisch organisiert	189	44,0	176	22,5	201	0,5	1454	17,8
Leser des „Vorwärts“	208	69,4	374	47,8	615	22,4	2904	35,6
„ der „Gleichheit“	10	2,3	3	0,4	3	0,1	25	0,3
„ der „Morgenpost“	45	10,5	160	20,4	660	24,0	1885	20,6
„ des „Lokal-Anz.“	10	2,3	5	0,6	42	1,5	120	1,5
„ des Deutschen Blattes	9	2,1	28	3,8	127	4,6	337	4,1
„ anderer bürgerlicher Blätter	9	2,1	19	2,4	50	2,8	175	2,1
„ keiner Zeitung	45	11,2	193	24,7	1249	40,1	2835	34,9

Ueber die Stellung zur Kirche verzeichnet die Statistik folgendes: Evangelisch sind 7029 = 86,02 Proz.
Rotholisch 801 = 9,85 „
Katholisch 14 = 0,02 „
Disident 327 = 4,01 „

Eine lange Reihe von Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt die große Mäßigkeit, die der Verband entfaltet hat und mancher Erfolg krönte die Mühe; die Niederlagen aber brachten keine Entmutigung. Am 1. Juli ist eine Jugendabteilung gegründet worden, die einen erfreulichen Anfang nahm.

An Untersuchungen wurden gezahlt für 2178 Kranke 29 976,85 M., für 851 Arbeitslose 15 684,90 M., im Jahre 1905 wurden an 1565 Kranke Mitglieder 21 235,55 M., an 623 Arbeitslose 11 757,05 M. gezahlt.

Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 362 056,87 M., eine Ausgabe von 324 612,82 M., also einen Bestand, wie schon erwähnt, von 37 444,05 M. Für Streiks wurden 94 243,98 M. verausgabt.

Deutsches Reich.

Die Münchener Schuhmachergesellen haben den seither geltenden Tarif gelündigt und den Meistern eine neue Tarifvorlage unterbreitet. Die Forderungen lauten in der Hauptsache: zehnstündige Arbeitszeit, an den Festtagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen um 5 Uhr Arbeitslohn. Für Überstunden bei Akkord- und Zeitlohnarbeitern 25 Pf. Zuschlag pro Stunde. Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Eine allgemeine Lohnhöhung von 15 Proz. für Zeitarbeiter ein Minimallohn von 21, 23 und 25 M. pro Woche. Freigabe der Zurnituren, Abschaffung der Heimarbeit und Freigabe des 1. Rat. Zulage von Schuhmachern nach München ist fernzuhalten!

Ausland.

Die „Chre“ der Streikbrecher in Norwegen.

Wir berichteten im Dezember vorigen Jahres über die gegen den Vorsitzenden Joveren des norwegischen Maurerverbandes und den Ortsvorsitzenden Erlisen in Skien gerichtete Anklage, Zwang und Drohung gegen einige Streikbrecher verübt zu haben, indem sie ihnen schriftlich mitteilten, daß ihre Namen auf die „Schwarze Liste“ kommen und in den skandinavischen Ländern sowie in Deutschland usw. bekannt gemacht werden sollten, ferner Ehrenentziehung verübt zu haben durch die dann tatsächlich erfolgte Veröffentlichung ihrer Stimmen in „Social-Demokraten“. Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Die Anklagebehörde hat jedoch gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und in der vorigen Woche hatte sich nun die höhere Instanz, das „Lagmannsret“ in Skien mit der Anklage zu befassen. Dieses Gericht ist ebenso wie die erste Instanz, das „Lagmannsret“, ein Laiengericht, zu dem Männer und Frauen ohne Unterscheid des Standes unter gleichen Bedingungen gewählt werden.

Das Lagmannsret stützte die Verhandlungen mit einer Gründlichkeit durch, als gelte es ein furchtbares Verbrechen; sie dauerten nicht weniger als vier volle Tage. Es kam dem auch wirklich zu einer Beurteilung. Dem Verbandsvorsitzenden Joveren wurde eine Geldstrafe von 50 Kronen auferlegt wegen Ehrenentziehung, die aber nicht darin gefunden wurde, daß die Namen der Streikbrecher veröffentlicht worden waren, sondern lediglich darin, daß in jener Veröffentlichung das Wort „Lohnkonflikt“ stand, während es sich nach Meinung des Gerichts bei der Sperre nicht um eine Lohn-, sondern um eine Organisationsfrage handelte. Damit, so meinte der Staatsadvokat, sei jene Notiz in „Social-Demokraten“ mehr herabsetzend, als notwendig war, abgefaßt gewesen, und dieser Auffassung schloß sich das Gericht an. Im übrigen aber erklärte der Vertreter der Anklage im Laufe der Verhandlungen, daß man selbstverständlich das Recht habe, Leute, die es verdienen, als Streik- oder Sperrbrecher zu bezeichnen und ihre Namen zu veröffentlichen.

Von den übrigen Punkten der Anklage wurde freigesprochen. Der Ortsvorsitzende Erlisen wurde gänzlich freigesprochen und ihm wurde noch dazu ein Schadenersatz von 45 Kronen zuerkannt.

Der Ausbruch der bulgarischen Eisenbahnangestellten

hat, wie uns ein Privattelegramm aus Sofia meldet, mit einem Siege der Streikenden geendet. Gestern früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Nationalversammlung, welche der Streik der Eisenbahner beschäftigt hat, wurde geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Ausgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Beckmann, Durchgang zum Lindenstr. 101), wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Wöchner 7 Uhr. — Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Besuch und eine Zahl als Verzeichnisse beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. — Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Geodorow. Manuskripte dürfen nur auf einer Seite geschrieben sein. — H. C., Lebach. Seit 1906 jährlich 3000 M. Wegen S. in Budapest fragen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung

Rohrleger und Helfer

der
Berlins und Umgegend

in „Franken Festhallen“, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Arbeitsstelle-Inhaberbestimmungen und Arbeiterprüfung. Referent: Arbeitssekretär Genosse G. Link. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Da es sich herausgestellt hat, daß eine große Anzahl von Rohrlegern und Helfern Mitglieder unserer Organisation sind, so erwarten wir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, daß Sie für guten Besuch der Versammlung sorgen. Ein jeder von Ihnen muß anwesend sein.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung

Eisen-, Metall- u. Revolverdreher

im Vereinshaus Berliner Arbeiter, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:
1. Welche Lehren haben wir aus Anlaß der plötzlichen Entlassung unserer Kollegen des Daimlerwerkes zu ziehen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Branchenkollegen und die Deputierten des Daimlerwerkes eingeladen.

Die Eröffnung der Versammlung erfolgt pünktlich 10 Uhr.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Schmiede

Berlins und Umgegend
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Petersdorf: „Ueber Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäft. Hobler, Bohrer, Stoßer u. Fräser

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Störmer über: „Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 112/18

Zu dieser Versammlung sind die Kolleginnen folgender Firmen eingeladen: Holzant, Gehauer, Glasocke, Groß & Graf, Kaiser & Schmidt, Kappler, Prometheus, Rollet, Sontker und Zimmermann & Buchlow. Um regen Besuch bitten Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filliale Berlin.

Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!

Sonntag, den 17. Februar, mittags 12 Uhr,
im Palast-Theater, Burgstr. 24:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Forderungen an die Arbeitgeber.

Referent: Kollege Kunze.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Ohne dasselbe oder mit mehr als 13 Wochen rückständigen Beiträgen kein Zutritt. 162/4*

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Neute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 17. Februar 1907, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:

Gr. Wintervergnügen

Anfang 6 Uhr. X Tanz frei. X Billest 40 Pf.

Programme an der Kasse gratis.

Arbeitslose und ausgesperrte Mitglieder, welche sich als solche legitimieren können, erhalten für sich und ihre Frau freien Eintritt.

Die Inhaber von Billest müssen diese unter allen Umständen am Sonntag in den Zahlstellen abgeben resp. die nicht verkauften Billest zurückgeben. 80/8

Die Kommission.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentralo: Boxhagenerstr. 13, Püchlerhalle 222/223, Andreasstr. 16/18.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 17. Februar, abends 6 Uhr, bei Wille, Brunnenstraße Nr. 188:

Versammlung.

Vortrag des Genossen Hans Weber.
Nachher gemütliches Beisammensein und Tanz. 247/7*

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Bureau: C. 54, Steinstr. 38. Ortsverein Berlin. Fernsprech. Amt III Nr. 3100.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Branerei Königstadt, großer Saal, Schönhauser Allee 10-11:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Revisionsbericht, Bericht des Ausschusses.
2. Wahl des gesamten Vorstandes, eines Revisors, der Kassasteller, Ausschussmitglieder und Kontrollreue.
3. Anträge des Ausschusses.
4. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand. J. H. Heinrich Metzke. 129/2*

Zentralverband der Asphaltreue usw.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 17. d. M., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Stellenbericht und Verbandsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder müssen zur Empfangnahme der Bücher zur Stelle sein. 296/07

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, 17. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 54/3

1. Vortrag des Genossen Dittell über: Die Arbeiten des neuen Reichstages. 2. Stellungnahme zum Sonntag. 3. Verbandsangelegenheiten. Pünktliches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

Versammlung.

Vortrag des Herrn Redakteur Weiß: „Bildende Kunst“. Ausgabe der Billets zum Radrennen am 9. März in „Sandsowet“. 198/5

Der Vorstand.

Verband deutscher Textilarbeiter

Filliale Berlin.

Sonntag, den 17. Februar 1907, nachm. 2 Uhr, bei Wierowski, Andreestr. 20:

Öffentliche Versammlung

der Plätterinnen, Detachierten und aller in Färbereien und Wäschereien beschäftigten Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Kollegin M. Koppe über: „Das Leben der Proletarierin in der modernen Industrie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 197/2

Zahlreichen Besuch erwartet Der Branchenleiter.



Touren-Anzeige

der

Abteilungen:

1. Abt. vormittags 11 Uhr nach Hohenhof; abends Lichtbildvortrag Dresdenstr. 45.
2. Treffpunkt 5 Uhr Mariannenplatz.
3. Abt. nachmittags 2 Uhr nach Kaulsdorf, Hermanns Gesellschaftshaus, großes Bildg. -Kaffee. -Len.
4. Treffpunkt Silesischer Bahnhof.
5. Abt. nachmittags 2 Uhr: Bildg. -wörter bei Freund.
6. Abt. Start: Elyseum.

Voran II

Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft der B. A.-R.-V.

Freitag, den 22. Februar 1907,

abends 9 Uhr,

im Elyseum, Landberger Allee 40/41;

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Geschäftsführers. 3. Anträge des Vorstandes. 4. Geschäftsbericht. 5. Neuwahl des Vorstandes. 11/8

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 17. Februar 1907, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Kassen- und Revisionsbericht und Jahresbericht. 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors. 3. Verschiedenes. 143/5

Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 17. d. M., vorm. 10 1/2 Uhr, im „Königstadtkafo“, Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. Um regen Besuch eruchtet Der Vorstand. 194/3

Sozialisten! Achtung! Anarchisten!

Volks-Versammlung

Sonntag, den 17. Februar 1907, vormittags 11 Uhr,

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:

1. Die Lehren des 25. Januar für das Proletariat. Referent: Sopp Oertel. 2. Diskussion. 145/6

Der Einberufer. Fr. Kriestadt, Amperdamerstr. 11.

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher

Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstr.

Dr. Simmel, Prinsen-

Str. 41,

Spezialarzt für 3/5

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! Achtung!

Bauhandwerker!

Die Holzarbeiter sind in ganz brutaler Weise ausgesperrt.
Die Unternehmer versuchen, die notwendigsten Arbeiten auf den Bauten von

Arbeitswilligen

fertigstellen zu lassen. — In Betracht kommen Einsetzer, Tischler und Treppenaufsteller.

Wir machen die Bauhandwerker aufmerksam, daß jeder organisierte Tischler, Einsetzer oder Treppenaufsteller im Besitz einer gelben Berechtigungskarte sein muß. Die Karte ist nur gültig, wenn vom Holzarbeiter-Verbande gestempelt.

Wir ersuchen die Bauhandwerker, die größtmögliche Solidarität zu üben.

Der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission.

Partei-Angelegenheiten.

Pankow. Morgen Sonnabend findet in den Kurfürsten-Sälen, Berlinerstr. 102, das „Friederfest“ des Wahlvereins statt.

Rudow. Sonntag, 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet bei Palm die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Friedrichshagen. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Wilhelmsbad“.

Neuenhagen und Umgebung. Am Sonntag, 17. Februar, findet im Lokal von Wünsche in Neuenhagen die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Trebbin (Kreis Teltow). Sonnabend, 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Wolf.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitglieder des Wahlvereins werden nochmals auf den bereits veröffentlichten Beschluss der erweiterten Vorstandssitzung betreffs Ordnung der Bibliothek verwiesen.

Cranienburg. Den Wahlvereinsmitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei R. Braun, Kurfürstentrasse, unsere Mitgliederversammlung stattfindet.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn die Rathausfreisinnigen einander in die Haare geraten, dann dürfen die Besucher der Tribüne des Stadtverordneten-Saales sich auf ein paar amüsante Stunden gefaßt machen.

Vom Umgang mit unbesoldeten Kommunalbeamten.

Daß auch unbesoldete Kommunalbeamte zu den Respektspersonen gehören, denen ein nicht-beamteter Staatsbürger zart entgegenkommen soll, das will manchen Leuten noch immer nicht in den Sinn.

Nachricht sind besonders die Verurteilungen wegen Beleidigung von Armenkommissionsmitgliedern. Bürgerliche Blätter haben sich manchmal nicht wenig über diese Tatsache entrüstet und an sie die Bemerkung geknüpft, da sehe man, wie undankbar die Armen doch seien.

Wer, wie die Beamten, besondere Machtbefugnisse hat und besonderen Rechtsschutz genießt, der sollte sich verpflichtet fühlen, dem Publikum mit desto mehr Besonnenheit entgegenzutreten.

Wenn diese Darstellung zutrifft, dann muß das ja ein sehr merkwürdiger Herr sein. P. ärgerte sich über die Schimpfworte und lud den Beleidiger zunächst vor den Schiedsmann.

Bei der Unsicherheit des Ausgangs der Klage hat P. hier nach darauf verzichtet müssen, den außerordentlichen Herrn J. zur Rechenschaft zu ziehen.

Vom Wirken der politischen Polizei.

Die politische Polizei fühlt hin und wieder das Bedürfnis, etwas von sich hören zu lassen, um ihre Notwendigkeit zu erweisen.

„Einen empfindlichen Schlag, der ihren ersten Versuch einer antimilitaristischen Propaganda im Keime erstickte, hat die Berliner Polizei den Anarchisten versetzt.“

Den Beamten, die forsorge für die hiesige anarchistische Bewegung sorgfältig beobachten, fiel es auf, daß diese Kreise in der letzten Zeit sehr betriebsam waren.

In der Wohnung im Scheunenviertel fand man noch den ehemaligen Redakteur des „Revolutionär“, Sauter, aber keine einzige verbotene Druckschrift.

auf dem Polizeipräsidium und sie und ihre Bestimmungsgenossen werden sich wohl allmählich überzeugen, daß ihre Bewegung bei uns nicht dochkommt, daß man ihr hier auch ohne besonderes Anarchistengeheiß den Weg verlegt.

Daß die Verhafteten und ihre Genossen die Schwierigkeiten, die ihrer Propaganda bei uns entgegenstehen, nicht unterschätzen, zeigen die Mittel und Wege, deren sie sich bedienen wollten.

Wir stehen dieser Schauermeldung über die neueste Leistung der politischen Polizei etwas sehr ungläubig gegenüber, ist und doch langsam bekannt, wie solche „Entdeckungen“ in Szene gesetzt werden.

Dem ist aber die politische Polizei durch ihren „neuesten Schlag“ zutrogenommen. Wenn der geängstigte Spießbürger jetzt die neueste Leistung der politischen Polizei in seinem Leitblatte findet, wird er wieder einmal die Fürsorglichkeit unserer Polizei und vor allem die der politischen Polizei in allen Tönen preisen.

Zu der Angelegenheit wird nachträglich noch berichtet: Die Staatsanwaltschaft hat umfassende Hausdurchsuchungen nach dieser Druckschrift bei allen bekannten Anarchisten im ganzen Deutschen Reich veranlaßt.

Die Pläne für die Zentralanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind jetzt vom Kaiser genehmigt worden.

Unter dem Deckmantel der Trunkenheit „arbeiten“ zwei gefährliche Wesselschwinder, die sich hauptsächlich Restaurationen als Operationsfeld ausuchen.

Die Zentralisation der Krankenkassen in Berlin befürwortete eine Eingabe, welche der Verein der Berliner Maschinen- und Kesselfabrikanten an den Oberpräsidenten gerichtet hat.

Der Eisenbahnstrolach betrogen. Einem raffinierten Betrüger ist der Eisenbahnstrolach dadurch zum Opfer gefallen, daß ihm auf gefälschte Nachnahmecheine ein Betrag von mehr als 21 000 M. abgenommen wurde.

Was hatte er nicht zu besorgen, da er mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß der Schwindel bald aufgedeckt werden würde.

Verstorbener Paketwagen. Ein dreifacher Diebstahl ist gestern in der Poststraße verübt worden. Vor dem Grundstück Poststr. 7 hatte ein mit 50 Paketen beladener Kramwagen gehalten. Ein Wagenmarder, der vermutete, daß die Pakete wertvolle Beute enthielten, schwang sich während der Abwesenheit des Kutschers auf den Bod, hieb auf die Pferde ein und fuhr davon.

Selbstmord eines Studenten. Im Tiergarten hat sich gestern der 22-jährige Student der Theologie Karl M. das Leben genommen. M. hatte in Greifswald studiert und war von dort kürzlich verschwunden. Gestern wurde er auf einer Bank in der Nähe der Sieges-Allee tot aufgefunden; er hatte sich mit einem Revolver erschossen. Die Tat hat er scheinend in einem Anfälle von geistiger Umnachtung ausgeführt.

In Sachen der Schwebebahn hat der Polizeipräsident von Rixdorf, Herr v. Gläsenapp, dieser Tage an den Bund der Haus- und Grundbesitzervereine „Groß-Berlin“ das nachfolgende Schreiben gerichtet: „Die in der Hauptversammlung vom 18. v. Mts. gefasste Resolution, betreffend die Schwebebahn Grundbrunnen-Rixdorf, trifft auch für die Rixdorfer Verkehrsverhältnisse zu. Insbesondere fehlt es für die hiesige Bevölkerung an den erforderlichen Schnellverkehrsmitteln und an ausreichenden Verkehrsverbindungen mit dem Zentrum und dem Norden von Berlin. Unter diesem Mangel hat namentlich die arbeitende Bevölkerung Rixdorfs zu leiden, die zum großen Teil in Berliner Fabriken und Geschäften tätig ist. Die geplante Schwebebahn Grundbrunnen-Rixdorf, welche die nördlichen und mittleren Stadtteile Berlins mit Rixdorf verbinden soll, wird, wie kein anderes Verkehrsmittel, geeignet sein, dem Mangel einer Schnellbahnverbindung zwischen dem Norden und Süden von Groß-Berlin abzuhelfen. Wie bisher, werde ich auch in Zukunft bestrebt sein, das Zustandekommen dieses wichtigen Verkehrsunternehmens in jeder Weise zu fördern.“ — Wie erinnerlich, hatte sich auch Oberbürgermeister Boddin gelegentlich der von der Continentalen Gesellschaft im Berliner Rathausdiiale veranstalteten Modellausstellung in ähnlich günstiger Sinne über die Schwebebahn ausgesprochen und dabei hinzugefügt, sobald erst die Zustimmung der städtischen Behörden vorläge, werde die Behandlung des Projektes bei den Rixdorfer Behörden schnellste Erledigung finden.

Bodenwucher. Was an einem Terrain verdient werden kann, zeigt der jetzt perfekt gewordene Verkauf des Geländes der Trabrennbahn Weihensee. Das Terrain gehörte früher der Gesellschaft der Trabrennbahn Weihensee, zu deren Mitgliedern, wie die „Allg.-Fleischer-Stg.“ mitteilt, auch mehrere Berliner Fleischermeister gehörten. 1892 fand der in Rennsportkreisen sehr bekannte Prince-Smith die übrigen Mitglieder mit ganz geringen Beträgen ab und brachte so für den Preis von 157 000 M. das Gelände in seinem Besitz. Die damaligen Mitglieder des Weihensee Trabrennvereins, der Fleischermeister Franz Grunow, der Fleischermeister Bauerfeld und die Schwagerischen Erben, die sich bei den Prince-Smith'schen Transaktionen benachteiligt fühlten, hatten gegen diesen zwar einen Prozeß wegen 300 000 M. Entschädigung angestrengt, sind aber mit ihrer Forderung nicht durchgekommen. Prince-Smith verkaufte zifia 10 Jahre später das Gelände für 950 000 M. an den Bestender Kennverein und sicherte sich außerdem eine lebenslängliche jährliche Rente von 35 000 M., und seinem Sportfreunde, den Herrn von Auhmann, eine ebensolche Rente von 10 000 M. Jetzt ist das Terrain an eine Terracinggesellschaft weiter veräußert worden, und zwar für den horrenden Preis von 1 800 000 M.

Durch den Anflug einer Schar Schulknaben ist vorgestern abend die 56-jährige Pauline Hoffmann aus der Schneebühlstr. 48 schwer verunglückt. Frau H. befand sich auf dem Wege durch die Ramlersstraße und wurde plötzlich von einer größeren Anzahl Schulknaben mit Schneebällen bombardiert. Die Bedrohte suchte sich in Sicherheit zu bringen, doch wurde ihr der Weg verlegt und schließlich wurde sie von einem der Schneebälle mit solcher Wucht getroffen, daß sie niederfiel. Die Bedauernswerte zog sich bei dem Sturze einen doppelten Armbruch zu und wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Die tägliche Erleuchtung des Unterleitungsbetriebes bei der Straßenbahn erfolgte in der vorgestrigen Nacht gegen 12 Uhr an der Wolfenbrücke. Dort hatte sich der Stromabnehmer des Rotorwagens Nr. 2888 festgeklemmt und alle Bemühungen, ihn loszuziehen, erwiesen sich als vergeblich. Erst herbeigerufenen Schlossern gelang es nach längerem Bemühen, den Stromabnehmer aus dem Kanal herauszuziehen. In der Zwischenzeit mußten die nach Koabit fahrenden Wagen abgelenkt werden.

Ein folgenschwerer Automobilunfall trug sich gestern nachmittags am Kurfürstendamm zu. Der Großindustrielle Cravozoff aus Blabivostok, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält, hatte gemeinsam mit seiner Frau eine Automobilfahrt unternommen. An der Kreuzung der Wichmannstraße kam dem Kraftwagen ein Privatautomobil entgegen, und während der Chauffeur des letzteren auszuweichen versuchte, lenkte der Führer des anderen Autos so dicht darüber, daß ein Zusammenstoß stattfand. Er erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Automobil, in dem sich E. mit seiner Frau befand, vollständig zertrümmert wurde. Auch der andere Kraftwagen wurde stark beschädigt. Das Ehepaar wurde auf den Fahrdamm geschleudert und blutüberströmt nach der Infirmitätion am Zoologischen Garten gebracht. An den Händen, am Kopf und im Gesicht hatte E. sowohl als auch seine Frau schwere Verletzungen davongetragen. Der Chauffeur war mit äußeren Quetschungen davon gekommen.

Zu beunruhigenden Meldungen über den Brand eines Straßenbahnwagens führte ein Vorfall, der sich gestern morgen gegen 8 1/2 Uhr in der Französischenstraße ereignete. Dort wackte infolge Ueberhitzens die Sitze über der Heizungsanlage in Brand geraten. Das Feuer wurde sofort erloscht und konnte von dem Personal des Wagens mit leichter Mühe gelöscht werden. Eine Gefahr für die Passagiere lag nicht vor. Der Wagen konnte, nachdem die beiden beschädigten Sitze ausgetauscht waren, wieder in Betrieb genommen werden.

Säuglingspflege. In den städtischen Säuglingsfürsorgeanstalten Nr. IV, Luisen-Aller 50, und Nr. V, Panstr. 7, beginnen am Freitag, den 1. März, 6 Uhr abends, wieder unentgeltliche Kurse der Säuglingspflege für Frauen und Mädchen. Bei wöchentlich 2 Stunden beträgt die Dauer des Kurses 3 Wochen. — Vorherige schriftliche oder mündliche Anmeldung (täglich 1—4 Uhr) in den Instituten erbeten!

Das Brater-Theater wird am heutigen Freitag wieder mit einem klassischen Werke erscheinen, denn die Direktion kündigt die Erkaufführung des Schillerschen Trauerspiels „Kabale und Liebe“ an.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 5 Uhr kam auf dem Potsdamer Güterbahnhof Feuer aus. Dort stand ein Ringbahnwagen (Nr. 10) in Flammen. Es brannten Säcke, Regale und anderes und mußte die Feuerwehr kräftig Wasser geben, um den Brand auf den Wagen zu beschränken. Auf einem unbebauten Gelände in der Danzigerstraße 62a brannte eine Automobilbrotsche und in der Kolonnenstraße 117 ein Stallgebäude. Die Feuerwehr mußte eine Schlauchleitung vornehmen, um die Gefahr zu beseitigen. Samariter der Feuerwehr hatten in der Brunnenstr. 58 beim Handwerksmann Probst zu tun. Ein Mann hatte sich dort erhängt. Es gelang, den Erhängten mit Sauerstoff wieder ins Leben zurückzurufen. Der Brand eines Pferdehalles beschäftigte die Wehr in der Kochstr. 10. Wohnungsbrände mußten in der Demewystr. 34, Friedenstr. 54, Marienstr. 28, Herstr. 40 und anderen Stellen gelöscht werden. Der fleckente Zug wurde nach der Liebigstr. 12 gerufen, wo Risten, Strohhäufchen in einem Keller brennten. Ferner hatte die Wehr noch

in der Großbeerstr. 17, born II, in der Beuffstr. 88, Mittelstraße 52, Misastraße und anderen Stellen zu tun, um Verkehrsbehindernisse zu beseitigen, Pferde aus Kotlagen zu befreien usw.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hatte am Mittwoch eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Trotdem dauerte die Sitzung verhältnismäßig nur kurze Zeit, da die meisten Punkte belanglos waren. Zur Annahme gelangten unter anderem zwei Anträge aus der Mitte der Versammlung, und zwar ein Antrag Stadthagen (natl.), der den Magistrat ersucht, die probemweise Beschaffung von Spreng- und Automobilwagen in Erwägung zu ziehen, und ein Antrag Ring (lib.) auf Aenderung des Sparkastenstatuts dahin, daß die Gelder der Sparkasse auch in allerersten Privatdiskonten angelegt werden dürfen. — Die Vorlage betreffend die abermalige Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes fand die Zustimmung der Versammlung, ebenso eine Reihe von Magistratsvorlagen, die nachbewilligungen betreffen. Größere nachbewilligungen sind unter anderem erforderlich für den Armenetat (20 200 M.), für den Etat der Krankenhausbewaltung (2000 M.) sowie für die außerordentliche Schneebeseitigung (75 000 M.). Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen ohne allgemeines Interesse überwies die Versammlung eine Magistratsvorlage auf Bewilligung von 10 000 M. zur Unterstützung der zur Befämpfung des Roggenunbestems und der Bettelerei in Groß-Berlin geschaffenen Kolonie-Opfungsanstalt an einen Ausschuß. Öffentlich wird der Ausschuß in eine recht sorgfältige Prüfung der Vorlage eintreten. Gleichfalls an einen Ausschuß ging die Vorlage betreffend Genehmigung des Vorentwurfs und des Kostenanschlags für den Bau einer neuen Gemeindegewerkschule in der Ehbelfstraße.

Der Statuentwurf für Charlottenburg schließt in seinen einzelnen Teilen wie folgt ab: der Hauptetat im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 20 1/2 Millionen, bei einem Dispositionsfonds von 550 000 M. für nachbewilligungen und nicht vorhergesehene Fälle; im Extraordinarium mit 9 1/2 Millionen. Dazu kommen die Sonderetats, von denen der der Kanalisation mit etwa drei Millionen, der der Ladestrafen mit 88 900 M., der des Lagerplatzes der Tiefbauverwaltung mit 930 300 M., der des Elektrizitätswerkes mit 2 1/2 Millionen, der der Gasanstalten bei einem Neugewinn von annähernd zwei Millionen mit über 22 Millionen, der der Stiftungen mit 88 000 M., der der Verbreiterung der Bismarckstraße mit 1 1/2 Millionen, der des Grundstückerverwerbsfonds mit etwa 3 Millionen, der der Müllbeseitigung mit 360 500 M. und der der Wasserwerke mit 1 1/2 Millionen abschließt.

An Steuern sollen im nächsten Etatsjahre erhoben werden: 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer unter Befreiung der Personen mit weniger als 600 M. Einkommen; die Gemeindegewerbesteuer in Höhe von 101,94 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer — 2,4 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke; die Gemeindegewerbesteuer in Höhe eines Zuschlages von 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, und zwar mit der Maßgabe, daß der Ertrag der Gemeindegewerbesteuer und der Gemeindegewerbesteuer zusammen einen Satz von 150 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommt. Die Gewerbesteuer der in Klasse IV veranlagten Steuerhefte von 4, 8 und 12 und — soweit der Ertrag der Warenhaussteuer reicht — auch noch von 16 M. wird außer Hebung gestellt. Der Zuschlag zur Gewerbesteuer ist auf 100 Proz., die Kanalisationsgebühren auf 1 Proz., die Gebühr für Begleichung des Hausmülls auf 0,8 Proz. des Gebäudewertes festgesetzt. Die Umsatzsteuer kommt in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und von 2 Proz. des Umsatzwertes der unbebauten Grundstücke zur Erhebung.

Erzrasen ist in der gestrigen Nacht ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann. Er wurde auf Charlottenburger Gebiet von einem Schuhmann auf der Straße leblos aufgefunden und nach der Sanitätswache gebracht, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Seine Leiche wurde in das Schauhaus gebracht. Der Tote hatte langes dunkelblondes Kopfsaar, rötlichen Haaren und Schnurrbart und war mit dunklem Schlapphut, schwarzem Leberzieher und Chemisekt, das das Monogramm W. L. enthielt, bekleidet.

Die hiesige Jahreshelle der „Vereinigung der Moler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands“ hielt am 11. d. M. eine ordentliche Versammlung ab, die im Vergleiche zu den früheren sich eines guten Besuches erfreute. Der zunächst gehaltene Vortrag des Kollegen Klog-Verlin über „das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterschaft“ fand beifällige Aufnahme. Nach einer eingehenden Berichterstattung über die Tätigkeit der Bezirksteilung wurden die Kollegen Flemming, Scheuerbrandt und Franz Trömert in dieselbe wiedergewählt. Kollege Flemming als bisheriger Delegierter der Gewerkschaftskommission gab hierauf einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit derselben im verfloffenen Jahre. In der Diskussion über den Bericht wurde von allen Rednern das Richtzustandekommen der Anstellung eines beforderten Sekretärs lebhaft bedauert und gewünscht, diese Frage immer noch im Auge zu behalten.

Zu Delegierten wurden Flemming wieder- und Schiller neugewählt.

Der Charlottenburger Magistrat teilt mit: In der Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, am Wittenbergplatz 4 (Ecke Poppenbergstraße 5) werden neuerdings durch Ausschlag an den Fenstern und der Eingangstür der Geschäftsstelle solche Stellenangebote und Stellengesuche bekannt gemacht, für welche nicht bereits Bewerberinnen resp. Balangen angemeldet sind. Es liegt daher im Interesse des Publikums, diesen Ausschlagen Beachtung zu schenken.

Vorhagen-Nummelsburg.

Ein eigenartiger Selbstmord vollführte gestern das 23-jährige Dienstmädchen Verta Bergschod, welches bei einem Fuhrherrn in Vorhagen in Stellung war und sich vorgestern abend heimlich aus der Wohnung der Dienstherrschaft entfernt hatte. Die W. hatte in dem zu den Reumannischen Häusern in der Kriftstraße in Nummelsburg gehörigen Reich ein Loch in die Eisbede gestochen und war durch dieses in das Wasser gesprungen. Hier wurde ihre Leiche gestern morgen durch Arbeiter der Eiswerke aufgefunden und gelandet. Das Motiv zu dem Selbstmorde ist unbekannt.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorstellung. Der als Ersatz für den Vertreter der 1. Klasse, Weber, gewählte Herr Benz wurde in sein Amt eingeführt. Gegen die Wahl des Vertreters der 1. Klasse, Herrn Degevald, dessen Mandat erst kürzlich für ungültig erklärt wurde, lagen zwei Einsprüche vor, und zwar vom Genossen Grunow und vom Vorstand des Bürgervereins. Herr Herwig, der seinerzeit als Referent beantragte, das Mandat für ungültig zu erklären, kam diesmal zu dem Schlusse, ersend beide Einsprüche wegen formeller Mängel zurückzuweisen und die Wahl für gültig zu erklären. Der Bürgerverein könne als solcher keinen Einspruch erheben, und der Einspruch des Genossen Grunow führe keine Gründe an. Herr Herwig vertrat auch noch die sonderbare Auffassung, Genosse Grunow als Antragsteller dürfe überhaupt nicht an der Debatte teilnehmen. Er wurde allerdings eines anderen belehrt. Bei der Abstimmung wurde der Einspruch des Bürgervereins zurückgewiesen, dagegen der des Genossen Grunow als berechtigt anerkannt und die Wahl für ungültig erklärt. — Der Antrag des Schulvorstandes für den Bau einer höheren Mädchenschule zeitigte eine rege Debatte. Unsere Genossen vertraten den Standpunkt, daß hierzu durchaus kein Bedürfnis vorliege. Beschlossen wurde im Sinne des Antragtrag, nur solle noch die Frage offen bleiben, ob Anaben- oder

Rädchenchule. — Die Mittel für Errichtung der dritten Gemeindegewerkschule werden in Höhe von 45 000 M. bewilligt, desgleichen für Schaffung eines Seitenanbaues für die Schule in der Poststraße. — Bei der Frage der Verpachtung des Wochenmarktes beantragten unsere Genossen die Uebernahme in Gemeinderesige. Beschlossen wurde, die Nacht dem bisherigen Pächter für 3100 M. zu belassen. Herr Herwig glaubte durch die Herbeibringung recht hoher Standgelde die unbedeute Konkurrenz für die hiesigen Händler loszuwerden. — Ein Antrag der Einwohner des Ortsteils an der Holzprebrücke ersucht die Vertretung, Mittel bereit zu stellen für die Schaffung eines Kaffees während des Neubaus dieser Brücke. Ein von den Berliner Elektrizitätswerken herzustellender Kabelsteig erleichtere die Ausführung. Die Vertretung mißbilligte scharf das Verhalten der Kreisverwaltungen, welche als Erbauer der Brücke sich weigern, eine Kaffeebrücke herzustellen. Die Mittel wurden in Höhe von 5000 M. bewilligt. — Für Anlegung einer Straßenbahnverbindung mit Karlsruhorst wurde den Berliner Ostbahnen die Genehmigung erteilt.

Röpenid.

Von Röpenid nach Potsdam. Der durch den Köpenider Hauptmannstreich zu trauriger Verhärtnis gelommene Polizeimeister Kädel, der die erhaltene Vadeerlaubnis mit der zwangsweisen Pensionierung läßt, tritt in den Dienst des Potsdamer Bach- und Schließgesellschaft.

Oranienburg.

Durch eine Anzahl Schulknaben ist gestern bei Oranienburg ein schweres Unglück verübt worden. Gegen 1/5 Uhr nachmittags sauste in der Richtung von Berlin ein mit drei Personen besetzter Schlitten die Chaussee entlang, dessen Pferde schon geworden waren. Bei der wilden Jagd wurde das Gefährt fortwährend nach rechts und nach links geschleudert, und die um Gölse rufenden Insassen hielten sich krampfhaft fest, um nicht auf den Fahrdamm geworfen zu werden. Die Lage der Schlittensfahrer war eine äußerst gefährliche, da das leichte Fahrzeug jeden Augenblick an einen Steinhaufen oder Baum geschleudert und zerstückt werden konnte. Sechs Schulknaben im Alter von 12 bis 14 Jahren, die die Chaussee in der Richtung nach Rehnitz entlang gingen, stellten sich quer über den Weg und suchten durch Schreien mit den Armen und Köpfen die Pferde aufzuhalten. Die Tiere stupten auch tatsächlich einen Augenblick und im nächsten Moment erfaßte einer der Knaben die Zügel der Kofse und brachte sie nun mit leichter Mühe zum Stehen.

Potsdam.

Von einem Güterzug überfahren wurde gestern vormittags gegen 11 Uhr auf dem Bahnhöfe vor dem hiesigen Hauptbahnhof der 60-jährige Weichensteller Rix zuhn aus Rowawes, wobei ihm der rechte Fuß zerkratzt wurde. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Schwerverletzte auf einer Tragbahre nach dem Oberlin-Krankenhaus in Rowawes gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Darlehns-Fallen.

In welcher raffinierten Weise Darlehnsnehmer vorgehen und die Wechselkenntnis ausbeuten, zeigte wieder einmal eine gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelte Anklage wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung und verächtlicher Erpressung. Aus der Untersuchungshaft wurde der Buchhalter Otto Leuenberg, ein 24 Jahre alter junger Mann, vorgeführt. Auf eine Zeitungsannonce in „Lokal-Anzeiger“, in der ein gewisser Venender Darlehen ohne Bürgschaft anbot, wandte sich im August 1906 ein junger Fahrenjunker S., der 300 Mark brauchte, brieflich an den Angeklagten. Der Angeklagte erklärte sich brieflich zur Gewährung des Darlehns bereit, verlangte aber zunächst 8,50 M. als Entgelt für die Einholung einer Auskunft über seine Solvenz. Der Fahrenjunker leistete die 8,50 M. ein und erhielt auch nach einigen Tagen den Besuch eines Mannes, der sich nach seinen Verhältnissen erkundigte. Obwohl die Auskunft günstig lautete, ließ der Angeklagte nichts von sich hören und als er gemahnt wurde, antwortete er, die Auskunft sei noch nicht eingetroffen. Er wolle aber dem Fahrenjunker entgegenkommen und ihm das Geld auf längere Zeit als drei Monate leihen. Er übersandte ihm zugleich drei vollständig ausgefüllte Wechsel über 100 M., 100 M. und 120 M., fällig am 3. Dezember 1906, am 3. Januar und 3. März 1907, die S. mit seinem Akzept versehen und sie dem Angeklagten zurückschickte. Der Angeklagte hielt sich nach Empfang der Akzpte vollständig in Schweigen, und als ein Freund des S. den Angeklagten in seiner Wohnung in der Tiedestraße aufsuchte, erfuhr er von der Wirtin, daß sich der Angeklagte persönlich überhaupt nicht sprechen lasse. Am 26. September 1906 erhielt der Vater des Fahrenjunkers, ein Rittergutsbesitzer, einen Brief des Angeklagten, daß er am 10. Juli 1906 seinem Sohne ein Darlehen gegeben habe gegen drei Akzpte von 400, 500 und 520 M., fällig am 27. beziehungsweise 28. September. Der Sohn habe ihn an den Vater verwiesen und deshalb würden die Wechsel am 27. September präsentiert werden. Tatsächlich ging dann auch am 27. September bei dem Vater S. ein Akzept von 500 M. zur Einziehung mittels Postauftrages ein. Die Einlösung wurde jedoch verweigert, da sich der Fahrenjunker inzwischen in seine Garnison begeben hatte und der Vater dorthin gereist war, um von seinem Sohn Aufklärung zu erlangen. Im Auftrage des Vaters schrieb auch dessen Schwager, ein Landgerichtsdirektor, an den Angeklagten und teilte ihm mit, daß die Einlösung bis zur Klarstellung der Sachlage nicht erfolgen werde. Darauf begann der Angeklagte zu drohen. Er trat plötzlich in mehreren an den Vater gerichteten Briefen mit der Behauptung hervor, daß er nicht im eigenen Namen, sondern im Auftrage seines Geldgebers handle. Er verlangte dringend die Einlösung des Akzpts von 500 M. und machte auf die eventuellen Folgen für die Karriere des Sohnes aufmerksam. Er drohte auch mit einer Anzeige beim Regiments- und Generalkommando. Als der Landgerichtsdirektor eintrifft und dem Angeklagten brieflich Vorhaltungen machte, verübte dieser auch gegen ihn einen Betrugs- und Erpressungsversuch. Er verlangte wieder unter Drohung mit einer Anzeige beim Regimentskommando die Einlösung des Akzpts von 500 M. mittels Postauftrages. Dem übersandten Akzept war ein Posteinlieferungsschein beigelegt, zum Beweise dafür, daß dem Fahrenjunker am 12. Juli 1906 ein Einlieferungsbrief mit 1350 M. geschickt worden sei. Es stellte sich aber heraus, daß auf dem Wechsel sämtliche Daten durch heimliche Mittel geändert und aus der „hundert“ eine „fünfhundert“ gemacht worden war. Der Posteinlieferungsschein rührte von einem anderen eingeschriebenen Briefe her, und auch hier war durch heimliche Mittel eine Aenderung vorgenommen worden. Auf Verlangen des Vaters des Fahrenjunkers präsentierte diesem der Angeklagte auch die beiden anderen Akzpte des Sohnes, die gleichfalls als gefälscht sich erwiesen. Da die Fälschung erlarmt wurde, so wurde die Honorierung verweigert. Am nächsten Morgen erhielt der Landgerichtsdirektor von dem angeklagten Auftraggeber des Angeklagten einen Brief, in welchem nochmals sofortige Einlösung verlangt und abermals mit dem Generalkommando gedroht wurde. Die Unterschrift unter diesem Briefe war unleserlich, aber offenbar vom Angeklagten mit verstellter Handschrift geschrieben. — Nachdem alsdann eine Anzeige gegen den Angeklagten erstattet worden war, wurde er flüchtig und konnte erst am 11. Oktober 1906 ergriffen werden. Er hatte dann noch die Dreifügigkeit, an das Regimentskommando einen Brief zu richten, der den Zweck verfolgte, die Karriere des jungen Kriegsmannes zu untergraben. — Nach eingehender Beweisnahme berurteilten die Geschworenen die Schuldfrage wegen Betruges, bejahten aber die Schuldfrage wegen schwerer Urkundenfälschung, verurteilten den Angeklagten wegen verächtlicher Erpressung, billigten aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Freisprechener Streitposten.

Der Polizeikommissar von Herford war auf einen grandiosen Gedanken verfallen, als ihm der Tischlermeister Schmidt, bei dem den ganzen Sommer durch gestreift wurde, sein Leid klage über angebliche Belästigungen durch Streitposten und ihm vorhielt, daß der Mann des Geschäfts drohe. Der Polizeikommissar verbot einfach dem Tischler Hommer, der am Streit beteiligt war und öfter Streitposten fand, für die ganze Dauer des Streiks sich in der Nähe der Werkstatt Schmidts aufzuhalten. Dies generelle Verbot ergänzte er noch dadurch, daß er Hommer „untertugte“, weiterhin für den Streit in der Schmidtschen Fabrik agitatorisch tätig zu sein. Selbstverständlich ein völlig gegenwärtiges Verbot. — Hommer kümmerte sich in keiner Beziehung um die polizeilichen Verbote. Auch das Streitpostenflehen übte er nach wie vor weiter aus. Er wurde deshalb angeklagt wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Minden vom 18. Oktober 1906, welche die Unerwünschtheit fast aller Straßenpolizeiverordnungen enthält, wonach unbedingt Folge zu leisten ist den Anordnungen von Polizeibeamten, welche ergehen zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen.

Die Strafkammer in Bielefeld sprach indessen den Angeklagten frei. Die Polizeiverordnung könne nicht angewendet werden. Soweit sich der Beamte durch die Klagen Schmidts zu seinem Vorgehen bewegen gefühlt habe, um zu verhindern, daß Schmidt zugrunde gehe, entspreche die polizeiliche Anordnung jeder gesetzlichen Unterlage. Der Polizeikommissar habe allerdings behauptet, daß er außerdem auch das Interesse der Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs im Auge gehabt habe. Gleichwohl sei die Anordnung des Beamten, H. solle während der ganzen Dauer des Streiks sich nicht in der Nähe der Fabrik aufhalten, keine Anordnung im Sinne der Polizeiverordnung. Ihr Tatbestand sei nur gegeben, wenn in einem konkreten Falle ein Beamter die öffentlichen verkehrspolizeilichen Interessen glaube wahren zu müssen und für diesen bestimmten Fall eine Anordnung ergehen lasse. Für Wochen oder längerer Aufenthalt in der Nähe eines Betriebes zu verbieten, sei unzulässig.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Festgestellt sei, daß den Beamten neben dem persönlichen Interesse des Tischlermeisters auch das Interesse des öffentlichen Verkehrs betrogen habe, dem H. auf längere Zeit, so lange der Streit dauere, den Aufenthalt in der Nähe der Fabrik zu verbieten. Das gehe natürlich nicht. Die Aufforderung im Sinne der angezogenen Verordnung und anderer Straßenpolizeiverordnungen müsse einen berechtigten polizeilichen Sinn haben. Sie müsse sich darauf beschränken, daß der Verkehr aufrecht erhalten werde in der augenblicklichen Art oder daß er für die nächste Zukunft gesichert sei. Wenn z. B. ein Vergräbnis, ein feierlicher Zug nahe, so könne die Straße nicht erst im letzten Moment abgesperrt werden, wo der Zug schon komme. Die Absperrung wäre in solchen Fällen also schon vorher erlaubt, im Interesse eines bald nahenden Ereignisses. Nicht aber könne auf Tage, Wochen, auf eine unbestimmte Zeit hinaus Leute verboten werden, an bestimmten Stellen über die öffentliche Straße zu gehen. Das seien nicht verkehrspolizeiliche Anordnungen. Das würde ja schließlich dazu führen, daß unter Umständen Leute während der Dauer eines Streiks nicht aus den Häusern gehen dürften oder den Ort verlassen müßten. Solche Anordnungen könne die Polizei nicht erlassen aus den ihr anvertrauten verkehrspolizeilichen Rücksichten. Somit sei die Freisprechung gerechtfertigt.

Der Streitposten ist ebenso rechtmäßig freigesprochen, wie gegenwärtig Hunderte von Streitposten verurteilt sind, die nach den zutreffenden gerichtlichen Gründen hätten freigesprochen werden müssen. Und dennoch erfolgte die Verurteilung auf Grund desselben Tatbestandes, der noch vor einem Jahrzehnt nimmermehr zu einer Anklage, geschweige zu einer Verurteilung selbst in Preußen geführt hätte.

Mit der Freisprechung allein ist dem öffentlichen Interesse in keiner Weise gedient. Werden bei dem klaren Sachverhalt der Polizeikommissar und die Vertreter der geschädigten Anklage selbst in Anklagezustand gesetzt werden? Die objektiven Tatbestandsmerkmale zum mindesten verurteilten Amtsmißbrauch und verurteilter Nötigung liegen vor — wird der subjektive Tatbestand, dessen Vorhandensein insbesondere unter Anwendung des gegen Laien so oft gehandhabten dolus eventualis zweifellos vorliegt, wenn man unterstellt, die Beamten hätten sich der vollen Tragweite ihrer Handlungen bewußt sein müssen, für vorliegend erachtet werden? Wir bezweifeln, daß eine Anklage gegen die Beamten erfolgen wird, weil leider die Anklageerhebung Monopol der Staatsanwaltschaft ist und nicht jedweden, der sich oder ein öffentliches Interesse verletzt glaubt, zusteht.

Aus der Frauenbewegung.

Im Kampf um das Wahlrecht.

Aus London wird berichtet: Die jüngste Thronrede hat zu einer Demonstration der Wahlrechtskämpferinnen Veranlassung gegeben. Die Thronrede schweigt sich ganz aus über das Frauenwahlrecht. Das hat man nicht erwartet. Man sieht dem völligen Ignorieren der Frage die Absicht der Verneinung. Um dagegen zu protestieren, zogen circa 1000 Frauen zum Parlament, wo es schließlich zu einem Handgemenge mit der Schutzmannschaft kam. 34 Frauen wurden verhaftet. Nach einigen Stunden veranstalteten die Frauen nochmals einen Demonstrationzug, dem die Polizei wiederum Widerstand entgegensetzte und nochmals 24 Frauen verhaftete. — Weiter wird unterm 14. Februar aus London gemeldet: Die heutigen Morgenblätter kommentieren lebhaft

die gestrigen Zusammenstöße mit den Frauenrechtlerinnen. Erwähnt wird, daß hierbei viele Frauen durch den Not gezogen und ihnen meist die Kleider vom Leibe gerissen wurden.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feierte sein achttes Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus. Bei dem großen Interesse für die Bestrebungen des Vereins reichten die früher benutzten Räume nicht mehr aus. Dank der Mitwirkung vorzüglicher Kräfte gestaltete sich der Abend besonders genussreich. Hervorragenden Anteil am Gelingen des Festes hatte die Mitwirkung von etwa 80 Mitgliedern des von Herrn Dr. Jander geleiteten Volksgesangsvereins, die bei unserer Veranstaltung von Herrn Kutsch dirigiert wurden und glänzend leisteten. Fräulein Wöllerting sang mit schönem Ausdruck Lieder von Schubert, Wolf und Franz. Der einleitende Prolog, der sich speziell an die Aufrüttelung der Frauen wandte, von Frau Tölle gesprochen, wurde mit großem Beifalle aufgenommen. Eine selten feine Künstlerleistung entwickelte Frau Johanna Meyer in ihren Rezitationen. Diese schlichte und von tiefstem seelischen Empfinden getragene Vortragweise gewann im Sturm die Herzen unserer Arbeiterinnen.

Herr Leo Heftenberg, der stets bereit ist, wenn es gilt, künstlerische Bestrebungen in der Arbeiterschaft zu fördern, gab auch diesmal wieder durch den Vortrag Völgler'scher Kompositionen von seinem vorzüglichen Können Zeugnis und rief durch die zum Schluß gespielte Parzellier'sche lebhaftige Begeisterung hervor. Tanz und geselliges Beisammensitzen hielten Mitglieder und Gäste noch lange beisammen. Zwei Armabänder und eine Brosche, welche bei dem Fest gefunden wurden, sind bei Fräulein Peteret, Rammstr. 5, abzuholen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 18. Februar, 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72: „Die Zukunft der Familie“. Referent: S. Kayenstein.

Charlottenburg. Dienstag, den 19. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 21: Vortrag: Herr Pauli: „Feuerbestattung“. — Das Modell von einem Verbrennungssofen wird gezeigt. Gaffe willkommen.

Weihensee. Dienstag, den 19. Februar, 8 1/2 Uhr, im „Prälaten“, Lehderstr. 122: Agitationsversammlung. Vortrag: Genosse Vermuth.

Reinickendorf (Ost). Mittwoch, den 20. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Gröndler, Doppelstr. 24. Vortrag: Frau Altschly.

Verfammlungen.

Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Generalversammlung das Andenken des verstorbenen langjährigen Revisors Hans durch Erheben von den Plätzen. — Der Vorsitzende erstattet den Geschäftsbericht. Hiernach ist gegen 1906 die Mitgliederzahl des Bundes gesunken. 1906: 194 Vereine mit 5177 aktiven Mitgliedern gegen 1905: 201 Vereine mit 5341 aktiven Mitgliedern. Demzufolge sind auch die Uebungsstunden beschränkt. 1906 von 10238 Sängern (1905: 10467). — Ueber die Regelung der Waiferei konnten seitens des Vorstandes befriedigende Erklärungen gegeben werden. Ebenso ist die Mitwirkung der Vereine bei Parteifestlichkeiten dahin geregelt, daß die Sänger bei diesen freien Eintritt zu beanpruchen haben. An den Geschäftsbericht schloß sich eine lebhaftige Debatte. Es wurde allseitig gewünscht, daß der gedruckte Geschäftsbericht in Zukunft 14 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung den Vereinen zugestellt werden soll. Die Vereinigung kleiner Vereine zu größeren Chören soll auch für die Folge von dem Vorstand eifrig gefördert werden. Die Ausschüttungen müssen pünktlich 10 Uhr beginnen. — Die Erledigung des Provinzial-Sängereifestes (in Frage kommen Brandenburg, Ober- und Niederwalde) bleibt dem Ausschuss überlassen, ebenso die Arrangements des Bundes-Sängereifestes. — Der erste Kassierergibt den Kassensbericht und verzeihet in Einnahme 6477,18 R. (1905: 3370,15 R.), Ausgabe 5409,89 R. (1905: 2599,15 R.). Bestand 1067,49 R. (1905: 771,00 R.). Der Kassensbericht gibt zu verschiedenen Fragestellungen Veranlassung, welche sämtlich seitens des Kassierers zur Zufriedenheit beantwortet werden. — Für das Josef Scheu-Denkmal wurden der Wiener Typographia seitens des Bundes 186,50 R. überwiesen. — Ein Antrag, nach welchem die Revisoren an Vorstandssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen sollen, wurde von der Generalversammlung abgelehnt. — Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl des Gesamtvorstandes.

Vermischtes.

Auf den Personenzug 224 aufgefahren ist, wie amtlich gemeldet wird, gestern nachmittags kurz vor 5 Uhr auf dem Bahnhof Stendal eine von Himmerten kommende Probefokomotive, wodurch die genannte Maschine und die beiden letzten Wagen des Personenzuges erheblich beschädigt sind. Von den Reisenden haben fünf angeblich ganz geringfügige Verletzungen bezw. Erschütterungen erlitten. Der Personenzug 224 ist infolge des Unfalles 50 Minuten später von Stendal abgefahren. Die Ursache des Unfalles ist darin zu suchen, daß die Probefokomotive mit zu großer Geschwindigkeit in den Bahnhof Stendal eingefahren ist. Inwieweit dem Lokomotivpersonal eine Schuld beizumessen ist, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Wieder ein Grubenbrand. Auf der „Concordiagrube“ entstand, wie von Jazbz gemeldet wird, infolge Unvorsichtigkeit in der Schachtanlage der Juliusgrube ein Bühnenbrand. Der Betrieb ist nicht gestört.

Duellausflug. Nach einer Mitteilung der Karlsruher „Badischen Presse“ hat gestern früh auf dem Forchheimer Exerzierplatz zwischen

einem Karlsruher Herrn und einem ausländischen Offizier ein Pistolenduell stattgefunden. Beim dritten Kugelschuss erhielt der Offizier einen Schuß in die rechte Schulter; doch scheint die Wunde nicht lebensgefährlich zu sein.

In der Grube getötet! Durch eine Dynamitexplosion im Bergwerk Capognac (Departement Aveyron) wurden, nach Pariser Meldung, zwei Bergleute getötet, zwei verwundet.

Ueber eine Truppenbesetzung entros meldet das Reichswehr-Bureau aus Port Said: Gestern lief der türkische Transportdampfer Hodeida, mit 1290 Mann für Hodeida bestimmter Truppen an Bord, in den Kanal ein. Um 8 Uhr abends sprangen 7 Soldaten über Bord und flohen nach El Krish. Heute früh defertierten zwischen Kilometer 34 und 44 wieder 170 Mann. Von den an Bord befindlichen Truppen wurde auf die Defektoren gefeuert; fünf wurden erschossen, während es den übrigen gelang, auf dem einen oder anderen Ufer des Kanals an Land zu kommen.

Sonnenfleder. Ein Telegramm aus Pittsburg besagt: Professor Brodhear von der Alleghany-Sternwarte meldet die Entdeckung von Sonnenfledern im Umfange von 81/2 Milliarden engl. Meilen, die eine beträchtliche Beweglichkeit entfalten.

Gefranzel. In Christiania ist gestern aus Australien die Nachricht eingetroffen, daß das Expeditionschiff „Cathrine“ der norwegischen Walfischexpedition nach dem südlichen Eismeer unter dem Schiffsführer Bull am 4. Dezember bei den unbewohnten Crozet-Inseln westlich der Kerguelen gestrandet ist. Das Schiff ist ein Brack und die Ausrüstung der Expedition ist verloren. Der Besatzung gelang es, sich zu retten. Am 4. Januar fuhr ein Boot nach Australien, um dort Hilfe zu holen, und sind jetzt in Melbourne eingetroffen. Die übrigen Expeditionsmitglieder befinden sich noch auf den Crozet-Inseln. Die norwegische Regierung hat sofort Schritte unternommen, um eine Rettungsexpedition von Kapstadt nach den Crozet-Inseln abzusenden.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Wind, and other weather data for various locations like Berlin, Hamburg, etc., dated Feb 14, 1907.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Wind, and other weather data for various locations like Berlin, Hamburg, etc., dated Feb 15, 1907.

Theater listings for various venues including Berliner Theater, Theater des Westens, Lustspielhaus, and others, listing plays and showtimes.

Theater listings for venues like Ferdinand Bonn's Berliner Theater, Neues Schauspielhaus, and others, listing plays and showtimes.

Theater listings for venues like Kleines Theater, Urania, Folies Caprice, and others, listing plays and showtimes.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Seldenhay u. Freiherrn v. Schödl.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater N.
 Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Zirkus Busch.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der
Engl. Box-Kämpfe.
 Als drittes Paar Match zwischen
 Joe Edwards, London-Berlin,
 und Dick Wand, Berlin.
The Novellos
 (Jublen in Europa).
 Masello - Marnitz - Truppe
 Akrobaten, u. s. m.
 Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
 Voranzeige!
 Demnächst: Große internationale
 Ringkampfs-Sonder-Konkurrenz.
 Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen.

Zentral-Theater.
 (Operette) Anf. 8 Uhr. Halbe Preise.
Der Haselbinder.
 Sonnab. 1. Male: Der Milliardär.

Passage-Theater.
 Heute Freitag, den 15. Februar,
 zum 11. Male:
Mal was Anderes!
 Fosse von Leop. Sib.
 Josefina Dora, Georg Kaiser,
 Martin Bendix, Ernst Kettner.
 Ferner: Die glänzenden
 Februar-Spezialitäten.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Eine Familie,
 oder: Die feindlichen Brüder.
 Lebensb. in 4 Akte v. Ch. Dec. Weiffert.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnab. keine Vorstellung. Sonntag
 3. letzten Male: Im Hause der Sünde.

Gebr. Herrnfeld-
Theater Anf. 8 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
 Neuer großer durch-
 schlagender Sach-Erfolg!
Ein
verrücktes Hotel
 mit dem Vorspiel:
 „Hayfisch geht zur Jagd“
 Komödie in 3 Akten
 von Anton u. Donat Herrnfeld
 Sonnerf. 11-12 Uhr (Theaterkasse)
 Sonntag, den 17. Februar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr d. halben
 Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Apollo
Theater
 10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Bernhard Körbitz,
 Charakter-Komiker.
 Außerdem: Die Attraktionen des
 großen Spezialität-Programms.
 Vorher: Die schöne Behaia.
 Operette von Viktor Holländer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Anfang
 Sonntag
 8, Sonntag
 7 Uhr.
 Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
 Liebesdrama in 3 Aufzügen von
 Max Halbe.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.

Zirkus Schumann
 Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung
 zum Besten des 5. Lokalkomitees
 des Nationalbundes für Veteranen.
 Gala-Programm, sämtl. Spezialitäten
 und die größte und schönste aller
 existierenden Gruppen
Mr. Richard Sawades
 einzig dastehende, wunderbar dressierte
 gemischte
Raubtier-Gruppe.
 Um 9 Uhr zum 57. Male: Die dies-
 jährige große Schumannsche Aus-
 stellungspantomime

St. Hubertus.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 1/2 Uhr.

Melropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Holländer. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
Hansary. Wolf. Bender.
Gianpietro. Josephl.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonntag, 17. Februar, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
 Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführungen!
Der Sorgenbrecher.
 Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
 Ab 1. März 1907 jeden Abend:
 Gesamtgastspiel des Theaters des
WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Brunnen-Theater
 Gesundbrunnen. Badstraße 68.
 Direktion: Bernhard Rose.
Ausgewiesen.
 Drama in 4 Akten von C. Böttcher.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Billetverkauf von 10-2 Uhr
 an der Theaterkasse.

WINTERGARTEN
Saharet
 letzte Woche.
Otto Reutter
 und das
neue Programm.

Neue Welt
 Galenheide 108-114.
 Täglich:
Münchener Bockbierfest
Baron Muckl's
 — neueste Schinger. —
 Tiroler Meistersinger.
 Lini vom Heede.
 30 bayerische Mndl.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Dienstag, den 19. Februar:
Prämierung
der dünnsten Damentaille.

Palast-Theater.
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Bfros.
 Sonnabend, 16. Februar,
 abends 8 Uhr:
Wiederbeginn
 der
Spezialitäten-
Vorstellungen
 mit einem
 ansehnlichen Programm.

Gustav Behrens
Theater,
 Berlin O.,
 Frankfurter
 Allee 85.
 Das einzig dastehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-
Biograph- (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Auf Wunsch Vorführung
 in Vereinen jederzeit.
 Verbindung mit größter Films-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Kasino-Theater
 Lothringersstr. 57. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
 Komödie in 3 Akten v. Felix Böckmann.
 Vorher das vollständig neue erst-
 klassige bunte Februarprogramm.
 Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

Colosseum
 Dresdenstraße 97.
 Täglich: Großer
Bockbier-Jubel.
 Musik! — Gesang! — Humor!
 Allerlei Ueberraschungen.

Soeben ist in dritter Auflage erschienen:
Die Sozialdemokratie im Lichte der
Kulturentwicklung.
 Eine Führung durch die sozialdemokratische Bewegung
 und Literatur von
Paul Kampffmeyer.
 Preis 1,20 M. Kollationsausgabe 50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
 Lindenstraße 69, Laden.

H. Zimmermann
 Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 3535L
 Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
 Strong reell. — Billigste Preise.

DERNHARD ROSE THEATER
 Dr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-
 vorstellung: **Der Rattenfänger**
 von Gameln.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr Kinder-
 vorstellung: **Der Rattenfänger**
 von Gameln.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr Kinder-
 vorstellung: **Der Rattenfänger**
 von Gameln.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr Kinder-
 vorstellung: **Der Rattenfänger**
 von Gameln.

Sanssouci Kottbus-
 Straße 4a.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Sonnt. Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
 (Neu-Programm)
 und **Tanzfränzchen.**
 Sonnt. 2. u. 3. u. 4. u.
 Pächter Theaterabend:
Mittwoch, 20. Februar.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Konreuer
Franz Kühling
 am 12. d. M. an Nierenentzündung
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 16. Februar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Alldeutschen Kirch-
 hofes, Pringelallee, aus statt.
 Regere Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Otto Preiß
 am 12. d. M. an Lungenerkrankung
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 16. Februar,
 nachmittags 2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Krankenhauses
 am Urban aus nach dem Thomas-
 Kirchhof in Rixdorf statt.
 Regere Beteiligung erwartet
 112/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
 zur Nachricht, daß meine liebe
 Frau, unsere gute Mutter
Frau Villwock
 am Mittwoch, den 13. d. Mts.,
 sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet statt am
 Sonntag, 15. Uhr nachmittags,
 von der Leichenhalle des hiesigen
 Kirchhofes.
 Ober- u. Schönweide.
Die trauernden Hinter-
bliebenen.

Beste Bettenfüllung
 sind die vorzüglich füllenden, sehr
 elastischen, sehr dauerhaften
Monopoldaunen
 (gelbe) gefüllte Pfund 2,50,
 2-4 Pfund gefüllte 1. gr. Oberbett.
 Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
 Berlin S., Prinzenstr. 40
 Gebietet Bettfedern-Spezial-
 gefächelt Deutschlands.

Bildschön
 ist ein zartes,
 reines Gesicht mit rosigem, jugend-
 frischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und
 blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
 von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden
 allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
 4 St. 90 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

H. Greifenhagen Nachf.
 Brunnen-Strasse 17-18 Veteranen-Strasse 1-2.
Extra-Preise Freitag
Sonnabend
Fleisch- u. Wurstwaren
Eisbein Dickbein, gepökelt Pfund **62 Pf.**
 in ganzen Stücken
 Prima Schinkenspeck . Pfund **98 Pf.** | Pa. Sächsische Rotwurst Pfund **55 Pf.**
 Pa. Pomm. Leberwurst Pfund **55 Pf.** | Pa. Pomm. Land-Mettwurst Pfund **75 Pf.**
 im Ganzen.
 Ein grosser Pott | **Pommersche Cervelat- u. Salamiwurst, hart, Pfund 1.15 M.**
 in ganzen Würsten.
 Ein grosser Pott | **Räucher-Lachs** in Portionsstücken Pfund **80 Pf.**
Blumenkohl Kopf **16 Pf.** | **Essäpfel** vorzüglich im Geschmack, Pfd. **12 Pf.**
 So lange Vorrat. — Nicht an Wiederverkäufer.

Teures Fleisch —
billige Seefische!!
 Bester Fleischersatz, schmackhaft
 u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
 Große Fänge in lebendfrischer Ware
 sind soeben eingetroffen!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8994.
 Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
 Potsdamerstraße 112a | Prinzenstr. 30 | Madaistr. 22 | Landsbergerstr. 52-53
 bei der Lützowstraße. | am Moritzplatz. | im Schlesischen | der Kurzen Straße
 Tel.-Amt VI 7190. | am | Bahnhof. | gegenüber.
Wilmsdorferstraße 111, am Stuttgarter Platz.
 Tel. Charlottenburg 5718.

Wir empfehlen besonders:
 pr. Pfund im Anschnitt:
Kabeljau 28 Pf. | 30 Pf.
 ohne Kopf, im ganzen
Großer
Schellfisch 28 Pf. | 35 Pf.
 mit Kopf, im ganzen
 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfeblern, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden, Mauerhoff. +1

Stoppdecken billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden, Mauerhoff. +1

Teppiche! (sehr beste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Haderich, Markt 4, Bahnhof Str. 255/2

Stoppdecken (spottbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 9, 21673*

Pfandbriefe Weidenweg 19, Schlemmer-Räumungsverkauf, Winterpaletts, Winteranzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Kofferverkauf, Teppichverkauf, Stoppdecken, Nähmaschinen, Kammererregende Spaltpreise. Verbindungen allerwärts. 11/2*

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158, jetzt Inventur-Räumungs- preis. Extraliste gratis. 22118*

Große Betten 10,50, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 2 Beden, Landbergerstraße 41. 22378*

Erstein! Kleines Tischlerei- grundstück, gute Verandahandlung, Spezialartikel, Bahnstation, Bad, Wasser gelegen, großer Obstgarten, Gestellbau passend, umständehalber extra billig verkäuflich. Zimmermann, Stich bei Oberstraße. 14595*

Möbelschreiner kaufen trotz Tischler- streit und Ausperrung zu unerreich- billigen Preisen die schönsten Einrich- tungen. Eigene Werkstätten. Ver- fähigung lebend. R. Hirschowitz, Schillerstraße 2. 22388*

Zigarrengeschäft mit großer Wohnung, zwei Stuben, Küche wegen Familienangelegenheiten sofort billig zu verkaufen Jüterburgerstraße 1. 22168*

Brantleute, Logiswirts kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Kellnerische, Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wandteppiche spottbillig Pfandbriefe Rüdigerstraße 7. 22198*

Inventur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22178*

Inventur-Ausverkauf! Täfel- betten Stück 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 ; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 ; 22158*

Recherche Tuch- und Wäsche- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22198*

Sofabezüge (Kette), Wolle und Wusch, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208*

Teppiche mit Farbenfeblern. Niederlage, Frankfurter Allee 107. 22228*

Gardinenhaus, Kette und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22228*

Stoppdecken, Fabrikmuster (spott- billig). Vertieren (2 Schals, 1 Lambre- quin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,- ; Frank- furter Allee 107. 22238*

Verkauf von 11-1 und 5-7 Uhr.

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158, jetzt Inventur-Räumungs- preis. Extraliste gratis. 22118*

Große Betten 10,50, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 2 Beden, Landbergerstraße 41. 22378*

Erstein! Kleines Tischlerei- grundstück, gute Verandahandlung, Spezialartikel, Bahnstation, Bad, Wasser gelegen, großer Obstgarten, Gestellbau passend, umständehalber extra billig verkäuflich. Zimmermann, Stich bei Oberstraße. 14595*

Möbelschreiner kaufen trotz Tischler- streit und Ausperrung zu unerreich- billigen Preisen die schönsten Einrich- tungen. Eigene Werkstätten. Ver- fähigung lebend. R. Hirschowitz, Schillerstraße 2. 22388*

Zigarrengeschäft mit großer Wohnung, zwei Stuben, Küche wegen Familienangelegenheiten sofort billig zu verkaufen Jüterburgerstraße 1. 22168*

Brantleute, Logiswirts kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Kellnerische, Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wandteppiche spottbillig Pfandbriefe Rüdigerstraße 7. 22198*

Inventur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22178*

Inventur-Ausverkauf! Täfel- betten Stück 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 ; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 ; 22158*

Recherche Tuch- und Wäsche- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22198*

Sofabezüge (Kette), Wolle und Wusch, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208*

Teppiche mit Farbenfeblern. Niederlage, Frankfurter Allee 107. 22228*

Gardinenhaus, Kette und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22228*

Stoppdecken, Fabrikmuster (spott- billig). Vertieren (2 Schals, 1 Lambre- quin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,- ; Frank- furter Allee 107. 22238*

Verkauf von 11-1 und 5-7 Uhr.

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158, jetzt Inventur-Räumungs- preis. Extraliste gratis. 22118*

Große Betten 10,50, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 2 Beden, Landbergerstraße 41. 22378*

Erstein! Kleines Tischlerei- grundstück, gute Verandahandlung, Spezialartikel, Bahnstation, Bad, Wasser gelegen, großer Obstgarten, Gestellbau passend, umständehalber extra billig verkäuflich. Zimmermann, Stich bei Oberstraße. 14595*

Möbelschreiner kaufen trotz Tischler- streit und Ausperrung zu unerreich- billigen Preisen die schönsten Einrich- tungen. Eigene Werkstätten. Ver- fähigung lebend. R. Hirschowitz, Schillerstraße 2. 22388*

Zigarrengeschäft mit großer Wohnung, zwei Stuben, Küche wegen Familienangelegenheiten sofort billig zu verkaufen Jüterburgerstraße 1. 22168*

Brantleute, Logiswirts kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Kellnerische, Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wandteppiche spottbillig Pfandbriefe Rüdigerstraße 7. 22198*

Inventur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22178*

Inventur-Ausverkauf! Täfel- betten Stück 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 ; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 ; 22158*

Recherche Tuch- und Wäsche- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22198*

Sofabezüge (Kette), Wolle und Wusch, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208*

Teppiche mit Farbenfeblern. Niederlage, Frankfurter Allee 107. 22228*

Gardinenhaus, Kette und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22228*

Stoppdecken, Fabrikmuster (spott- billig). Vertieren (2 Schals, 1 Lambre- quin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,- ; Frank- furter Allee 107. 22238*

Verkauf von 11-1 und 5-7 Uhr.

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Pfandbriefe Weidenweg 19, Schlemmer-Räumungsverkauf, Winterpaletts, Winteranzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Kofferverkauf, Teppichverkauf, Stoppdecken, Nähmaschinen, Kammererregende Spaltpreise. Verbindungen allerwärts. 11/2*

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158, jetzt Inventur-Räumungs- preis. Extraliste gratis. 22118*

Große Betten 10,50, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 2 Beden, Landbergerstraße 41. 22378*

Erstein! Kleines Tischlerei- grundstück, gute Verandahandlung, Spezialartikel, Bahnstation, Bad, Wasser gelegen, großer Obstgarten, Gestellbau passend, umständehalber extra billig verkäuflich. Zimmermann, Stich bei Oberstraße. 14595*

Möbelschreiner kaufen trotz Tischler- streit und Ausperrung zu unerreich- billigen Preisen die schönsten Einrich- tungen. Eigene Werkstätten. Ver- fähigung lebend. R. Hirschowitz, Schillerstraße 2. 22388*

Zigarrengeschäft mit großer Wohnung, zwei Stuben, Küche wegen Familienangelegenheiten sofort billig zu verkaufen Jüterburgerstraße 1. 22168*

Brantleute, Logiswirts kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Kellnerische, Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wandteppiche spottbillig Pfandbriefe Rüdigerstraße 7. 22198*

Inventur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22178*

Inventur-Ausverkauf! Täfel- betten Stück 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 ; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 ; 22158*

Recherche Tuch- und Wäsche- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22198*

Sofabezüge (Kette), Wolle und Wusch, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208*

Teppiche mit Farbenfeblern. Niederlage, Frankfurter Allee 107. 22228*

Gardinenhaus, Kette und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22228*

Stoppdecken, Fabrikmuster (spott- billig). Vertieren (2 Schals, 1 Lambre- quin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,- ; Frank- furter Allee 107. 22238*

Verkauf von 11-1 und 5-7 Uhr.

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Wollanzüge und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrondanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für forpulenten Figuren. Neue Garderobe aus taunend billigen Preisen, aus Pfandbriefen verkaufen Sachen kaufen man am billigsten bei Kas. Wald- straße 14. 14485*

Wollfabrik Dresdenstraße 8 (Kollbuser Tor). Wohnung 5 - Einrichtungsgegenstände, Polstermöbel, nachgedruckt, Kuchengemälde, Möbel- einzahlung (Kanzelzahlung). Scheitl, Tischlermeister. 19768*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,00, Winterpaletts billig, Guben- straße Wandlische. +40*

Wäsche, Lambrequins, reichgeleitet 2,35, Best 5 Mark Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158. Inventurliste gratis. 22118*

Teppichhaus Emil Lehore, Oranien- straße 158, jetzt Inventur-Räumungs- preis. Extraliste gratis. 22118*

Große Betten 10,50, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 2 Beden, Landbergerstraße 41. 22378*

Erstein! Kleines Tischlerei- grundstück, gute Verandahandlung, Spezialartikel, Bahnstation, Bad, Wasser gelegen, großer Obstgarten, Gestellbau passend, umständehalber extra billig verkäuflich. Zimmermann, Stich bei Oberstraße. 14595*

Möbelschreiner kaufen trotz Tischler- streit und Ausperrung zu unerreich- billigen Preisen die schönsten Einrich- tungen. Eigene Werkstätten. Ver- fähigung lebend. R. Hirschowitz, Schillerstraße 2. 22388*

Zigarrengeschäft mit großer Wohnung, zwei Stuben, Küche wegen Familienangelegenheiten sofort billig zu verkaufen Jüterburgerstraße 1. 22168*

Brantleute, Logiswirts kaufen Federbetten, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Kellnerische, Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche, Wandteppiche spottbillig Pfandbriefe Rüdigerstraße 7. 22198*

Inventur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22178*

Inventur-Ausverkauf! Täfel- betten Stück 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 ; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 ; 22158*

Recherche Tuch- und Wäsche- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22198*

Sofabezüge (Kette), Wolle und Wusch, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208*

Teppiche mit Farbenfeblern. Niederlage, Frankfurter Allee 107. 22228*

Gardinenhaus, Kette und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22228*

Stoppdecken, Fabrikmuster (spott- billig). Vertieren (2 Schals, 1 Lambre- quin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,- ; Frank- furter Allee 107. 22238*

Verkauf von 11-1 und 5-7 Uhr.

Wangdars Rüdigerstraße mit Kolonialwaren und Kasse verzugshalter außer halb billig käuflich. Auskunft Drontheimerstraße 5 im Hagenladen. 14136*

Verfallener Wollverlauf, großer Stellenverkauf, Droubetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Spottbilliger Wollverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Stoppdecken, Winteranzüge, Möbelstücke, Goldwaren, Pfandbriefe Hermannplatz feds. +104*

Dame verkauft Herrenschreibtisch 50, Bücherpind, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochfeine Rührmaschine 4,50, Nähbett 25, Kleiderpind 28, Bettsofa 30, Matz, Wäschepiegel 12, Rühr- bettstellen, komplett 36, Wäsche 70, Schlafsofa 36, Stand Bett 20, Satin-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Wäschekabine Dresdenstraße 38, vorn II links. 1412

Werkmmeister,
schiffsgewandt, für Dachdeckungs-
Geschäft in Berlin W. per sofort
gekauft. Schriftl. Bewerbungen unter
„G. L. 28“ postl. NW. 7. 14556

Achtung! Achtung!
Bauarbeiter u. Bauhandwerker!
Sämtliche Bauten der Dachdecker-
firma Friedrich Wilhelm Neuse,
Charlottenburg, Kommissenstraße 2,
sind für organisierte Dachbederhülfs-
arbeiter wegen Tarifbruchs gesperrt.
Verband der baugewerblichen
Hülfsarbeiter Deutschlands,
Zweigverein Berlin und Umgegend.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
Ueber die Manufaktur Bell &
Co., Andreasstr. 32 und Grüner
Berg 79, die unter der Firma
Neugebauer Nachf. Arbeits-
müllige sucht, ist nach 14möglichem
Streich die

Sperre dauernd
verhängt. 14110*
Zugung streng fernhalten.
Vereinigung der Musikinstrumenten-
arbeiter.

Deutscher
Holzarbeiter - Verband.
Zahlstelle Berlin.
Verein der Einsetzer Berlins.

Achtung! Bauarbeiter!
Wegen der Ausperrung in der
Berliner Holzindustrie sind folgende
Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Sawatzki:
Supte, Württembergischestraße 37
Ede Liegenburgerstraße. Land-
hüterstr. 18.
Sprengelstr. 19, 20, 21, Beamten-
häuser.

Bauten der Firma Jäger,